



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Das Erstarren populistischer Parteien in der Slowakei  
und in Österreich seit Ende des 20. Jahrhunderts:  
ähnliche Entwicklungen, unterschiedliche  
Entstehungshintergründe?

Verfasser

Wolfgang Marks BA

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.- Prof. Dr. Dieter Segert



# Inhaltsverzeichnis

<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>IV</b>
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Das Konzept des Populismus.....</b>	<b>5</b>
2.1. Populismus als umstrittener Begriff.....	5
2.1.1. Das Ungreifbare greifbar machen- der Versuch einer Begriffsdefinition von Populismus .....	6
2.1.2. Nationalpopulismus als spezifizierender Begriff .....	10
2.1.3. Populismus in Abgrenzung zu radikaler bzw. extremistischer Politik.....	11
2.2. Formen des Populismus .....	13
2.2.1. Der agrarische Populismus.....	14
2.2.2. Der politische Populismus.....	18
2.2.3. Der ökonomische Populismus.....	18
<b>3. Allgemeine europäische Gelegenheitsstrukturen und Mobilisierungschancen.....</b>	<b>20</b>
3.1. Sozioökonomische Komponenten.....	21
3.1.1. Sozioökonomische Veränderungen durch Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse.....	21
3.1.1.1. Anomie-These .....	22
3.1.1.2. Relative Verschlechterungs-These .....	22
3.1.1.3. These der Modernisierungsverlierer.....	22
3.2. Soziokulturelle Komponenten.....	26
3.2.1. Das Aufkommen neuer bzw. die Verschiebung alter Konfliktlinien.....	26
3.2.1.1.“ Ethnic-competition“- These.....	27
3.2.1.2.“Popular-xenophobia“- These .....	28
3.2.2. Regionale bzw. nationale kulturelle Unterschiede .....	29
3.3. Politische Komponenten .....	29
3.3.1. Die Krise der Demokratie .....	30
3.3.1.1. Die Krise der repräsentativen Demokratie .....	30
3.3.1.2. Postdemokratische Entwicklungen .....	32
3.3.2. Performance und Organisation populistischer Parteien .....	34
3.3.3. Die Probleme der Sozialdemokraten.....	34
3.3.4. Zusammenarbeit mit etablierten Parteien.....	36
3.4. Die Rolle der Medien .....	37
3.4.1. Die Aufgaben der Medien in einer Demokratie .....	38
3.4.2. Die Logik der Medien .....	39
3.4.3. Die Logik der Politik.....	40
3.4.4. Löst die Logik der Medien die Logik der Politik auf?.....	41
3.4.5. Bedrohung für traditionelle Parteien und den Parlamentarismus.....	44
3.4.6. Der Weg zur Mediokratie als Chance der Populisten? .....	45

<b>4. Populismus in der Slowakei.....</b>	<b>48</b>
4.1. Populistische Parteien im Parteiensystem der Slowakei.....	48
4.1.1. Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS).....	56
4.1.1.1. Kurzer geschichtlicher Überblick und Wahlergebnisse der Partei.....	56
4.1.1.2. Die Parteiorganisation.....	57
4.1.1.3. Programmatisch- ideologische Ausrichtung.....	58
4.1.1.4. Wahlsoziologische Betrachtung.....	59
4.1.2. Richtung (SMER).....	60
4.1.2.1. Kurzer geschichtlicher Überblick und Wahlergebnisse der Partei.....	60
4.1.2.2. Die Parteiorganisation.....	61
4.1.2.3. Programmatisch- ideologische Ausrichtung.....	61
4.1.2.4. Wahlsoziologische Betrachtung.....	63
4.2. Nationale Gelegenheitsstrukturen und Mobilisierungschancen.....	63
4.2.1. Sozioökonomische Komponenten.....	64
4.2.1.1. Der schwierige Transformationsverlauf in der Slowakei.....	64
4.2.1.2. Die Situation heute: Große Zahl an enttäuschten Transformationsverlierern und nur wenige Gewinner.....	65
4.2.2. Historisch- kulturelle Komponenten.....	66
4.2.3. Politische Komponenten.....	69
4.2.3.1. Die Instabilität des Parteiensystems.....	69
4.2.3.2. Politik(er)verdrossenheit und Demokratiemüdigkeit.....	70
<b>5. Populismus in Österreich.....</b>	<b>74</b>
5.1. Populistische Parteien im Parteiensystem Österreichs.....	74
5.1.1. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).....	77
5.1.1.1. Kurzer geschichtlicher Überblick und Wahlergebnisse der Partei.....	77
5.1.1.2. Die Parteiorganisation.....	78
5.1.1.3. Programmatisch- ideologische Ausrichtung.....	80
5.1.1.4. Wahlsoziologische Betrachtung.....	83
5.2. Nationale Gelegenheitsstrukturen und Mobilisierungschancen.....	84
5.2.1. Sozioökonomische Komponenten.....	84
5.2.2. Soziokulturelle Komponenten.....	88
5.2.3. Politische Komponenten.....	90
<b>6. Schlussbetrachtung.....</b>	<b>93</b>
<b>7. Literatur.....</b>	<b>100</b>
<b>8. Anhänge.....</b>	<b>110</b>
8.1. Abstract.....	110
8.2. Lebenslauf Wolfgang Marks.....	112

## **ANMERKUNG**

Ich verzichte im Rahmen dieser Diplomarbeit aufgrund der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit auf genderneutrale Formulierungen. Ich bin mir jedoch sicher, dass der aufmerksame Leser trotzdem eindeutig feststellen kann, ob ich mich im Text auf Männer, Frauen, oder auf beide beziehe.

## **Tabellenverzeichnis**

### **Tabelle 1:**

**Ergebnisse der populistischen Parteien HZDS und SMER bei Parlamentswahlen.**

Quelle: Eigene Zusammenstellung, Daten aus „Parties and Elections in Europe“, <http://www.parties-and-elections.de/slovakia.html> [Zugriff am 8.10.2011]

### **Tabelle 2:**

**Fluktuation der Abgeordneten von Parlamentsparteien.** Quelle: Rybář 2008: 112

### **Tabelle 3:**

**Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Slowakei.** Quelle: Eigene Zusammenstellung, Daten aus „Parties and Elections in Europe“, <http://www.parties-and-elections.de/slovakia.html> [Zugriff am 13.10.2011]

### **Tabelle 4:**

**Ergebnisse der populistischen Partei FPÖ bei Parlamentswahlen ab 1986.** Quelle: Eigene Zusammenstellung, Daten aus „Parties and Elections in Europe“, <http://www.parties-and-elections.de/austria.html> [Zugriff am 7.11.2011]

### **Tabelle 5:**

**Stimmenanteile der FPÖ unter Arbeitern.** Quelle: Eigene Darstellung, Daten aus Plasser/ Ulram (2000): Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Signum Verlag

### **Tabelle 6:**

**Arbeitslosenquote in Österreich von 1980-2004.** Quelle: Flecker/ Kirschenhofer 2007: 38

### **Tabelle 7:**

**Sinkende Wahlbeteiligung.** Quelle: Eigene Zusammenstellung, Daten aus „Parties and Elections in Europe“, <http://www.parties-and-elections.de/austria2.html>

# 1. Einleitung

„Ein Gespenst geht um in der Welt: der Populismus“ (Ionescu/ Gellner 1969: 1), schrieben Ghita Ionescu und Ernest Gellner 1969. Auch und gerade Europa wurde gegen Ende des 20. Jahrhunderts von diesem Gespenst heimgesucht und dieses treibt seitdem sein Unwesen im Osten wie im Westen. Denn mit beachtlichen und anhaltenden Wahlerfolgen in ganz Europa haben neu entstandene populistische Parteien seit Ende der 1980er Jahre die Aufmerksamkeit verstärkt auf sich gezogen. Auf wissenschaftlicher Ebene wie auch im journalistischen Bereich wird seitdem sehr viel über dieses Phänomen geschrieben. Im Zentrum der Analysen stehen häufig nicht nur die Merkmale dieses Parteityps, sondern auch die Frage nach den Ursachen für dessen Erstarken. Unverständlicherweise hinkt die Literatur zu postsozialistischen Ländern etwas hinterher, und das obwohl gerade diese Länder oft von populistischer Politik geprägt sind. Auch ländervergleichende Literatur zu populistischen Bewegungen in Ost- und Westeuropa findet man leider noch viel zu selten. Dies war auch der Anstoß für mich, in einer ländervergleichenden Analyse folgenden Forschungsfragen nachzugehen:

Welche begünstigenden Faktoren für den Aufstieg populistischer Gruppierungen in Europa können festgemacht werden? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten lassen sich hinsichtlich der Entstehungsbedingungen in der postkommunistischen Slowakei und in Österreich festmachen?

Der Fokus auf die Länder Österreich und der Slowakei lässt sich aus verschiedenen Gründen erklären. Wie bereits erwähnt, wird bewusst ein Vergleich zwischen einem ost- und westeuropäischen Land gezogen. Gerade auch wegen der verschiedenen Rahmenbedingungen in Ost- und Westeuropa wird es interessant sein zu beobachten, ob und wie sich die beiden Länder hinsichtlich ihrer Entstehungsbedingungen für den Aufstieg populistischer Akteure unterscheiden.

Die Slowakei ziehe ich deshalb für meine Forschungen heran, weil mit Vladimir Mečiar und seiner „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (HZDS<sup>1</sup>) eine populistische Kraft bis zum neuen Jahrtausend stimmenstärkste Partei war und bis 1998 sogar die

---

<sup>1</sup> 2003 hat sich die Partei in „Die Volkspartei- Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (LS- HZDS) umbenannt. Der Übersichtlichkeit wegen wird in dieser Arbeit aber durchgehend die alte Bezeichnung verwendet

Regierung anführte. Mečiar ist also einer der prägendsten und erfolgreichsten Populisten in Osteuropa und es wird interessant sein, den Entstehungsbedingungen für seinen Erfolg auf den Grund zu gehen. Die Partei HZDS ist danach zwar in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht und verpasste bei der letzten Wahl sogar den Sprung ins Parlament. Dennoch ist mit Robert Fico und seiner Partei „Richtung“ (SMER<sup>2</sup>) auch heute wieder eine populistisch orientierte Partei die stimmenstärkste Kraft im Land und prägt die politische Landschaft entscheidend mit. Im Moment ist die Partei zwar nicht in der Regierung vertreten, in den Jahren 2006 bis 2010 übernahm sie jedoch schon Regierungsverantwortung.

In Österreich wiederum ist eine der bekanntesten und erfolgreichsten populistischen Parteien Westeuropas beheimatet. Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) ist im Gegensatz zu den anderen westeuropäischen populistischen Parteien keine neue Gruppierung, sondern stellt eine traditionelle Partei dar. Erst 1986, als Jörg Haider die Partei übernahm, reformierte er diese und verpasste ihr einen populistischen Anstrich. Durch diesen programmatisch-ideologischen Wandel gelang es ihm, die FPÖ von einer Kleinstpartei zu einer Mittelpartei emporzuheben. Seine populistische Art Politik zu machen, die oft auch extremistische Entgleisungen mit sich brachte, sorgte aber auch für viel Kritik. Der Regierungseintritt der FPÖ im Jahr 2000 löste gar Sanktionen seitens der EU gegen Österreich aus. Parteiinterne Konflikte führten zur vorzeitigen Auflösung der Regierung und dem Absturz der FPÖ bei den folgenden Wahlen. Schließlich kam es 2005 zur Spaltung der Partei in die alte FPÖ unter Strache, und in das neue „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ), das von Jörg Haider neu gegründet wurde. Das BZÖ wird häufig auch als populistische Partei eingestuft, wird jedoch in dieser Analyse bewusst nicht behandelt. Dies liegt vor allem daran, dass die Partei schon vor und speziell seit dem Tod Jörg Haiders nur sehr schwer einzuordnen ist und sich noch nicht klar positioniert hat. Um eine genaue Analyse vornehmen zu können, wird man abwarten müssen, wie sich die Partei in Zukunft positionieren wird.

Der Zeitrahmen meiner Untersuchungen setzt mit der Übernahme der FPÖ durch Jörg Haider im Jahre 1986 an. Auch wenn aktuelle Entwicklungen durchaus eine Rolle in

---

<sup>2</sup> Nach der Eingliederung anderer politischer Kräfte in die Partei wurde sie 2004 in „Richtung-Sozialdemokratie“ (SMER-SD) umbenannt. Auch hier wird der Übersichtlichkeit wegen die alte Bezeichnung für die Arbeit herangezogen.



meiner Arbeit spielen, so liegt der Fokus der Arbeit doch auf den späten 1980er Jahren und den 1990ern, als der Aufstieg der populistischen Parteien seinen Anfang nahm.

Die methodische Herangehensweise zur Beantwortung der Forschungsfragen basiert vorwiegend auf einer Literaturrecherche, aber auch empirische Daten werden in meine Arbeit einfließen. Ich werde mich vor allem auf Publikationen stützen, die sich mit dem Phänomen des Populismus in Ost- und Westeuropa auseinandersetzen und auch konkret auf die Gegebenheiten in Österreich und der Slowakei eingehen. In der länderspezifischen Analyse werden dann auch Umfragen und Daten zu den jeweiligen Parlamentswahlen herangezogen.

Der erste Teil der Arbeit wird sich mit dem Konzept des Populismus aus politikwissenschaftlicher Sicht auseinandersetzen. Weil der Begriff des Populismus sehr inflationär verwendet wird und daher eine Unschärfe in sich birgt, ist eine detaillierte Definitionsarbeit von großer Bedeutung. Daher werden zunächst die Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Definitionsmöglichkeiten aufgezeigt und aufbauend darauf wird eine Begriffsdefinition versucht, die für diese Arbeit geeignet scheint. Weiters gilt es auch, das Konzept des Populismus von jenen des Extremismus und des Radikalismus abzugrenzen. Sehr unklare Trennlinien zwischen den Konzepten machen eine Unterscheidung nämlich oft schwierig und gerade deshalb ist es wichtig auf zentrale Unterschiede aufmerksam zu machen. Am Schluss des Kapitels werden noch die verschiedenen Formen des Populismus diskutiert, die sich aus den historischen Ursprüngen des Populismus ableiten lassen.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die verschiedenen europaweiten Entstehungs- und Mobilisierungsbedingungen für den Aufstieg der populistischen Kräfte analysiert. Das gleichzeitige Auftreten in Ost- und Westeuropa lässt vermuten, dass es aktuell in Europa einige gemeinsame Bedingungen gibt, die den Populisten in die Hände spielen. Diese werden der besseren Übersichtlichkeit wegen in eine sozioökonomische, soziokulturelle und politische Dimension eingeteilt. In einem eigenen Abschnitt am Ende des Kapitels wird die Rolle der Medien gesondert thematisiert, weil sie neben den genannten Faktoren eine besonders bedeutende Rolle beim Aufstieg der Populisten einnehmen.

Der dritte Teil analysiert die Entwicklung des Populismus in der Slowakei. Nach einer kurzen Darstellung der Herausbildung des Parteiensystems und der Rolle der populistischen Akteure in diesem Prozess, werden die beiden wichtigsten populistischen Parteien HZDS und SMER in kurzen Parteienportraits vorgestellt und analysiert. Darauf aufbauend widmet sich der nächste Teil den länderspezifischen Entstehungs- und Mobilisierungsbedingungen für den Aufstieg der beiden genannten Parteien, die wiederum in sozioökonomische, soziokulturelle und politische Aspekte unterteilt sein werden.

Der vierte Teil beinhaltet eine Analyse des Populismus in Österreich. Auch in diesem Fall werden das Parteiensystem und die Rolle der populistischen Parteien darin kurz skizziert. Danach wird ein Parteienportrait der FPÖ Aufschluss darüber geben, warum die FPÖ als populistisch eingestuft werden kann und wie diese Politik im Konkreten aussieht. Schließlich werden die spezifisch österreichischen sozioökonomischen, soziokulturellen und politischen Entstehungsbedingungen beleuchtet, die einen Aufstieg der FPÖ ermöglichten.

Das abschließende Kapitel wird dazu dienen, die wichtigsten Erkenntnisse zusammenzufassen und soll zeigen, welchen Beitrag diese Arbeit im Rahmen der wissenschaftlichen Debatte leisten kann.

## 2. Das Konzept des Populismus

Eine ganz zentrale Aufgabe des wissenschaftlichen Arbeitens stellt die Definitionsarbeit am Anfang einer Arbeit dar. Die wichtigsten Begriffe und Phänomene, mit denen sich die Abhandlung auseinandersetzt, müssen genau erfasst werden, um Unklarheiten und Unschärfen vorzubeugen.

Selten ist diese Aufgabe so komplex wie beim Konzept des Populismus. Im Journalismus, aber auch in der Wissenschaft wird der Begriff inflationär verwendet und mit ihm werden teilweise sehr unterschiedliche Erscheinungen und Prozesse zu erklären versucht. Dies führt zu einer definatorischen Unschärfe, die sich nicht zuletzt in einer Fülle unterschiedlicher Deutungen bemerkbar macht. Aus diesem Grund soll dieses Kapitel zunächst einen Überblick über die verschiedenen Ansätze geben und dabei helfen, die zentralen Elemente des Populismusbegriffs festzumachen. Was wiederum mit dem Begriff Nationalpopulismus gemeint ist und warum dieser Begriff den neuen Parteityp, der sich Ende des 20. Jahrhunderts in Europa herausbildete, am besten beschreibt, wird darauf aufbauend thematisiert. Zudem gilt es auch, das Konzept des Populismus vom Extremismus und Radikalismus abzugrenzen. Am Ende des Kapitels werden verschiedene Formen dieses Phänomens vorgestellt, die auch die historischen Wurzeln des Konzepts von Populismus aufzeigen. Diese theoretische Kategorisierung soll das Konzept greifbarer machen und auch Rückschlüsse auf heutige Erscheinungsformen möglich machen.

### 2.1. Populismus als umstrittener Begriff

In der politikwissenschaftlichen Forschung ist es äußerst umstritten, „ob der Begriff ‚Populismus‘ überhaupt typologische Qualität zur Charakterisierung einer Parteienfamilie besitzt und erst recht, ob diese dann für Ost- und Westeuropa gleichermaßen anwendbar ist.“ (Fröhlich- Steffen 2008: 305- 306) So nennt beispielsweise Decker drei Gründe, warum es so schwer ist, den Begriff des Populismus zu fassen und brauchbar zu machen:

*Erstens* sei die Bandbreite der Fälle, die den Stempel Populismus aufgedrückt bekommen enorm. So umfasst es „Erscheinungen in ganz unterschiedlichen historischen und Systemkontexten.“ (Decker 2000: 26)

*Zweitens* sind die sehr unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen des Populismus problematisch. „Diese scheinbare inhaltliche Beliebigkeit wirft natürlich die Frage auf, ob es so etwas wie ein ideologisches Substrat des Populismus gibt, oder ob Populismus lediglich eine bestimmte Form oder Verhaltensweise darstellt, die sich mit allen möglichen inhaltlichen Anschauungen vereinbaren lässt.“ (Decker 2000:26)

*Drittens* gibt es große Differenzen bei der organisatorischen und personellen Trägerschaft. So könnten ganze Regime, Bewegungen, Parteien aber auch Einzelpersonen als populistisch bezeichnet werden. (vgl. Decker 2000: 27)

### **2.1.1. Das Ungreifbare greifbar machen- der Versuch einer Begriffsdefinition von Populismus**

Es ist also wichtig, sich die Frage zu stellen: Was steckt hinter dem nebulösen Begriff des Populismus? „Alle reden davon, von ‚rechtem‘, von ‚linkem‘, von altem und neuem Populismus, aber kaum jemand vermag auf Anhieb zu definieren, was das ist.“ (Puhle 2003: 15) So verwundet es nicht, dass etliche heterogene Definitionen zu diesem Begriff existieren und mancher Autor es gar ablehnt, diesen Begriff zu verwenden. Decker führt dazu an: „Die Eigenschaften, die den Populismus als politische Formel auszeichnen- seine Wertgeladenheit und inhaltliche Unschärfe- machen ihn als wissenschaftlichen Begriff problematisch.“ (Decker 2004: 21) Trotz teils unterschiedlicher Ansichten und Deutungen lassen sich aber einige Kernelemente populistischer Politik festmachen. Dieser Abschnitt wird versuchen, diese herauszustellen, um eine Definition des Begriffs für diese Arbeit zu ermöglichen.

Eine der wesentlichen Streitpunkte in der Populismusforschung stellt die Frage dar, ob der Populismus eine eigene Ideologie darstellt oder nur als politischer Stil zu begreifen ist. Mudde beispielsweise betont, dass die populistischen Parteien zwar demagogische Stilmittel aufweisen, aber diese stellen nicht das zentrale Element des Populismus dar. (Mudde 2004: 543) Die Deutung als politischer Stil greift auf jeden Fall zu kurz. Mudde erkennt im Populismus viel eher eine “thin-centred ideology” und definiert „populism as an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the

people.” (Mudde 2004: 543) So wird auf einer vertikalen Ebene das als homogen dargestellte „Volk“ von der korrupten Elite abgegrenzt, gegen das man sich zur Wehr setzen muss. Die Populisten seien dabei die einzigen politischen Vertreter, die auf der Seite des Volkes stehen (vgl. Heinisch 2004: 249) Alle anderen Parteien agieren ihrer Ansicht nach gegen den Willen des Volkes und sind durch korrupte Politiker bestimmt. (vgl. Mudde 2004: 546) Populisten verwehren sich somit gegen den Elitarismus und den Pluralismus und versuchen mit der Zweiteilung der Gesellschaft in Gut und Böse, Stimmen zu maximieren. Als „thin-centred ideology“ könnte das Konzept mit Ideologien wie Kommunismus, Nationalismus, Sozialismus oder anderen verknüpft werden. (vgl. Mudde 2004: 546)

Ähnlich sieht es auch Canovan. Sie betont, dass der Populismus rechts, links oder in der Mitte des politischen Spektrums zu finden sei und jegliche Verallgemeinerungen hinsichtlich des Begriffs durch Gegenbeispiele widerlegt werden könnten. Viel zu sehr sei der Kontext entscheidend. Das einzige, was diesen Parteityp eine, ist deren Fokus auf „the people“. (vgl. Canovan 1984: 313) Populismus ist demnach eine Ideologie, dessen Herzstück „is undoubtedly ‚the people‘, followed by ‚democracy‘, ‚sovereignty‘ and ‚majority rule‘, each defined through its links with the others. Thus, democracy is understood as government by the sovereign people, *not* as government by politicians, bureaucrats or judges. [...] democracy demands that political decisions be under popular control.“ (Canovan 2002: 33) Diese Betonung des „Volkes“, das sich gegen die korrupte Elite zur Wehr setzt, ist in den meisten Definitionen des populistischen Parteitypus zu finden. Populistische Parteien weisen deshalb auch nicht die Demokratie an sich zurück, sondern die Art wie sie gelebt wird. Nicht die Eliten sollen in der Demokratie Politik machen, vielmehr solle sie „by the people“ gemacht werden. (vgl. Mény/ Surel 2002: 8) Es sind „immer die kleinen Leute, deren Wohl durch Großorganisationen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angeblich bedroht wird. [...] hier das rechtschaffene, integre Volk, dort die bösen Konzerne, Parteien, Verbände, Regierungsapparate und sonstige Machtblöcke, die sich gegen diese Interessen verschworen haben.“ (Decker 2000: 28) Auch Ionescu und Gellner unterstreichen diese abwehrende Haltung, wenn sie über Populismus schreiben: „it was *anti*: anti-capitalistic, anti-urban, as well as xenophobic and anti-semitic.“ (Gellner/ Ionescu 1969: 4) Dieser Negativismus wird zusätzlich durch eine romantisierende Verklärung von vergangenen Zeiten als Idealzustand verstärkt. (vgl. Decker 2000: 28)

Es ist aber klar, dass diese Dichotomisierung der Gesellschaft in „Gut“ und „Böse“ nur konstruiert ist und dass es solche homogenen Einheiten in Demokratien nicht geben kann: “The people’s purported homogeneity as well as that of the rejected group nevertheless stand in great contrast to the reality of more or less heterogeneous groups in society.” (Deiwiks 2009: 2) Diese imaginierte Gemeinschaft bezeichnet Taggart mit dem Begriff „heartland“. Dieses grenzt sich im nationalen Verständnis zunächst gegenüber Ausländern ab, aber auch marginalisierte Gruppen innerhalb der Nation sind von diesem „heartland“ ausgeschlossen. (vgl. Taggart 2000: 96 f.) Eine einheitliche Definition des Begriffs Populismus lehnt Taggart aber ab, weil die populistischen Parteien immer im Kontext gesehen werden müssen und betont: „Populism has an essentially chameleonic quality that means it always takes on the hue of the environment in which it occurs.“ (Taggart 2000: 4) Diese Anpassungsfähigkeit der Populisten stellt auch einen zentralen Erfolgsfaktor dieser Parteien dar. So sind sie inhaltlich nicht an ideologische Standpunkte gebunden und können sich gekonnt einer Einordnung auf der ökonomisch- gesellschaftlichen Links-Rechtsskala entziehen.

Weil die etablierten Parteien populistische Themen und Rhetorik auch in ihrer Politik aufnehmen, anstatt populistische Parteien von der politischen Macht fernzuhalten, spricht Mudde gar von einem populistischen Zeitgeist. (vgl. Mudde 2004: 563) So betont er, „populist discourse has become mainstream in the politics of contemporary western democracies“. (Mudde 2004: 562) Dennoch ist der populistische Parteityp von jenen Parteien abzugrenzen, die sich nur gelegentlich populistischer Mobilisierungen bedienen. Denn die etablierten Parteien haben einen anderen Kern an Programmatik und Ideologie, der nicht primär auf populistischen Elementen wie Anti- Elitarismus und Nationalismus beruht, sondern vor allem pluralistische und universalistische Komponenten beinhaltet. Dadurch sind sie ganz zentral von populistischen Akteuren zu unterscheiden. (vgl. Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 9)

Auf organisatorischer Ebene wird populistische Politik mit einem sehr stark ausgeprägten Führerkult verknüpft. Jene Parteien, die sich selbst oft als Bewegung inszenieren, werden in der Regel durch einen starken Mann repräsentiert. Namen wie Haider, Blocher, Le Pen, Mečiar und andere sind als Synonym für deren Bewegung zu sehen. In Osteuropa ist der Drang sich als Bewegung darzustellen sogar sehr stark zu beobachten, weil durch den Kommunismus der Begriff der Partei eine sehr negative Konnotation hat. (vgl. Heinisch 2004: 252) „Fehlende programmatische Integration und

eine in aller Regel autoritäre Organisationsstruktur (mit einem Führer an der Spitze) lassen sie als wenig demokratisch erscheinen, was ihrem Anspruch, Sprachrohr und Vertreter des Volksinteresses zu sein, auf den ersten Blick zuwiderläuft.“ (Decker 2000: 29) Aber dies erscheint nur zunächst als paradox und widersprüchlich. Denn die populistische Ideologie baut ja auf der Vorstellung des homogenen Volkswillens auf und deshalb ist es nur logisch, dass das einige Volk mit einer Stimme spricht- mit der Stimme des Parteiführers. (vgl. Decker 2004: 50-51)

Die für diese Arbeit relevante Definition basiert auf den ausgeführten Gemeinsamkeiten. So wird Populismus als eine „thin-centred ideology“ bezeichnet, dessen Kernpunkt die Dichotomisierung der Gesellschaft darstellt: Auf einer vertikalen Ebene wird das als homogen dargestellte „Volk“ von der korrupten Elite abgegrenzt, gegen das man sich zur Wehr setzen muss. Als Vertreter der einfachen Leute setzen sich die Populisten für mehr direkte Demokratie ein, weil nur so der Bevölkerung ihre politische Souveränität zurückgegeben werden könne. Denn laut populistischem Demokratieverständnis müsse die Politik „by the people“ (Mény/ Surel 2002: 8) gemacht werden. Elitarismus und Pluralismus werden hingegen als Bedrohung für die homogene Einheit gesehen und deshalb abgelehnt. Populismus ist somit eine Politik, „die von der Entfremdung zwischen politischer Klasse und den von ihr Repräsentierten zu profitieren versucht.“ (Segert 2011: 53) Als äußerst wichtig erscheint mir aber auch die Einsicht, dass populistische Politik sich auf verschiedene Ideologien stützen kann und mitunter sogar linke und rechte Positionen in einer Partei vereint. Gerade die chamäleonartige Wandelbarkeit, wie Taggart es nennt, macht es schwierig, sie auf der ökonomisch- gesellschaftlichen Rechts- Linksskala einzuordnen. Auf der organisatorischen Ebene versuchen sich diese Parteien oft als Bewegung darzustellen, um die Nähe zum Volk auszudrücken. Sehr hierarchisch organisiert zeichnet sie dabei ein sehr ausgeprägter Führerkult aus. Eine charismatische Führungspersönlichkeit an der Spitze steht quasi synonym für die Partei und inszeniert sich als Stimme des Volkes.

Für den in dieser Arbeit behandelten neuen Parteytyp in Europa wird oft der weiter spezifizierende Begriff des Rechtspopulismus verwendet. Der Begriff wird dann gebraucht, wenn sich die populistische Ablehnung explizit auch auf einer horizontalen Ebene nach außen richtet. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 7) Warum ich den Begriff Rechtspopulismus aber für problematisch erachte und zur Einordnung des neuen

Parteityps in Europa den Begriff Nationalpopulismus vorziehe, soll im nächsten Kapitel dargestellt werden.

### **2.1.2. Nationalpopulismus als spezifizierender Begriff**

Wurde im vorigen Abschnitt sehr allgemein über die Definition von Populismus gesprochen, gilt es nun sich näher mit der speziellen Situation in Europa auseinanderzusetzen. Hier streitet sich die Wissenschaft, wie der Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre neu aufkommende Parteityp bezeichnet werden soll.

Die Medien, aber auch einige Wissenschaftler wie Betz und Decker verwenden für diese Gruppierungen den Begriff des Rechtspopulismus. Decker betont zwar, dass Populismus nicht per se rechts einzuordnen sei, es aber eine gewisse Affinität nach rechts zu geben scheint. (vgl. Decker 2000: 25-26) Fröhlich- Steffen und Rensmann sehen den Begriff des Rechtspopulismus zwar dann als brauchbar an, wenn sich der „anti- pluralistische populistische Bezug auf ein normativ idealisiertes und homogenisiertes ‚Volk‘ nicht nur auf der innengerichteten vertikalen Dimension plebiszitär und anti- elitär gegen die ‚korrupte‘ Elite (gegen ‚die oben‘) richtet, sondern zudem explizit auf der horizontalen Ebene auch nach außen.“ (Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 7) Gemeint sind hier die ‚Außenstehenden‘ und ‚Anderen‘, meist sind dies Einwanderer, Minderheiten oder die EU. (vgl. Fröhlich- Steffen/Rensmann 2005: 7) Die beiden Autoren betonen aber, dass der Begriff des Rechtspopulismus in einigen Fällen auch irreführend sein kann. Wie bereits in Kapitel 2.1.1. ausgeführt, zählt die ideologische Wandelbarkeit zu den Stärken der Populisten. Bezeichnet man die neu aufkommenden Populisten in Ost- und Westeuropa als *Rechtspopulisten*, unterstellt man ihnen eine klare Einordnung auf der ökonomisch- gesellschaftlichen Rechts- Linksskala. Gerade in Osteuropa, aber durchaus auch in Westeuropa, bedienen sich populistische Akteure aber sowohl linker als auch rechter Elemente. (vgl. Fröhlich Steffen/ Rensmann 2005: 7)

Wie könnte man dieses Phänomen begrifflich adäquater ausdrücken? Die beiden zitierten Autoren machen einen Vorschlag, der auch mir überzeugend erscheint: „Gerade in gesellschaftlichen und ökonomischen Fragen neigen sie oft zu „explizit ‚linken‘, wenn auch nicht universalistischen- sondern national- partikularen oder nationalistischen Positionen. Gerade für eine vergleichende Analyse bietet sich deshalb vor dem Hintergrund dieser entscheidenden Klammer des exklusiven, nationalen



Identitätsnarrativs der Begriff des Nationalpopulismus (Leggewie 1992) an.“ ( Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 7) Er zielt zum einen auf die vertikale Abgrenzung zwischen dem ‚homogenen Volkswillen‘ gegen die ‚korrupte Elite‘ und der damit verbundenen Kritik an der repräsentativen Demokratie ab, und zum anderen „macht der Begriff deutlich, dass sich all jene Akteure vorrangig ideologisch über einen Rückgriff auf eine kollektive nationale Identität und in Abgrenzung von ‚den Anderen‘ (Minderheiten, Einwanderer, internationale Konzerne, Nachbarländer, EU etc.) definieren.“ ( Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 7) Nationalpopulisten wollen die eigene Nation verteidigen und setzen „grosso modo auf eine Homogenisierung des Volkes und eine Zurückdrängung des politischen und gesellschaftlichen Pluralismus“. ( Fröhlich- Steffen 2006: 146)

### **2.1.3. Populismus in Abgrenzung zu radikaler bzw. extremistischer Politik**

Der Abgrenzung populistischer Politik von extremistischen bzw. radikalen Ideologien ist deshalb ein eigener Abschnitt gewidmet, weil diese Phänomene oft vermischt werden und es sogar auf wissenschaftlicher Ebene teilweise zu einer Verwischung der Grenzen dieser Begriffe kommt. Der Grund dafür ist, dass es durchaus vorkommen kann, dass sich populistische Parteien extremistischer oder radikaler Elemente bedienen und eine klare Abgrenzung daher schwierig wird. Schließlich gibt es auch „inhaltlich-ideologische und strukturelle Überschneidungen“ und manche Autoren bezeichnen die Rechtspopulisten daher auch als abgeschwächten Rechtsextremismus oder als rechtsradikal. (vgl. Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 9) Betz beispielsweise betont, dass die Rechtspopulisten teils extreme Ansichten haben und diese extremen Ideologien nur verschleiern, um ihr Wählerpotenzial zu erhöhen. Denn mit Werten, die nur von einer sehr kleinen Gruppe befürwortet werden, kann man keine Wahlen gewinnen. (Betz 1998: 3) Doch gerade weil es in der wissenschaftlichen Debatte bei diesen Begriffen oft keine klare Trennlinie gibt, ist es wichtig, auf vorhandene Unterschiede zu verweisen und die Begriffe genau zu definieren.

Rechtsextremismus wird in der Wissenschaft als eine Art Ideologie gesehen, die sich meist aus einer Kombination verschiedener Eigenschaften zusammensetzt. (vgl. Katscher 2007: 35) Betz beispielsweise definiert den Begriff anhand folgender Merkmale:

Als erstes nennt er die fundamentale Ablehnung von demokratischen Prinzipien wie individuelle Freiheit und Gleichheit sowie gleichen Rechten aller Mitglieder einer politischen Gemeinschaft. Das demokratische System müsse daher von einem autoritären System abgelöst werden, indem die Rechte auf gewissen Charakteristiken wie Rasse, Ethnizität oder Religion basieren. (vgl. Betz 1998: 3)

Als zweites Merkmal führt er die Akzeptanz, wenn nicht sogar Befürwortung der Anwendung von Gewalt an, um politische Ziele im In- und Ausland zu erreichen. (vgl. Betz 1998: 3)

Rydgren formuliert es ganz ähnlich, wenn er schreibt: „Political monism of the extreme right is expressed in two ways: as a rejection of the democratic political system and/ or rejection of universalistic and egalitarian, sometimes called democratic, values.“ (Rydgren 2007: 243)

Im Unterschied dazu lehnt der Rechtsradikalismus zwar ebenso eine demokratische Verfassung ab und setzt sich für einen autoritären Staat ein, allerdings arrangieren sich die Radikalen mit dem demokratischen System und versuchen „to win representation within democratic political institutions“. (Rydgren 2007: 243) Dies unterscheidet sie von den rechtsextremistischen Gruppierungen. Während die Rechtsradikalen parlamentarisch agieren, versuchen rechtsextreme Gruppierungen „to take action outside the parliamentary arena“ und widersetzen sich somit offen gegen die Verfassung. (Rydgren 2007: 243)

Ein ganz zentraler Unterschied zwischen extremistischen, radikalen und populistischen Akteuren zeigt sich also in der Haltung gegenüber dem bestehenden politischen System. „Rechtsextremisten nehmen es meist nicht so genau mit den Verfassungsregeln, die von den meisten populistischen Bewegungen, wenn auch grollend, akzeptiert werden. Der geforderte Wandel bei populistischen Bewegungen ist meist begrenzt: Minimalforderungen sind die Volkswahl des Staatsoberhauptes und die Einführung von Referenden, sowie Änderungen des repräsentativen Wahlrechts.“ (Von Beyme 2010: 182) Populistische Akteure lehnen die Demokratie per se nicht ab, sondern üben lediglich „Kritik am Liberalismus/ Konstitutionalismus sowie an Modi, Institutionen und Praktiken repräsentativer Demokratie[...]“. (Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 9) Populisten wollen mehr direkte Demokratie und setzen auf eine „Stärkung präsidentieller Systemelemente mit verringerten Einschränkungen durch Formen der

Gewaltenteilung, nicht aber auf eine Diktatur oder autoritäre Herrschaft.“ (Rensmann 2006: 68- 69). Extremistische Gruppierungen sind hingegen, wie bereits ausgeführt, außerhalb dieses demokratischen Spektrums zu verorten. (vgl. Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 9, Rensmann 2006: 68, Rydgren 2007: 243) So wird mit dem Begriff Extremismus „die Verneinung liberaler demokratischer Werte suggeriert“. (Katscher 2007: 34)

Andererseits betont Rensmann, dass es schon eine Neigung populistischer Ideologie hin zum Extremismus gibt. Dies ergibt sich schon aus der anti- pluralistischen und anti- konstitutionellen Haltung sowie dem Konzept des autoritären Führers an der Spitze populistischer Parteien. (vgl. Rensmann 2006: 69) „Auch in den neuen Demokratien in Osteuropa sind die Grenzen zwischen Populismus und Rechtsextremismus gelegentlich fließend, wie in der ungarischen ‚Partei für Gerechtigkeit und Leben‘, in der ‚Slowakischen Nationalpartei‘ und in der ‚Bewegung für eine demokratische Slowakei‘ (HZDS) in den 1990er Jahren, bei den tschechischen Republikanern oder der ‚Liga für polnische Familien‘, die alle semi-autoritär, xenophobisch und rechtsextremistisch auftraten.“ (Von Beyme 2011: 182)

Auch und vor allem die Abgrenzung radikaler Bewegungen von populistischen Kräften gilt als kompliziert und oft kann man daher auch von radikalen populistischen Parteien sprechen. Dennoch soll hier ausdrücklich davor gewarnt werden, die drei genannten Begriffe synonym zu verwenden. Denn auch wenn es Überschneidungen gibt, gilt es Unterscheidungen zu treffen, um politikwissenschaftlich arbeiten zu können. Gerade die Trennlinien zwischen Extremismus und Populismus müssen bei der Einordnung politischer Parteien beachtet werden.

## **2.2. Formen des Populismus**

Nachdem der Begriff des Populismus nun genauer definiert ist und er von anderen politischen Konzepten abgegrenzt wurde, werden nun die verschiedenen Formen des Populismus skizziert. Die üblicherweise in diesem Zusammenhang erwähnten drei Typen stellen zwar Idealtypen dar, verweisen aber auch auf die historischen Wurzeln des Populismus.

Heute unterscheidet man zumindest zwischen drei Idealtypen von Populismus. Es sind dies der *agrarische*, der *politische* und *ökonomische* Populismus. Diese drei Formen

können sich natürlich überschneiden und stellen lediglich theoretische Konstrukte dar, um eine bessere Einordnung zu ermöglichen und um das komplexe Phänomen besser greifbar zu machen. (vgl. Mudde 2002: 214 ff.)

Die Ursprünge des *agraren Populismus* liegen in drei unterschiedlichen Bewegungen, die Ende des neunzehnten Jahrhunderts beziehungsweise Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts für Furore sorgten. Dies ist der Populismus in Amerika am Ende des neunzehnten Jahrhunderts, die russische „Narodniki“-Bewegung und die Bauernbewegung in Ostmitteleuropa. Aufgrund der zunehmenden Industrialisierung nimmt diese Form des Populismus mehr und mehr ab, dennoch spielt er eine zentrale Rolle beim Verständnis populistischer Bewegungen in Osteuropa.

In Europa sind wir heute vor allem mit der *politischen Form* des Populismus konfrontiert. Gerade die Bewegungen, die in Europa Ende der 1980er und 1990er Jahre aufgekommen sind und im Fokus dieser Arbeit stehen, sind dem politischen Populismus zuzuordnen.

Die dritte Form, jene des *ökonomischen Populismus*, basiert vor allem auf populistischen Akteuren in Lateinamerika. Sie zielen darauf ab, dem Staat eine größere Rolle bei wirtschaftspolitischen Fragen zukommen zu lassen. (vgl. Mudde 2002: 217)

### **2.2.1. Der agrarische Populismus**

Wie bereits erwähnt, haben drei Bewegungen diese Form des Populismus geprägt: die „People’s Party“, eine politische Bewegung die in den USA ihren Ursprung hat, die „Narodniki“-Bewegung, eine kulturelle Bewegung aus Russland, sowie die Bauernbewegung in Ostmitteleuropa.

#### *Die Populists in den USA*

Die „People’s Party“ wurde 1890 gegründet, nachdem die Farmer in den USA in schwere finanzielle Nöte geraten sind. Die fiskalen Probleme entstanden, weil die Farmer enormen Frachtkosten seitens der Eisenbahngesellschaften ausgesetzt waren und die Regierung eine deflationistische Währungspolitik verfolgte. Dies bedeutete

geringere Preise für Agrarprodukte, während die Schulden gleich hoch blieben. (vgl. Spier 2006: 40) Weil die Probleme von den beiden großen Parteien nicht Ernst genommen wurden, organisierte sich der Protest in Form der „Farmers Alliance“, die 1890 als „People’s Party“ zur Wahl antrat und auch mehr als eine Million Stimmen erhielt. (vgl. Spier 2006: 41) Der Protest richtete sich gegen eine politische Übermacht der Großstädte, die Monopole und die Eisenbahngesellschaften, Banken und Trusts, Zwischenhändlerprofite und vor allem gegen die deflationistische Währungspolitik der Regierung in Verbund mit den Goldstandards. (vgl. Puhle 2003: 19) Die Bewegungen der „Farmers Alliance“ setzten sich für die Idee der „agrarischen Demokratie“ ein, was als eine Partizipation von unten zu verstehen ist, „in überschaubaren Einheiten und ohne zwischengeschaltete intermediäre oder repräsentative Elemente“. (Puhle 2003: 20) Die wichtigsten allgemeinpolitischen Forderungen waren die Direktwahl der Senatoren, eine Einführung von Vorwahlen, das Frauenstimmrecht, die Möglichkeit der Abwahl von Amtsträgern sowie eine progressive Einkommenssteuer. (vgl. Puhle 2003: 20) Die größte Aktivität der Partei lag zwischen 1890 und 1896 und sie wurde vor allem von Bauern aus dem Westen und Süden unterstützt. (vgl. Priester 2007: 85) Auch wenn der Erfolg nicht lange währte, war sie dennoch die erste Partei in den USA, die neben den Großparteien halbwegs erfolgreich bestehen konnte. (vgl. Spier 2006: 41) So konnte sie sogar Einzelstaaten im Süden und im mittleren Westen erobern. (vgl. Puhle 2003: 20) Weil die Protestbereitschaft durch den Konjunkturaufschwung um die Jahrhundertwende zurückging, verloren auch die populistischen Gruppierungen an Unterstützung. Dennoch wurden die zentralen Forderungen der Bewegung von den beiden Großparteien aufgegriffen und so gut wie alle wurden auch erfüllt. (vgl. Puhle 2003: 20)

#### *Die „Narodniki“- Bewegung in Russland*

Die „Narodniki“-Bewegung, die im neunzehnten Jahrhundert in Russland ihren Ursprung hatte, setzte sich für vermehrte Rechte für die verarmten Bauern ein und idealisierte das Bild der Agrargesellschaft. Die Bewegung war jedoch nicht von den Landwirten selbst getragen, vielmehr kamen die meisten „from the intelligentsia. [...] Intelligentsia usually referred to alienated youngsters, many of whom came from clerical background, who were intent on transforming themselves into ‚new man‘ ”. (Held 1996: 4) Die Bauern selbst waren 1861 aus der Leibeigenschaft entlassen worden

und mussten nun das Land von ihrem ehemaligen Grundherrn kaufen, um die Felder weiter bestellen zu können. Hinzu kamen noch eine sehr hohe Kopfsteuer und eine sehr ungünstige demografische Entwicklung. Ein Bündel an Faktoren sorgte also dafür, dass die Landbevölkerung in große Armut und Verbitterung schlitterte. (vgl. Spier 2006: 42) Dennoch blieb ein organisierter Widerstand seitens der Bauern aus. Stattdessen beschlossen Anfang der 1870er Jahre Tausende Studenten ihr Universitätsleben aufzugeben und wollten die Bauern zu revolutionären Tätigkeiten animieren. (vgl. Spier 2006: 43) Die Intellektuellen gingen also „ins Volk“ und die „Stoßrichtung ging nicht nur gegen die Errungenschaften der Aufklärung und das sog. ‚Westlertum‘, sie ging gegen den Kapitalismus insgesamt“. (Puhle 2003: 22) Sie idealisierten das Bild der alten Agrargesellschaften, in denen der befreite Bauer die Gesellschaft prägte. „Ihre Idealfigur war nicht ein kleinkapitalistischer Farmer, sondern der traditionelle russische Bauer, inzwischen zwar individuell befreit, aber nach Moral und Sitte fest im Land und in der Dorfgemeinschaft verwurzelt, deren alte unverdorbene Werte er garantierte“. (Puhle 2003: 22) Dabei beriefen sich die Intellektuellen auf Rousseau, Herder und Adam Müller, die als Urväter der romantisierenden Agrarideologien gelten. (vgl. Puhle 2003: 22) Die „Narodniki“ waren auch weit radikaler als die amerikanischen Populisten. Intellektuelle wandten sich vom politischen und wirtschaftlichen Establishment ab und bekämpften als Protestbewegung das kapitalistische und zaristische System. (vgl. Puhle 2003: 22) Ihr Bestreben, die Bauern von ihren Überlegungen und Vorstellungen zu überzeugen und sie zu Aktivitäten anzutreiben, misslang allerdings deutlich. Zu sehr waren die Lebenswelten der Bauern und der Intellektuellen voneinander getrennt. (vgl. Spier 2006: 43)

### *Die Bauernbewegung in Ostmitteleuropa*

Die Bauernbewegungen und Bauernparteien, die sich in der Zwischenkriegszeit in den Ländern Ostmitteleuropas und des Balkans formierten und gemeinsam mit skandinavischen Bauernparteien unter dem Begriff „peasantism“ gefasst werden, sind auch als populistische Bewegungen einzustufen. (vgl. Puhle 2003: 23) Diese Bewegungen formierten sich vor allem, um die Bauern zum Widerstand gegen die Ausbeutung durch Feudalherren zu mobilisieren. Im 19. Jahrhundert war die Möglichkeit der politischen Einflussnahme in Osteuropa aufgrund der autoritären Strukturen noch sehr beschränkt. Im 20. Jahrhundert ist es allerdings zur Verbesserung

der Situation der Bauern in Osteuropa gekommen und es wurde eine politische Partizipation ermöglicht. (vgl. Mudde 2000a: 2) Sehr stark von den „Narodniki“ beeinflusst, repräsentierten die in der Folge entstandenen Parteien und Bewegungen ein „relativ einheitliches soziales Milieu, das sie mobilisieren konnten, und machten eine nationalistische, überwiegend konservativ- agrarische Politik, die gelegentlich auch entwicklungsorientiert war und mit der sie in manchen Ländern zunehmend in Konkurrenz zu den christlichen Volksparteien gerieten“. (Puhle 2003: 23) Da die Gesellschaften in Osteuropa zu dieser Zeit noch stark landwirtschaftlich geprägt waren, wurde der agrarische Populismus bald zur dominanten Ideologie. (vgl. Mudde 2000a: 2) Entsprechende Gruppierungen und Parteien gab es Anfang des 20. Jahrhunderts in der Tschechoslowakei, Polen, in den baltischen Ländern, Bulgarien, Rumänien, Ungarn sowie in Serbien und Kroatien. (vgl. Puhle 2003: 24) Der „peasant populism“ in Osteuropa, der seinen Höhepunkt zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit beachtlichen Wahlerfolgen feierte, hatte neben seiner konservativ-nationalistischen Züge auch ideologische und programmatische Berührungspunkte mit faschistischen Bewegungen. (vgl. Puhle 2003: 24). Durch die Unterdrückung seitens autoritärer Regime in den 1920er und 1930er Jahren war deren Blütezeit in Osteuropa allerdings bald vorbei. (vgl. Puhle 2003: 24)

Auch wenn die Bewegungen durchaus große Unterschiede aufweisen, eint sie laut Mudde ihre anti-elitäre Ideologie, in der die Bauern die Basis für eine funktionierende Gesellschaft darstellen. „Agrarian populists are vehemently opposed to the urban elites and the centralising tendencies and materialist basis of capitalism, and they strive for the preservation of small family farms by founding co-operatives, for strengthening (rural) communities, and for self governance“. (Mudde 2002: 215) Obwohl viele wissenschaftliche Beobachter die Populisten der vorsozialistischen Zeit als nur rückwärtsgerichtet betrachten, betont Mudde, dass es sehr wohl auch fortschrittliche Forderungen gegeben hat. (vgl. Mudde 2002: 215)

Wie bereits erwähnt, spielte diese Form des Populismus in Osteuropa vor der kommunistischen Machtübernahme eine zentrale Rolle. Schließlich war die Gesellschaft damals größtenteils agrarisch strukturiert. Diese Bewegungen sind nach dem Fall des Kommunismus zwar teilweise wieder aufgekommen, konnten aber aufgrund der zunehmenden Industrialisierung kaum noch Erfolge verbuchen. Die Agrarpopulisten konnten ihr politisches Überleben lediglich dort sichern, wo Kollektivierung in der

kommunistischen Zeit verhindert oder zumindest abgefedert werden konnte. (vgl. Mudde 2000c: 41)

### **2.2.2. Der politische Populismus**

Der politische Populismus ist jene Form, die im heutigen Europa vorherrschend ist und auf deren Basis die meisten populistischen Akteure agieren. Die wichtigsten Elemente dieser Form sind bereits in Kapitel 2.1. erläutert worden und basieren vor allem auf „a rigid dichotomy of ‚the pure people‘ versus ‚the corrupt elite‘“. (Mudde 2000b: 1)

„Gestützt auf nationalistische, fremdenfeindliche und antiglobalistische Gefühle, verbindet sich dieser Populismus inhaltlich mit den Ängsten, die durch die ‚Brave New World‘, eine globalisierte Welt bzw. die soziale Lage in den postkommunistischen Ländern geschürt werden“. (Bayer 2002: 267)

Oft wird der Begriff in Zusammenhang mit rechten Bewegungen in Westeuropa analysiert. Allerdings zeigt sich, dass Populismus sich verschiedenster Ideologien bedienen und somit auch von linken politischen Akteuren aufgegriffen werden kann und auch in Osteuropa Einzug gehalten hat. (vgl. Mudde 2000b: 1) Als Vertreter des Volkes und als ‚wahre‘ Demokraten setzen sie auch Mittel der direkten Demokratie ein und machen sich für Befragungen in der Bevölkerung stark. Allerdings werden nicht wirkliche Alternativen präsentiert, sondern Hass und Vorurteile geschürt. (vgl. Mudde 2000b: 1)

### **2.2.3. Der ökonomische Populismus**

Diese Form des Populismus hat ihren Ursprung in Lateinamerika, geht bis in die 1920er Jahre zurück und erlebte in den 1970ern einen neuerlichen Aufschwung. (vgl. Mudde 2002: 216) Knight definiert diese Art des Populismus als „a multiclass political movement, characterised by personalist, charismatic leadership, ad hoc reformist policies, and a repudiation of revolution“. (Knight 1998: 237)

Mudde plädiert aber vor allem im osteuropäischen Kontext dafür, sich mehr auf die ökonomische Dimension zu konzentrieren. Im Zentrum der Überlegungen steht dabei die importsubstituierende Industrialisierung und man spricht dem Staat generell eine tragende Rolle in wirtschaftspolitischen Fragen zu. (vgl. Mudde 2002: 217) Ähnlich



formuliert es Bayer: „Der ökonomische Populismus sieht eine vom Staat gelenkte, die Marktmechanismen korrigierende und ausgleichende Wirtschaftspolitik in einer geschlossenen, von der Weltwirtschaft abgeriegelten nationalen Wirtschaft vor“. (Bayer 2002: 267) Man stellt dabei den Anspruch, einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus einzuschlagen. (vgl. Mudde 2000c: 36) So sollte der Staat für protektionistische Zölle eintreten, sich für die gerechte Verteilung des Vermögens einsetzen, die Infrastruktur anpassen, Verbrauch- und Sozialeinrichtungen sollten erweitert werden und die Sozialpartner zur Kooperation gezwungen werden. (vgl. Mudde 2002: 217)

### **3. Allgemeine europäische Gelegenheitsstrukturen und Mobilisierungschancen**

Ebenso wie bei der Definition des Konzepts von Populismus gibt es auch hinsichtlich der Gelegenheitsstrukturen und Mobilisierungschancen, die einen Aufstieg der Nationalpopulisten in Europa ermöglichten, unterschiedliche Ansätze.

Als begünstigend wirken auf jeden Fall so genannte „populistische Momente“ (Goodwyn 1976), also Situationen, in denen durch einen abrupten Modernisierungsschub und damit verbundenen politischen, kulturellen und ökonomischen Veränderungen Statusängste und Identitätskrisen ausgelöst werden und somit einen Nährboden für nationalpopulistische Gruppierungen darstellen. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2008: 308)

Es sind also mehrere interagierende Faktoren, die den Aufstieg dieses neuen Parteityps ermöglicht haben. Fröhlich-Steffen und Rensmann betonen vor allem den „Interaktionsprozess von spezifischen politisch- kulturellen und politisch- systemischen Kontextvariablen, Akteursvariablen, situativen Faktoren und vor allem auch verbesserten allgemeinen Mobilisierungsbedingungen bzw. Gelegenheitsstrukturen im europaweiten Kontext, die vom Parteiensystemwandel über Legitimitätskrisen bis zu neuen gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen im Zuge der Europäisierung reichen.“ (Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 12) Generell sind populistische Parteien am erfolgreichsten, „je mehr es ihnen gelingt, aus den ökonomischen, kulturellen und politischen Krisenerscheinungen gleichzeitig Kapital zu schlagen und sie zu einer programmatischen Gewinnformel zu verbinden.“ (Decker 2006: 15)

Nur durch die unterschiedlichen Strukturen und Gegebenheiten in den verschiedenen Ländern und Regionen sind auch die unterschiedlichen Erfolgsbilanzen zu erklären. Das parallele Erstarren der nationalpopulistischen Parteien in ganz Europa deutet aber darauf hin, dass es auch ähnliche sozioökonomische, soziokulturelle und politische Transformationsprozesse in Ost- und Westeuropa geben muss, die den Aufstieg begünstigen. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 12)

Globalisierung, Europäisierung, eine gestiegene Parteien- und Demokratieverdrossenheit sowie Veränderungen in den Parteiensystemen und die Entwicklung zur Mediendemokratie sind nur einige Aspekte dieser Transformationsprozesse, die eine Etablierung nationalpopulistischer Parteien

ermöglichten. (Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 12) Diese Prozesse sind überdies meist auch mit einer „Verunsicherung kollektiver Identitäten, mit sozialer Desintegration und der Erfahrung von ‚Demokratieentleerung‘ (Heitmeyer 2001), mit einem realen oder perzipierten Verlust bzw. der Verlagerung von nationalen Steuerungsressourcen sowie einer rapiden sozioökonomischen und soziokulturellen Modernisierung verbunden [...]“, worauf sowohl die extreme Rechte als auch die nationalpopulistischen Parteien reagieren. (Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 12)

In diesem Kapitel sollen nun die verschiedenen interagierenden Gelegenheitsstrukturen für den Erfolg populistischer Parteien in Europa genauer analysiert werden. Zur besseren Übersicht und zum besseren Verständnis sind die Entstehungsbedingungen in drei Themenblöcken zusammengefasst: es sind dies erstens *sozioökonomische Faktoren*, zweitens *soziokulturelle Aspekte* und drittens *politische Komponenten*.

Eine länderspezifische Analyse der Erfolgsbedingungen in Österreich und der Slowakei folgt in den Kapiteln 4.2. und 5.2.

### **3.1. Sozioökonomische Komponenten**

In diesem Abschnitt soll vor allem auf die Veränderungen durch Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse und deren Auswirkungen auf die Mobilisierungschancen populistischer Parteien eingegangen werden. Eine der brisantesten Thesen zur Erklärung des populistischen Aufstiegs ist die Modernisierungsverliererthese, die ebenso diskutiert werden soll wie die Anomiethese und die Relative Verschlechterungsthese.

#### **3.1.1. Sozioökonomische Veränderungen durch Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse**

Frank Decker erkennt vor allem in den Folgen der Globalisierung Mobilisierungschancen für die nationalpopulistischen Parteien. Im Zeitalter der Globalisierung rücken die Gesellschaften in ihrer Problembetroffenheit immer enger zusammen und die Globalisierung wird deshalb von verschiedenen politischen Akteuren als Grund allen Übels gesehen. Das schnelle Voranschreiten der Globalisierung ist

demnach nicht nur der Grund für das Erstarken dieses Parteityps, sondern gleichzeitig auch der Grund, warum sie sich auf der politischen Bühne halten konnten und nicht rasch von der Bildfläche verschwunden sind. Durch die raschen Veränderungen in der modernen Welt sind die Menschen verunsichert und Desintegration und Fragmentierung prägen die globalisierte Welt. (vgl. Decker 2006: 13- 14)

Viele Thesen zur Erklärung des Erfolgs des neu aufkommenden Parteityps des Nationalpopulismus Anfang der 1980er Jahre in Europa basieren auf diesen sozioökonomischen Veränderungen und sollen nun kurz erläutert werden.

#### 3.1.1.1. Anomie-These

Diese Theorie geht davon aus „that isolated individuals living in atomized, socially disintegrated societies are particularly likely to support ethno- nationalist and populist politics“. (Rydgren 2007: 247) Diese These ist in der Wissenschaft aber sehr umstritten, schließlich seien die Wähler der neuen populistischen Parteien nicht derart am Rande der Gesellschaft, wie es dieser Erklärungsansatz darzustellen versucht. (vgl. Rydgren 2007: 247)

#### 3.1.1.2. Relative Verschlechterungs-These

Die relative Verschlechterungs-These basiert auf der Annahme, dass die Menschen das Gefühl einer relativen Verschlechterung gegenüber ihrem früheren Leben oder aber im Vergleich zu anderen haben. Diese These „has been operationalized in economic terms as declining market situations for individuals or groups, or fear of economic decline in the near future.“ (Rydgren 2007: 248)

#### 3.1.1.3. These der Modernisierungsverlierer

Eine der am weit verbreitesten Thesen zur Erklärung des Aufstiegs der neuen populistischen Parteien ist jene der Modernisierungsverlierer-These. Sie kann als eine Kombination der beiden erstgenannten Erklärungsmodelle gesehen werden.

Betz argumentiert, dass der Übergang vom industriellen zum postindustriellen Kapitalismus vor allem charakterisiert ist „by a process of dissolution, fragmentation,

and differentiation, which has its roots in a general acceleration of individualization processes.“ (Betz 1994: 29) Wer mit diesen Änderungen gut umgehen konnte, für den war der soziale Aufstieg durchaus möglich. Allerdings haben die Änderungen auch negative Seiten. Denn diejenigen, die mit der Modernisierung und seinen neuen Anforderungen nicht zurechtkommen, laufen Gefahr, als überflüssig und nutzlos zu gelten. Der Übergang „have left a sizeable portion of the population of advanced Western democracies in an increasingly precarious situation.“ (Betz 1994: 32) Dies gilt aber auch in den osteuropäischen Ländern in der Zeit des Transformationsprozesses und noch viel mehr in der heutigen Zeit.

Rationalisierungs- und Flexibilisierungsstrategien von Unternehmen sowie der Abbau des Sozialstaates lassen große Teile der Bevölkerung in Unsicherheit und Angst vor einem Jobverlust zurück. (Flecker/ Kirschenhofer 2007: 15) Denn in Zeiten der Globalisierung ist die Jobsicherheit nicht mehr gegeben und manche Arbeitskräfte bleiben auf der Strecke. Dies bedeutet auch, dass sich die sozialen Ungleichheiten ausweiten und Arbeitskräfte sich ständig den neuen ökonomischen Ansprüchen anpassen müssen und so eine große Flexibilität zeigen müssen. (vgl. Immerfall 1998: 250) Diese realen ökonomischen Veränderungen führen auch zu einer sozialen Unsicherheit, „which is felt particularly strongly given expectations of continuously improving living standards and reduced labour- market risks.“ (Flecker/ Kirschenhofer 2004: 34) Viele Menschen sind konfrontiert mit „anxiety and confusion, the feeling of insecurity caused by a lack of appropriate cultural, social and material resources, by a lack of self- confidence to face globalisation and the complexity of modern society.“ (Flecker/ Kirschenhofer 2004: 35) Dies führe „to defensive attitudes, such as a ‚reactive nationalism‘, and to attempts to stabilise the ‚self‘ by way of accession to imaginary communities.“ (Flecker/ Kirschenhofer 2004: 34)

Auch wenn über die Natur dieser ökonomischen Transformation diskutiert wird, so kann man doch festhalten, dass der Traum der immerwährenden Prosperität spätestens in den frühen 1970er- Jahren zusammengebrochen ist. Die konservativen Kräfte in Westeuropa forderten ein Zurücknehmen des Staates und wurden durch die Rezession von 1979 bestätigt. Öffentliche Ausgaben wurden zurückgeschraubt und der Keynesianismus musste neoliberalen Ansichten in der Wirtschaftspolitik mehr und mehr weichen. (vgl. Immerfall 1998: 250- 251) Dies bedeutete den Abbau von wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften und die Schere zwischen Arm und Reich klappte weiter auseinander. Es kam zur “ossification of what sociologists have called the ‚two-

thirds society', the growing gap between the haves and have-nots within otherwise affluent societies." (Immerfall 1998: 251) Nach dem Ende des kommunistischen Regimes in Osteuropa erreichte diese neoliberale Wirtschaftspolitik auch diese Länder und es entstand eine große Ernüchterung nach der Euphorie rund um den Systemwechsel. „Frustration erwuchs vor allem aus der ungleichen Verteilung der Ergebnisse des Systemwechsels auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die allgemein als Verlierer-Gewinner-Bilanz dargestellt wird.“ (Segert 2011: 59) Die Betroffenen in Ost- und Westeuropa müssen aber nicht unbedingt objektiv Verluste hinnehmen, es reicht wenn sie sich subjektiv zu den Modernisierungsverlierern zählen. Dieses Gefühl kann sich auch bei den Gewinnern einstellen, wenn sie glauben, dass sie im Verteilungskampf ausgenommen werden. (vgl. Decker 2006: 14)

Generell stellt nicht vorrangig die momentane Erfahrung, sondern vielmehr die Angst vor einer prekären Lebenssituation die Motivation dar, nationalpopulistische Kräfte zu unterstützen. (vgl. Immerfall 1998: 251) Aus Angst vor einer schlechteren Zukunft und aus einer generellen Unsicherheit heraus wählen die Menschen vermehrt Parteien, die sich auf traditionelle Werte berufen. Andererseits vertrauen sie den etablierten Parteien auch immer weniger, weil diese keine Antwort auf die Ängste und Sorgen haben. (vgl. Betz 1994: 33 ff.) Es hat „sich zwischen dem sozioökonomischen Wandel und seinen Auswirkungen einerseits und den Reaktionen im politischen Feld eine ‚populistische Lücke‘ aufgetan [...]: Die Akteure im politischen *mainstream* ließen es nicht nur an politischen Angeboten zur Problemlösung fehlen, sie stellten den Betroffenen offensichtlich auch kaum akzeptable Deutungsmöglichkeiten für die Bearbeitung ihrer individuellen Situation zur Verfügung.“ (Flecker/Kirschenhofer 2007: 19-20)

In der Praxis können als Modernisierungsverlierer demnach Arbeitslose und schlecht ausgebildete Arbeiter, die in der Zukunft um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, bezeichnet werden. (vgl. Rydgren 2007: 249) Andere Autoren wie Minkenberg wollen eine breitere Definition von Modernisierungsverlierern. Es gehe um die Personen, die zwar relativ sicher sind, aber durchaus etwas verlieren können. (vgl. Minkenberg 2000: 187) Flecker und Kirschenhofer betonen ebenso, dass man sich nicht nur auf Arbeitslose und prekär Beschäftigte konzentrieren dürfe. „Wem fällt schon auf, dass hinter der Fassade einer scheinbar gesicherten Existenz schwer durchzuhaltender Arbeitsdruck, eine krasse Ausdehnung der Arbeitszeit oder hohe Verschuldung stecken?“ (Flecker/ Kirschenhofer 2007: 16)

Es gibt aber auch Argumente, die gegen diese These sprechen oder zumindest ihre Bedeutung mindern. So zeigt sich, dass in Westeuropa die Nationalpopulisten dort am erfolgreichsten sind, „wo die strukturellen Voraussetzungen für sie eher unvorteilhaft sein sollten. Norwegen, die Schweiz, Flandern und der Nordosten Italiens gehören heute zu den Ländern und Regionen Westeuropas, wo der Wohlstand am höchsten und die Arbeitslosigkeit am niedrigsten ist.“ (Betz 2002: 258)

Hingegen haben es die Populisten gerade dort am schwersten, wo sie scheinbar günstige Rahmenbedingungen vorfinden. Als Beispiel ist hier vor allem Deutschland zu nennen. Trotz Massenarbeitslosigkeit und globalisierungsbedingter Strukturumbrüche gelang es den populistischen Kräften nicht, sich dort im Parteiensystem auf Dauer zu etablieren. (vgl. Betz 2002: 259)

Gegen die Modernisierungsverliererthese spricht auch die Tatsache, dass der westeuropäische Wohlfahrtsstaat eine relative Stabilität aufweist. Kommt es zu vermehrten strukturellen Umbrüchen wie in den letzten Jahrzehnten, ist es die Aufgabe des Sozialstaates, die negativ Betroffenen finanziell oder in anderer Weise zu unterstützen. (vgl. Betz 2002: 259) Auch wenn es also starke Veränderungen gegeben hat, „so garantierte die relative Stabilität des Wohlfahrtsstaats doch eine Abfederung dieses Drucks und hemmte das Mobilisierungspotential damit verbundener Ängste.“ (Betz 2002: 259)

Ein letzter Punkt, der gegen die These der Modernisierungsverlierer spricht, ist jene der Ideologie der populistischen Parteien. So vertraten diese bis in die späten 1990er Jahre vor allem neoliberale Ansichten. Verlierer der Modernisierungsprozesse sollten daher eigentlich nicht zu den Befürwortern dieser Parteien zählen. So forderten die meisten Populisten in den 1990er Jahren den Umbau oder gar den Abbau des Wohlfahrtsstaats, um die Wirtschaft mehr vom Staat zu lösen und um „die politische Klasse der Grundlage ihrer wirtschaftlichen Machtbasis zu berauben.“ (Betz 2002: 259- 260) Die Erfolge der populistischen Parteien resultieren daher nicht wegen sondern trotz ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung. (vgl. Betz 2002: 260)

Die Modernisierungsverliererthese als einzige Grundlage für die Erklärung des Erfolgs nationalpopulistischer Parteien heranzuziehen, ist daher sicher nicht ratsam. Vielmehr sollte man die sozioökonomischen Faktoren als einen Teil des Ganzen verstehen. „While social and economic disadvantages and marginalisation can in general be seen as a breeding ground, the rise of right- wing populism and extremism does not seem to

be a matter of economic or material disadvantages alone.“ (Flecker/ Kirschenhofer 2004: 41)

## **3.2. Soziokulturelle Komponenten**

Im nächsten Abschnitt des Kapitels werden nun die soziokulturellen Hintergründe des Aufstiegs nationalpopulistischer Kräfte beleuchtet. Es soll auch deutlich werden, in welcher enger Beziehung die sozioökonomischen und soziokulturellen Komponenten stehen und warum der Erfolg nationalpopulistischer Parteien nur durch das Zusammendenken verschiedener Faktoren zu erklären ist.

### **3.2.1. Das Aufkommen neuer bzw. die Verschiebung alter Konfliktlinien**

Durch die zunehmende Modernisierung, die Globalisierung und Europäisierung kommt es zum Entstehen neuer soziokultureller Konfliktlinien, an denen sich vor allem die nationalpopulistischen Akteure orientieren. Ein zentrales, neu aufkommendes cleavage ist jenes der globalisierungskritischen, nationalprotektionistischen Position, die jenem der globalisierungsbefürwortenden, kosmopolitischen Auffassung gegenübersteht. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 17) Diese neu aufkommende Konfliktlinie überlagert die älteren cleavages wie jene der Religion oder der Klassenzugehörigkeit. Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit besteht zwar nach wie vor, jedoch werden diese heute oft „ethnokulturell und nationalprotektionistisch überlagert“. (Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 17) So treten diese Parteien vermehrt gegen weltweite Liberalisierungsprozesse auf und setzen sich für die nationale Souveränität ein. Dieser Kampf gegen die Supranationalisierung drückt sich im verbreiteten Euroskeptizismus der nationalpopulistischen Parteien aus. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 18)

Ganz ähnlich drückt es Rydgren aus. Er macht zwei zentrale Konfliktlinien aus, die im Europa der Nachkriegszeit vorherrschend sind: “The economic cleavage dimension, which pits workers against capital and concerns the degree of state involvement in the economy; and the sociocultural cleavage dimension, which is a cleavage over values and concerns issues such as immigration, law and order, abortion, and so on”. (Rydgren 2007: 253) Rydgren vertritt die Meinung, dass die ökonomische Konfliktlinie die Nachkriegszeit bestimmt hat. In den letzten Jahrzehnten ist jedoch zu bemerken, dass die soziokulturelle Konfliktlinie an Bedeutung gewinnt. Diese Aufwertung ist nicht



zuletzt auf die zunehmende Bedeutung der Identitätspolitik mit Themen wie Immigration, Multikulturalismus, Feminismus, aber auch Umwelt zurückzuführen. (vgl. Rydgren 2007: 253) Seit Ende der 1980er Jahre gewann vor allem die Frage der Einwanderungspolitik mehr und mehr an Bedeutung, was der radikalen Rechten und den Nationalpopulisten neue Mobilisierungschancen entlang ethnokultureller Konfliktlinien ermöglichte. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 18- 19)

Durch die Globalisierung erstreckt sich die Migration zudem vermehrt auf andere Kulturkreise und dies führt dazu, dass einstmals eher homogene Nationen früher oder später zu multiethnischen und multikulturellen Gesellschaften werden. (vgl. Decker 2006: 14) Die Angst vor dem Fremden ist großen Teilen der Bevölkerung bekannt und viele empfinden diese Vermischung der Kulturen als einen Verlust der nationalen Identität. Durch den gleichzeitigen Individualisierungsprozess in der westlichen Welt werden auch andere identitätsstiftende Gruppenbindungen aufgelöst und der Verlust der nationalen Identität wiegt unter diesen Umständen noch schwerer. (vgl. Decker 2006: 14) Wohl auch aus diesem Grund haben die Nationalpopulisten „die Betonung national abgegrenzter Gemeinschaften und die Angriffe auf alles ‚Fremde‘, insbesondere den Islam, noch erheblich verstärkt (Betz 2003). Sie appellieren damit an eine kulturelle Gruppenidentität, die sie als gefährdet darstellen.“ (Flecker/ Kirschenhofer 2007: 11)

### 3.2.1.1. „Ethnic-competition“- These

Dass das Hervortreten der soziokulturellen Dimension aber durchaus einen Ursprung in sozioökonomischen Problemlagen haben kann, zeigt uns vor allem die „Ethnic-competition“- These.

Diese Theorie geht davon aus, dass das Immigrationsthema ausschlaggebend für den Erfolg der nationalpopulistischen Parteien in Europa ist. Die Menschen würden diese Parteien aber nicht vorwiegend aus Fremdenhass wählen sondern vor allem, weil sie Immigranten als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen. (vgl. Rydgren 2007: 249) Der sozioökonomische Wandel und die kulturelle Bedrohung bzw. Identitätspolitik stehen bei dieser Auffassung in engem Bezug. „Ein solcher Zusammenhang ist darin zu erkennen, dass Einwanderung und Multikulturalismus eine tatsächliche Bedrohung für die Interessen von Bevölkerungsgruppen darstellen, die mit Immigrant/inn/en um Arbeitsplätze und Wohnungen konkurrieren und die mit ungelösten Problemen multikulturellen Zusammenlebens, etwa im Bereich der Schulbildung, konfrontiert

sind.“ (Flecker/ Kirschenhofer 2007: 21) Dörre spricht in diesem Zusammenhang gar von einem „ ‚defensiven Arbeiternationalismus‘, der auf Selbstbehauptung und Bewahrung des Erreichten sowie darauf ausgerichtet ist, den Abstand zu den Unterschichten auch mittels ‚ethnisierender Ausgrenzung‘ zu bewahren.“ (Flecker/ Kirschenhofer 2007: 22)

Die Menschen sind auch nicht mehr in der Lage, sich über ihre Arbeit zu identifizieren, denn längerfristige Bindungen sind im flexiblen Kapitalismus nicht mehr gewünscht und dies stärkt auch die Bedeutung eines nationalen Wir-Gefühls:

„Eine der unbeabsichtigten Folgen des modernen Kapitalismus ist die Stärkung des Ortes, die Sehnsucht der Menschen nach Verwurzelung in einer Gemeinde. All die emotionalen Bedingungen des modernen Arbeitens beleben und verstärken diese Sehnsucht: die Ungewissheiten der Flexibilität, das Fehlen von Vertrauen und Verpflichtung; die Oberflächlichkeit des Teamworks; und vor allem die allgegenwärtige Drohung, ins Nichts zu fallen, nichts ‚aus sich machen zu können‘, das Scheitern daran, durch Arbeit eine Identität zu erlangen. All diese Bedingungen treiben die Menschen dazu, woanders nach Bindung und Tiefe zu suchen. Heute, unter dem neuen Regime der Zeit, ist dieser Gebrauch des ‚Wir‘ zu einem Akt des Selbstschutzes geworden. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft ist defensiv, sie drückt sich oft in der Ablehnung von Immigranten oder anderer Außenseiter aus(...).“ (Sennett zit. nach Flecker/ Kirschenhofer 2007: 26)

Das Fremde wird in diesem Fall zum Sündenbock degradiert und die wahren Ursachen der Probleme verkannt, denn: „Die Fremden sind greifbar, das Kapital nicht.“ (Ottomeyer zit. nach Flecker/ Kirschenhofer 2007: 25)

### 3.2.1.2. „Popular-xenophobia“- These

Die Tatsache, dass viele Wähler der nationalpopulistischen Parteien in Europa eine negative Haltung gegenüber Immigranten vertreten, muss aber nicht zwingend mit ökonomischen Gründen verbunden sein. Es kann auch sein, dass eine tief verwurzelte Xenophobie beziehungsweise ein starker Ethnozentrismus ausschlaggebend ist. (vgl. Rydgren 2007: 251) Demnach werden die Immigranten und Minderheiten als Gefahr für die nationale und kulturelle Identität wahrgenommen. Die zunehmende Globalisierung hat die Leute verunsichert und sie flüchten sich daher in den Nationalismus als scheinbar rettenden identitätsstiftenden Anker. (vgl. Rydgren 2007: 251) Auch die EU wird daher zum Feindbild vieler rechter aber auch linker Parteien, weil sie die nationale

Souveränität gefährdet und so zum Multikulturalismus beiträgt. Dies erscheint auf den ersten Blick als plausible Erklärung für den Erfolg nationalpopulistischer Kräfte, jedoch erklärt es die Erfolge nationalpopulistischer Parteien abseits von Europa nicht. (vgl. Rydgren 2007: 251) Zudem gibt es auch einige Studien, die diesen Zusammenhang verneinen. (vgl. Kitschelt 1996)

### **3.2.2. Regionale bzw. nationale kulturelle Unterschiede**

Regionale und nationale soziokulturelle Unterschiede haben natürlich auch Einfluss darauf, ob populistische Akteure Erfolg haben oder nicht. (vgl. Fröhlich-Steffen/Rensmann 2005: 15)

In Osteuropa sind es in erster Linie die neuartigen postkommunistischen Problemlagen und nicht die historischen Traditionslinien des Agrarpopulismus, die zum Aufstieg der Nationalpopulisten beitragen. Der Agrarpopulismus ist vielmehr durch die zunehmende Industrialisierung zurückgedrängt worden und ist nur mehr in Polen und Ungarn von Relevanz. (vgl. Mudde 2002: 218 ff.) In Ostmitteleuropa müssen vor allem virulente Nationalstaatsbildungsprozesse, Minderheitenkonflikte sowie die postkommunistische Anti-Parteihaltung der Bevölkerung als wichtige soziokulturelle Variablen genannt werden, die den Populisten in die Hände spielen. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 15)

In Westeuropa hingegen hat primär die individualistisch-linkslibertäre Studentenrevolte um 1968 zu einem Wertekonflikt geführt, der vor allem den Nationalpopulisten hilfreich war. Diese und auch die Rechtsextremisten traten in diesem Konflikt vor allem gegen eine soziokulturelle Modernisierungsentwicklung auf, die seitens der libertären Linken vorangetrieben wird. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 15)

### **3.3. Politische Komponenten**

Natürlich haben auch Veränderungen auf der politischen Ebene bedeutenden Einfluss auf die Entwicklungen hinsichtlich des Erfolgs nationalpopulistischer Parteien. Die Krise der repräsentativen Demokratie, postdemokratische Entwicklungen, die Probleme der sozialdemokratischen Parteien, aber auch die ideologische Unabhängigkeit der Nationalpopulisten und ihre Organisationsform stellen die zentralen politischen

Bedingungen dar, von denen die Populisten profitieren können. Sie sollen nun kurz erläutert werden.

### **3.3.1. Die Krise der Demokratie**

#### 3.3.1.1. Die Krise der repräsentativen Demokratie

Seit den 1980er Jahren gibt es in Westeuropa eine Krise der repräsentativen Demokratie, die sich vor allem in einer Krise der Parteien ausdrückt. So stellt Klaus von Beyme Tendenzen in den modernen westlichen Demokratien fest, „which strengthen the separation of a political class from its basis, such as public financing of parties, monopolization of political activities, the co-operation of government and opposition.“ (Beyme zit. nach Mudde 2004: 552)

Die etablierten Parteien in Westeuropa schafften es nicht mehr, die Wähler an sich zu binden und es kam zu Veränderungen im Parteiensystem. Die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien nutzten die Populisten geschickt aus und gewannen als Protestparteien an Stimmen. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 13) „This combines the feeling of disenchantment and resentment towards the political elites, the established parties or even the political system having been unable to manage the rapid change in the economic and cultural environment.“ (Flecker/ Kirschenhofer 2004: 29) Gerade große Koalitionen, die in Konkordanzsystemen fast immer an der Macht sind, gelten oft als Erfüllungsgehilfen der Populisten. Sind immer die großen Parteien an der Macht, fällt es den Populisten leicht, den Unmut auf die gesamte politische Elite auszudehnen. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 17) Die großen Parteien verteilen die Macht hier nur auf sich, gehen nicht genug auf die Bedürfnisse der Menschen ein und neigen zur Abgehobenheit. (vgl. Decker 2006: 15) Hier können die populistischen Kräfte mit ihrem fordernden Ruf nach einer Repolitisierung im öffentlichen Raum und ihrem Angriff auf etablierte Parteien punkten. (vgl. Mudde 2004: 554- 555) Werden populistische Kräfte vor allem aus Protest gewählt, sind nicht die ideologischen Argumente oder die Interessen entscheidend, sondern es wird dem Misstrauen in die traditionellen Parteien und der Politik im Allgemeinen Ausdruck verliehen. In vielen Ländern sind auch diverse Korruptionsskandale verantwortlich für diesen Vertrauensverlust in die Politik. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2004: 29)

Korruptionsskandale bekommen in der heutigen Zeit auch große mediale Bedeutung. Es stellt sich dabei die Frage, ob die Eliten heute wirklich korrupter sind als vor den 1990er Jahren. Diese Frage ist schwer zu beantworten, weil Korruption ein weites Feld ist. Aber wir wissen, dass Korruption kein neues Phänomen ist. Was aber neu ist, ist die Art der Darstellung. In Kapitel 3.4. werden wir feststellen, dass die Medien zur Skandalisierung neigen und in diesem Stil werden auch die Korruptionsaffären aufbereitet und stärker wahrgenommen. (vgl. Mudde 2004: 552)

In Osteuropa ist dieses Misstrauen gegenüber den politischen Eliten auch feststellbar. So bildeten sich nicht zuletzt deshalb sehr fluide und heterogene Parteiensysteme heraus, die es dem Populismus ermöglichten, auch innerhalb des politischen mainstreams Fuß zu fassen. (vgl. Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 13) Durch die Erfahrungen im kommunistischen Regime stand man den politischen Eliten und den politischen Parteien im Speziellen skeptisch gegenüber und dies bildete einen „ebenfalls starken Ausgangspunkt für populistischen Antielitarismus.“ (Fröhlich-Steffen 2006: 312)

In beiden Teilen Europas gelingt es den populistischen Akteuren, das „Paradox demokratischer Legitimität“ - ein Begriff den Benhabib geprägt hat und der die innere Spannung im Kern liberaler Demokratien bezeichnet- zu nutzen. Dabei steht die demokratische Souveränität, die Selbstgesetzgebung, im Widerspruch mit der liberal-prozeduralen Verfassungsordnung, die diese Souveränität begrenzt. (vgl. Fröhlich-Steffen/ Rensmann 2005: 13) Die populistischen Akteure als Vertreter der wahren Demokratie wollen dem Volk dabei helfen, „ohne institutionelle und konstitutionelle Begrenzungen herrschen“ zu können und offerieren „damit eine einseitige ‚Lösung‘ des Paradoxes demokratischer Legitimität, die dann im Elektorat besonders attraktiv erscheint, wenn der normative Anspruch demokratischer Souveränität in repräsentativen Systemen nur unzureichend verwirklicht wird, also eine Krise der Repräsentation und damit eine Legitimitätskrise entstanden ist“. (Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 14) Diese Krise der Repräsentation hat sich nicht zuletzt durch die Europäisierung und Globalisierung verschärft, da die nationalstaatliche Entscheidungsgewalt dadurch enorm eingeschränkt wurde. (vgl. Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 14) Durch die Globalisierung wird der Staat seiner Souveränität beraubt und die verlorenen Handlungsspielräume können auch auf supranationaler Ebene nur teilweise wieder zurückgewonnen werden. Auf dieser Ebene sind sie aber der demokratischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit entzogen. (vgl. Decker 2006: 14)

### 3.3.1.2. Postdemokratische Entwicklungen

Noch einen Schritt weiter geht Colin Crouch in seinem Buch „Postdemokratie“. Er erkennt nicht nur eine Krise der repräsentativen Demokratie, sondern spricht bereits von postdemokratischen Entwicklungen in vielen Staaten Europas, in denen vermehrt die Wirtschaftsmächte großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Somit sieht er nicht nur ein Repräsentationsproblem, sondern die liberale Demokratie an sich in der Krise. Die Folgen dieser Entwicklung sind verheerend und bergen auch eine Chance für den Populismus. Im Folgenden werden die Grundsätze von Crouchs Werk dargelegt und im Anschluss die Relevanz für die Erfolgsaussichten populistischer Akteure diskutiert.

Gleich am Anfang seines Werkes betont Crouch zwar, dass viele und auch immer mehr Staaten so etwas wie demokratische Grundelemente kennen. Er will Demokratie jedoch nicht auf diese Grundelemente beschränkt wissen. (vgl. Crouch 2008: 7ff.) Ein ganz zentraler Punkt funktionierender Demokratien ergebe sich nämlich daraus, dass „eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt [ist] und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet.“ (Crouch 2008: 9)

Dazu brauche es aber einen politischen Raum, wie Bodo Zeuner anmerkt. Dieser betont, dass „der neoliberale Marktradikalismus nicht ohne direkten Antidemokratismus, ohne die Auflösung von politischen Räumen, die demokratischer Mitbestimmung der Gesellschaftsmitglieder zugänglich sind, auszukommen vermag.“ (Zeuner 1997: 23) Mit dem Ende der Sowjetunion konnten die neoliberalen Kräfte des „Westens“ diese politischen Räume verengen. Mit dem Durchbruch der liberalen Demokratie war der Weg frei für wirtschaftliche Freiheiten, abseits der Freiheit politischen Handelns (vgl. Kreisky 2009: 87) Auch wenn die formalen demokratischen Regeln auch hier gelten, lässt Crouch keinen Zweifel daran, dass die Wirtschaftseliten in diesem Konzept das Sagen haben. (vgl. Crouch 2008: 23) Er geht davon aus, dass auf Kosten der Freiheit wirtschaftlicher Komponenten der Grundgedanke der sozialen Gleichheit in enormem Maße zurückgeschraubt wurde. (vgl. Crouch 2008: 13) „Je mehr man auf dem Kriterium gleicher politischer Einflussmöglichkeiten insistierte, desto wahrscheinlicher wurde es, dass Regeln und Restriktionen entwickelt werden mussten, um die soziale

Ungleichheit zu reduzieren. Diese Maßnahmen widersprachen dann jedoch der Freiheit, die liberale Denker im Hinblick auf politische Aktionsformen forderten.“ (Crouch 2008: 27) Daher passen Interessensgruppen, soziale Bewegungen und Lobbys „besser zum liberalen Modell als zum demokratischen, da das liberale kaum Regeln vorsieht, die über die zulässigen Formen der Einflussnahme entscheiden.“ (Crouch 2008: 27)

Wirtschaftstreibende können in der liberalen Demokratie aber größeren Einfluss nehmen, weil sie nicht nur auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Entfaltung pochen können, sondern weil sie auch über mehr Mittel als andere verfügen und ihre wirtschaftlichen Leistungen für das System enorm wichtig sind. (vgl. Crouch 2008: 28) Wenn diesen Unternehmen das Steuer- oder Rechtssystem nicht gefällt, drohen sie auszuwandern und setzen die Staaten damit unter Druck. Diese befinden sich dadurch im Wettbewerb um die besten Bedingungen für Unternehmen, weil sie auf deren Investitionen angewiesen sind. In Zeiten der Globalisierung ist es den einzelnen Nationalstaaten also gar nicht mehr möglich, die großen Unternehmen zu kontrollieren. (vgl. Crouch 2008: 42)

Crouch macht an dem Konzept der Postdemokratie also fest, dass die Entwicklung in der liberalen Demokratie es zulässt, dass die sozialen Kräfte (die ökonomische und politische Ungleichheit bekämpfen wollen) an Einfluss verlieren. „Mit der Stärkung des globalen Unternehmens und der Unternehmen im allgemeinen (sic!) ging eine Schwächung der politischen Rolle gewöhnlicher Arbeitnehmer einher.“ ( Crouch 2008: 42) Dies hat eine politisch passive Bevölkerung zurückgelassen, die keine Organisationen hervorbringt, die ihre Forderungen besser artikulieren könnte. (vgl. Crouch 2008:43) Selbst bei Wahlen werden nur mehr von den führenden Gruppierungen diktierte Probleme behandelt, während die tatsächliche Politik hinter verschlossenen Türen stattfindet. (vgl. Crouch 2008: 10)

Die Nationalpopulisten weisen auf diese ungleichen Machtverhältnisse in liberalen Demokratien hin und sie betonen, diese umkehren zu wollen. Nicht die Interessen der Wirtschaftsmächte, sondern die Interessen der Bevölkerung müssten demnach gestärkt werden. Deshalb machen sich die populistischen Kräfte auch vermehrt für direktdemokratische Mittel stark. Damit geben sie den Menschen das Gefühl, sie aus ihrer Ohnmacht zu befreien und ihnen die Macht zurückzugeben. Nur so könne man

sich gegen die wirtschaftlichen Mächte, die in dieser postdemokratischen Ordnung das Sagen haben, wehren.

### **3.3.2. Performance und Organisation populistischer Parteien**

Ob Nationalpopulisten Erfolg haben oder nicht, hängt zu einem großen Teil auch von ihrer Performanz ab. Es kommt vor allem darauf an, „inwieweit sie auf spezifische Problemlagen in einem Land mit einer entsprechenden spezifizierten Themensetzung reagieren, die Problem- und Erfahrungshorizonte bzw. Bedürfnisse im Elektorat aufgreift und ventiliert [...]“. (Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 16) Um politisch effektiv zu sein, müssen die politischen Akteure also effektives Agendasetting betreiben und den Diskurs über die aufgeworfenen Probleme prägen. Hier kommt den Nationalpopulisten die bereits skizzierte ideologische Unabhängigkeit zugute. Dadurch können sie sich an neue Situationen schnell anpassen und sich als Vertreter der Volksinteressen neu inszenieren. Diese Fähigkeit gewinnt auch an Bedeutung, weil in den letzten Jahren die Wählervolatilität zugenommen hat und die Loyalität mit den Parteien abgenommen hat. Man fühlt sich also nicht mehr so gebunden an eine Partei und die Wahlentscheidung ist oft „a choice at a moment and does not imply a strong identification.“ (Flecker/ Kirschenhofer 2004: 28)

Viele Autoren betonen auch, dass die Organisationsform der populistischen Parteien eine entscheidende Rolle für den Erfolg spielt. Die „interne Fähigkeit zur Kohäsion, die Selbstinszenierung von Partei und ‚charismatischem‘ Parteiführer und der neuartige populistische Stil jener Parteien“ hilft ihnen, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen. (Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 16) Der Bedeutungszuwachs dieser charismatischen Leader ist eng verbunden mit der verstärkten Bedeutung der Medien. Erst durch diese werden sie sichtbar und können als „politische Unternehmer“ Agendasetting betreiben. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2004: 28) Die Rolle der Medien wird aber ohnedies noch näher beleuchtet.

### **3.3.3. Die Probleme der Sozialdemokraten**

Die Frage, warum nicht überwiegend die sozialdemokratischen Kräfte, sondern zunehmend die nationalpopulistischen Kräfte die vermeintlichen Verlierer der



Modernisierung auf ihre Seite ziehen können, taucht in den Medien aber auch im wissenschaftlichen Bereich immer wieder auf. Mehrere parallele Entwicklungen mögen diese Mobilisierungsprobleme der Sozialdemokraten mit verursacht haben, welche nun kurz dargestellt werden. (vgl. Immerfall 1998: 252)

*Erstens* fühlen sich die Verlierer der Modernisierung nicht mehr ausreichend von den Sozialdemokraten vertreten: „Social- democratic parties and trade unions are seen to protect the privileges of the ‚insiders‘, such as skilled and comparatively well-off sectors of the workforce or employees in subsidized and protected sectors of the economy.“ ( Immerfall 1998: 252)

Wie Le Pen versuchen deshalb viele der Nationalpopulisten mit einem neuartigen populistischen Kapitalismus sowohl die Verlierer der Modernisierung als auch die Mittelschicht für sich zu gewinnen. Von der angekündigten ökonomischen Deregulierung erhoffen sich die Arbeitslosen neue Jobchancen und die von Steuern stark belastete Mittelschicht erwartet sich ebenso Besserungen. Die Wahlergebnisse bestätigen, dass die Parteien tatsächlich diese Wählerschichten für sich gewinnen können. In Frankreich konnte sich Le Pen als Verteidiger der Arbeiterklasse darstellen und auch in Österreich konnte die FPÖ bei den Wahlen 1995 mehr blue- collar worker für sich gewinnen als die SPÖ. Die nationalpopulistischen Kräfte können auch eine beachtliche Wähleranzahl an Kleinunternehmern und Geschäftsleuten auf ihre Seite ziehen. (vgl. Immerfall 1998: 252)

*Zweitens* gab es im Parteiensystem einen Wandel von den „Massenparteien“ hin zu den „catch- all parties“ und auch die Sozialdemokraten rückten von ihren klaren ideologischen Standpunkten ab. Wie die meisten traditionellen Parteien rücken sie mehr und mehr ins Zentrum der ökonomisch-gesellschaftlichen Linksrechtsskala, „now competing for identical segments of the society. Voters, however, feel less distinction between and hence less attachment and loyalty to, the traditional parties.“ (Immerfall 1998: 253) Nachdem ideologische Merkmale und politische Zielrichtungen bei den Parteien immer ähnlicher werden, sind soziale Identitäten einfach kein Mobilisierungsfaktor mehr. (vgl. Immerfall 1998: 253)

Dies nährt auch die populistische Rhetorik, dass die Mächtigen alle in einen Topf zu werfen sind und es ergeben sich Nischen auf der ökonomisch- gesellschaftlichen Linksrechtsskala. Es bestehen gute Chancen für die Nationalpopulisten, sich abseits des

mainstreams zu positionieren (vgl. Rydgren 2007: 254) Während die Sozialdemokraten aufgehört haben, klassenspezifischen Interessen Gehör zu verschaffen und sich klar für gewisse Gruppen in der Gesellschaft einzusetzen, „verbuchten nationalistische, immigrationsfeindliche oder rassistische Parteien, die klar und kompromisslos auf bestimmte kollektive Identitäten setzen, auf Kosten der entsprechenden Regierungen (zumindest vorübergehend) Stimmenzuwächse.“ (Crouch 2008: 90)

Diese Entwicklungen gehen *drittens* Hand in Hand mit einer sozialen Entfremdung. Viele Menschen fühlen sich von Handelsunionen, Kirchen und anderen Stützen der Gesellschaft im Stich gelassen und fühlen sich mit ihren Problemen allein gelassen. Für diese Personen kann eine nationalistische Politik, die sich gegen das Establishment auflehnt und als Vertreter der viel beschworenen kleinen Leute präsentiert, eine mentale Stütze sein. (vgl. Immerfall 1998: 253- 254)

### **3.3.4. Zusammenarbeit mit etablierten Parteien**

Es scheint einen Konsens in der Literatur zu geben, dass die Beziehung der etablierten Parteien zu den Nationalpopulisten einen Einfluss auf deren Erfolgsaussichten hinsichtlich der Wählermobilisierung hat. Allerdings gibt es zwei gegensätzliche Hypothesen, was eine Zusammenarbeit mit etablierten Parteien bewirkt:

Die *erste Hypothese* besagt, dass eine Kooperation der Populisten mit den etablierten Parteien ihnen Legitimität verschaffen könnte und die Akzeptanz in der Wählerschaft gesteigert wird. Außerdem würde eine solche Zusammenarbeit die Aufmerksamkeit der Medien erregen und die Nationalpopulisten würden vom gesteigerten Medieninteresse profitieren. (vgl. Rydgren 2007: 255) Es führe auch dazu, dass etablierte Parteien vermehrt Themen aufgreifen, die von den Nationalpopulisten auf die politische Bühne gebracht wurden. Werden nun ihre Themen vermehrt diskutiert, wertet dies natürlich auch die Partei selbst auf und bestärkt sie in ihren Positionen. (vgl. Rydgren 2007: 255) Alles in allem geht diese Hypothese davon aus, dass eine Zusammenarbeit der etablierten Parteien mit Nationalpopulisten zu einer Stärkung der Populisten führt. (vgl. Rydgren 2007: 255)

Die *zweite Hypothese* besagt, dass die Nationalpopulisten eher an Stimmen verlieren, wenn sie mit den etablierten Parteien zusammenarbeiten. Kooperieren sie mit den

etablierten Parteien müssen sie ihre Anti- Establishment- Haltung aufgeben und sich ideologisch mäßigen. (vgl. Rydgren 2007: 256)

Auch wenn es einige Studien zu diesem Thema gibt, ist es immer noch umstritten, welche Annahme nun am ehesten zutrifft. Im Buch von Fröhlich- Steffen und Rensmann haben wir gesehen, dass einige nationalpopulistische Parteien in der Regierung an Wählergunst verlieren, jedoch manche sich durchaus behaupten können. (vgl. Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005)

### **3.4. Die Rolle der Medien**

Eine zentrale Rolle für den Aufstieg nationalpopulistischer Parteien spielen auch die Massenmedien. In den letzten Jahrzehnten hat es große Veränderungen in der Wahrnehmung von politischen Ereignissen gegeben und dies ist sicher stark verbunden mit der veränderten Darstellung durch die Medien. Durch den stärker werdenden Konkurrenzkampf und der zunehmenden Schnellebigkeit der Medien in den letzten Jahrzehnten, wird es schwerer Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Viele Medien versuchen diese vor allem mit Skandalen zu erreichen. (vgl. Rydgren 2007: 255) Nur so könne man den Leser, Hörer oder Zuseher fesseln, damit er nicht zur Konkurrenz wechselt. „Damit verlagert sich die Priorität in Richtung einer extrem vereinfachenden, sensationsheischenden Berichterstattung, wodurch das Niveau der politischen Diskussion und die Kompetenz der Bürger weiter sinken.“ (Crouch 2008: 64) Meyer erkennt im Zusammenspiel von Medien und Politik eine immer stärker werdende Tendenz zur Inszenierung. Diese „wird dabei aufgrund spektakulärer Beispiele, die von den Medien und Politik immer wieder neu geliefert werden, aber ebenso aufgrund der Breiterefahrung zunehmender Entpolitisierung der Gesellschaft mit der Verdrängung der Politik durch politisches Theater gleichgesetzt.“ (Meyer 2001: 7) Diese Entwicklung im Wechselspiel von Medien und Politik forcierte nicht nur antielitäre Gefühle in der Bevölkerung, sie bot den Populisten auch die perfekte Bühne. (vgl. Mudde 2004: 553-554)

Es ist also ein Faktum, dass wir es mit einer veränderten Darstellung von Politik in den Medien zu tun haben. Wie diese im Detail aussieht, was nun tatsächlich die Gründe dafür sind und warum die Medien dadurch zu Erfüllungsgehilfen populistischer Politik werden, soll in diesem Teil der Arbeit ausgearbeitet werden.

### 3.4.1. Die Aufgaben der Medien in einer Demokratie

Bevor man sich den veränderten Bedingungen in einer medialisierten Öffentlichkeit und seinen Auswirkungen auf populistische Politik zuwendet, sollte man sich aber mit den Aufgaben der Medien im demokratischen politischen System vertraut machen.

Peter Filzmaier unterteilt die Aufgaben der (Massen)Medien in drei Bereiche.

*Erstens* sollen diese „möglichst vollständig, sachlich und verständlich über Politik informieren.“ (Filzmaier 2007: 133) Die Massenmedien sind eine Chance, möglichst viele Bürger mit den politischen und sozialen Konflikten zu konfrontieren. (vgl. Meyn 2004: 23) Schließlich müssten wir uns bewusst sein, dass wir die Geschehnisse unserer Welt nur mehr zu einem geringen Teil unmittelbar erfahren. Zu einem Großteil sind wir auf die von Medien vermittelte Welt angewiesen. (vgl. Meyn 2004: 24)

Dabei steht die Objektivität der Information im Vordergrund, denn nur so können die Bürger politische Zusammenhänge verstehen und an Politik partizipieren. (vgl. Filzmaier 2007: 133) Voraussetzung zur Erfüllung dieser Funktion ist es, dass die Medien unabhängig sind. (vgl. Meyn 2004: 23)

*Zweitens* sollen sie *Meinungsvielfalt* gewährleisten. Die verschiedenen Standpunkte sollen diskutiert werden, um Mehrheitsmeinungen zu finden. (vgl. Filzmaier 2007: 133-134) „Es besteht dann die Hoffnung, dass im Kampf der Meinungen das Vernünftigste die Chance hat, sich durchzusetzen.“ (Meyn 2004: 25) Dass dies in der Realität oft nicht der Fall ist, erklärt sich von selbst. Nicht alle haben die Chance, gleichwertig am politischen Meinungsbildungsprozess teilzunehmen. Nicht alle können in den Medien gehört werden. Parlamentsparteien, Interessensverbände, Kirchen und ähnliche Organisationen kommen öfter in die Medien vor als beispielsweise religiöse Minderheiten oder eine außerparlamentarische Opposition. (vgl. Filzmaier 2007: 133)

*Drittens* kommt den Medien auch eine *Kritik- und Kontrollaufgabe* zu. Im Idealfall weisen sie als vierte Macht im Staat auf Missstände in der Demokratie hin und helfen damit, diese zu beseitigen. (vgl. Filzmaier 2007: 133) Medien sind in dieser Funktion nicht mehr nur Vermittler zwischen den politischen Eliten und den Bürgern, sondern

nehmen eine Wächterfunktion ein. (vgl. Filzmaier 2007: 133) Nehmen sie diese Arbeit nicht wahr, ist die Demokratie anfällig für Korruption oder bürokratische Willkür und die Öffentlichkeit verliert an demokratischen Kontrollrechten. (vgl. Meyn 2004: 27) Auch und gerade in dieser Aufgabe kommt die Relevanz unabhängiger Medien zum Ausdruck. Ist diese Unabhängigkeit nicht gegeben, ist auch die Kritikfähigkeit des Mediums eingeschränkt. (vgl. Filzmaier 2007: 133- 134)

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Medien über Politik informieren sollen, die Meinungsvielfalt im Willensbildungsprozess darstellen soll und als vierte Gewalt Kritik- und Kontrollaufgaben wahrnehmen sollen. In diesem Verständnis nehmen die Medien keine aktive, gestalterische Rolle im politischen Prozess ein. „Die öffentliche Kommunikation der Medien über Politik in der Demokratie muss daher trotz der für sie konstitutiven Methoden der Aufmerksamkeitserzeugung durch Auswahl, Verkürzung und Darstellung der *Eigenlogik der politischen Prozesse* in der Gesellschaft im Großen und Ganzen *angemessen* sein.“ (Meyer 2001: 23)

Dass die Medien aber über diese Aufgaben hinaus auch mehr und mehr die Politik aktiv mitbestimmen, was dies für das politische System bedeutet und warum gerade die populistischen Akteure davon profitieren, wird im weiteren Verlauf dieses Abschnitts deutlich.

### **3.4.2. Die Logik der Medien**

Die modernen Massenmedien fußen auf zwei aufeinander abgestimmten Regelsystemen. Die *Selektionslogik* als erstes Regelsystem wählt die berichtenswerten Nachrichten aus und die *Präsentationslogik* als zweites Regelsystem beschäftigt sich mit der Darstellung dieser Nachrichten. (vgl. Meyer 2006: 82) Dieses Regelsystem „wirkt als eine Prä-Inszenierung über die der Zugang zu den Medienbühnen verbindlich geregelt wird.“ (Meyer 2008: 83) Diese Medienlogik zielt vor allem auf „spannungsreiche theatralische Inszenierungen“ ab. (Meyer 2008: 83)

Die *Selektionslogik* richtet sich nach dem Nachrichtenwert eines Ereignisses, der von vielen Faktoren beeinflusst wird. Je mehr Faktoren auf ein Ereignis zutreffen, umso größer ist sein Nachrichtenwert. Diese Faktoren sind vor allem folgende: „kurze Dauer des Geschehens, räumliche, politische und kulturelle Nähe zum Betrachter,

Überraschungswert im Rahmen eingeführter Großthemen, Konflikthaftigkeit, Schaden, ungewöhnliche Erfolge und Leistungen, Kriminalität, Personalisierung, Prominenz der handelnden Personen.“ (Meyer 2006: 83)

Die *Präsentationslogik* unterscheidet sich von Medium zu Medium. Große Unterschiede gibt es vor allem bei den Boulevard- und Qualitätsmedien, wobei die Tendenz zur theatralen Inszenierung überall zu finden ist, in den Bildmedien natürlich noch mehr als in den Printmedien. Dazu zählen vor allem die „Personifikation, Heldenkonflikt, Drama, archetypische Erzählung, Wortgefecht, Sozialrollendrama, symbolische Handlung, Unterhaltungsartistik und sozialintegratives Nachrichtenritual.“ (Meyer 2006: 83) All diese Inszenierungsformen sollen dabei helfen, Aufmerksamkeit zu erregen, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen. (vgl. Meyer 2006: 83)

### **3.4.3. Die Logik der Politik**

Die Logik der Politik soll nicht nur für Analysen zum Verständnis von Politik herangezogen werden. Sie soll darüber hinaus auch helfen, eine angemessene journalistische Darstellung zu gewähren. (Meyer 2001: 25)

Politik wird dabei in die drei Dimensionen *Polity*, *Policy* und *Politics* geteilt:

Die *polity* bildet dabei die „Grundlagen des politischen Gemeinwesens mit seinen geschriebenen und ungeschriebenen Normen und Regeln.“ (Meyer 2001: 25) Hierzu zählen zum einen die Verfassungen und Regelwerke für den Ablauf politischer Prozesse, aber auch die politische Kultur einer Gemeinschaft. (vgl. Meyer 2001: 25) Die Ebene der *polity* ist selbst veränderbar und bildet den unverzichtbaren politischen Rahmen. Diese Dimension ist im politischen Prozess am wenigsten sichtbar, aber dennoch von großer Bedeutung. (vgl. Meyer 2001: 26)

Die zweite Dimension bildet jene der *policy*, in dessen Zentrum die Inhalte stehen. Es geht dabei „um den Versuch, politisch definierte Probleme durch Handlungsprogramme zu lösen, in denen die dafür geeignet erscheinenden Mittel bestimmt und angewandt werden.“ (Meyer 2001: 26) Die Ansätze zur Problemlösung sind natürlich verschieden und sind stark mit den Interessen und Werten der politisch agierenden Kräfte verbunden. Ob mit den vorangetriebenen Programmen die gewünschten Ziele auch

tatsächlich erreicht wurden, lässt sich natürlich oft erst sehr spät feststellen. (vgl. Meyer 2001: 27)

Die dritte Ebene ist jene der *politics*, die sich mit den Prozessen zur Durchsetzung der bereits erwähnten politischen Handlungsprogramme beschäftigt. Verschiedene Akteure bringen hier unterschiedliche Interessen ins Spiel und versuchen diese durchzusetzen. (vgl. Meyer 2001: 27) Dabei berufen sie sich „auf Legitimationsgründe, um durch Kompromisse oder Konsens, durch Aushandeln oder Mehrheitsbildung unter Einsatz verschiedenartiger Machtressourcen die Durchsetzung ihres eigenen Programms zur Problemlösung im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte möglichst wahrscheinlich zu machen“. (Meyer 2001: 27) Wirtschaftliche Macht, Publizität, Prestige, Geld, Drohpotenziale sowie in der Mediendemokratie das Mediencharisma der wichtigsten Akteure sind die wichtigsten Ressourcen, um in diesem Wettbewerb erfolgreich sein zu können. (vgl. Meyer 2001: 27)

Auch wenn diese drei Dimensionen lediglich analytische Konstrukte darstellen, eignen sie sich sehr gut, um politische Vorgänge zu betrachten. So kommen alle drei in politischen Prozessen vor und stehen in einer Wechselwirkung zueinander. In der Gesamtheit betrachtet kann man sie als *Logik der Politik* bezeichnen, die „immer den Kern von Struktur und Dynamik politischer Ereignisse“ bilden. (Meyer 2001: 28)

#### **3.4.4. Löst die Logik der Medien die Logik der Politik auf?**

Meyer geht in einem seiner Bücher auch auf die Frage ein, welche Auswirkungen die Medienlogik auf das politische System hat. So geht er davon aus, dass die zunehmende Mediatisierung von Politik „durch das Zusammenwirken der beiden komplementären Teilsysteme gekennzeichnet“ ist. (Meyer 2006: 83)

In den Medien ist jede Darstellung der Politik den Regeln der Medienlogik unterworfen. So erzeugen die Medien einen Inszenierungsdruck auf die Sphäre der Politik. Wenn die Politiker sich der Logik der Medien entziehen, werden sie ignoriert oder ihre Aussagen werden medientauglich gemacht und entziehen sich somit ihrer Kontrolle. (vgl. Meyer 2001: 85- 86) Die Parteien richten daher „ihre kommunikativen Angebote an den Format- und Nachrichtenkriterien der Medien aus“. (Alemann/ Marschall 2002: 24) Dies wirft die Frage auf, „ob die Darstellung der Politik in den Massenmedien die

Eigenlogik des Politischen noch in einem für die selbstständige Urteilsbildung der Bürger angemessenen Maße erkennen lässt oder ob sie diese in zu weitgehender Weise in die Regeln ihrer eigenen Logik auflöst“. ( Meyer 2006: 83) Als Reaktion auf diese Entwicklung versucht die Politik, die Kontrolle über die Darstellung des politischen Geschehens wieder zurück zu gewinnen. Dies soll durch eine Übernahme der medialen Logik in der Selbstdarstellung von Politik gelingen. (vgl. Meyer 2006: 83) Dementsprechend gibt es heute keine Partei mehr, die sich nicht der medialen Politikvermittlung angepasst hat und versucht, diese für sich zu nutzen. (vgl. Jun 2004: 39)

Bringt man die beiden Entwicklungstendenzen auf den Punkt, bedeutet dies: „Die Politik agiert medialer und die Medien agieren politischer.“ (Karmasin 2006: 107)

Diese Mediatisierung von Politik hat natürlich weit reichende Folgen. Die Medien steuern damit nämlich nicht nur die Darstellung von Politik, sondern sie werden selbst zu politischen Akteuren, indem sie die öffentliche Meinung sowie die Agenden der Parteien prägen. (vgl. Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 19) Dabei sind sie selbst sehr anfällig für populistische Inszenierungen, die sich durch Simplifizierung und Personalisierung auszeichnen und medial einfach umzusetzen sind. (vgl. Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 19) Die Massenmedien bestimmen mit ihrer Logik die Politik mit. Jun bringt dies wie folgt zum Ausdruck:

„Die Massenmedien sind es, die ihrem Publikum bzw. ihrer Leserschaft aber nicht nur signalisieren, welche politischen Themen wichtig sind und welche eher nicht, sie prägen gleichzeitig das Image von Politikern, Parteien und sonstigen politischen Organisationen, die sich diesen wegen der Notwendigkeit zur Erlangung von Aufmerksamkeit, Unterstützung und Zustimmung auch nicht entziehen können. Darüber hinaus beliefern die Medien die politischen Akteure mit Informationen über Stimmungen, Einstellungen und Meinungen in der Bevölkerung und liefern ihnen damit Anhaltspunkte für politische Entscheidungen“. (Jun 2004: 32)

In der Mediendemokratie nehmen die Medien daher eine aktiv gestalterische Rolle als Akteur ein und üben „selbstbestimmt Macht aus.“ (Alemann/ Marschall 2002: 17)

Für Meyer ist die professionelle Selbstmediatisierung der Politik gar eine Art Ideologiewechsel geworden, nachdem der Systemwettbewerb zwischen Kommunismus und Kapitalismus weggefallen ist. Die Selbstmediatisierung der Politik äußert sich dabei



in vier zentralen Inszenierungsstrategien: „mediengerechte Theatralisierung der Kommunikationsangebote überhaupt, Event- Politik, Image- Projektion und Scheinhandlung.“ (Meyer 2006: 84) Diese sind wie folgt zu unterscheiden:

Bei der *mediengerechten Theatralisierung* versuchen die politischen Akteure der medialen Logik der Selektion und der Inszenierungslogik gerecht zu werden. Vereinfachung, Personalisierung, Dramatik und ähnliche Stilmittel werden gezielt eingesetzt, um die Wähler auf ihre Seite zu ziehen. (vgl. Meyer 2006: 84)

Die *Event- Politik* beschäftigt sich vor allem mit Scheinereignissen, die realen Ereignissen gegenüberstehen. Bei Scheinereignissen haben die Medien drei Möglichkeiten, wie sie reagieren können. So können sie das Ereignis von der Politik übernehmen und es ans Publikum weiter reichen, sie können es ignorieren und selbst etwas aus der Geschichte machen oder die Inszenierung demontieren und kritisch hinterfragen. Doch auch im dritten Fall werden die Medien die Eckpfeiler ihres Systems, jenes der Selektionslogik und der Präsentationslogik, nicht aufgeben. Am einfachsten umzusetzen ist die erste Variante. Im zweiten und dritten Fall braucht man Zeit und Kompetenz und bei der kritischen Darstellung riskiert man obendrein, die Politiker zu verärgern, die man schon morgen wieder als Informationsquelle nutzen möchte. Medien und Politik bilden also so etwas wie Inszenierungs-Partnerschaften, in denen die Medien aber immer die Inszenierungshoheit haben. (vgl. Meyer 2006: 84- 85)

Bei der *Image- Politik* wird eine natürliche Person durch Scheinhandlungen „zur Personifikation von Eigenschaften, die aus der Mythologie oder Ethik ihres Gemeinwesens besonderen Glanz bezieht.“ (Meyer 2006: 85)

Als klassischen Fall von *symbolischer Scheinpolitik* kategorisiert Meyer etwa einen Auftritt von Präsident Reagan, in dem er auf der Schulbank eines Klassenzimmers großes Interesse am Bildungswesen heuchelt, während er zuvor das bildungspolitische Budget drastisch gekürzt hatte. (vgl. Meyer 2006: 85) Diese Kategorie nennt Meyer auch die *issueless politics*. Solchen Inszenierungen fehlt es eigentlich an der proklamierten Policy- Dimension, die wir in der Logik der Politik bereits angesprochen haben. (vgl. Meyer 2001: 30) Diese „Placebo- Politik“ enthält den „inszenierten Schein der Realisierung inhaltlicher Handlungsprogramme, den sie aber auf der Ebene des ‚wirklichen‘ instrumentellen Handelns nicht einlöst.“ (Meyer 2001: 31)

### **3.4.5. Bedrohung für traditionelle Parteien und den Parlamentarismus**

Die bereits beschriebene Entwicklung hin zur Mediendemokratie bringt also gerade die traditionellen Parteien in Bedrängnis. Der Widerspruch zwischen einer langen politischen Prozesszeit und der extrem kurzen medialen Produktionszeit spielen hier eine große Rolle. (vgl. Meyer 2001: 63) Langwierige Beratungen und Verhandlungen haben in der beschleunigten Mediendemokratie keinen Platz mehr, der langwierige politische Entscheidungsfindungsprozess langweilt das Publikum. Alles muss schnell gehen und exakt auf den Punkt gebracht werden, um in der Medienlandschaft überhaupt Platz zu finden. (vgl. Meyer 2006: 86) Selbst Parteitage, die eigentlich der internen Willensbildung dienen sollen, werden zunehmend den medialen Erfordernissen angepasst. Eine wichtige Veränderung ist, dass die Orientierung an den Massenmedien die Führungsriege der Parteien gegenüber den Mitgliedern stärkt. (vgl. Alemann/Marschall 2002: 27 ff.) Wichtige demokratiepolitische Funktionen von Parteien, wie die Kontrolle und Auswahl von politischem Personal oder der bereits angesprochene Willensbildungsprozess, geraten dadurch in Gefahr und es ergibt sich „die Verdrängung von Mitgliederparteien und Diskursen aus dem Zentrum der Politik fast von selbst.“ (Meyer 2006: 86)

Mit den Parteien gerät aber auch der Parlamentarismus in Gefahr. Die Abgeordneten aus der Regierungspartei sind sich dessen bewusst, dass sie ihren Wahlerfolg vor allem der medialen Durchschlagskraft des Spitzenkandidaten zu verdanken haben und dass Meinungsverschiedenheiten mit dem Regierungschef dessen Mediencharisma gefährden kann. Deshalb wird meist schnell der Konsens mit dem Regierungschef gesucht und der Diskurs bleibt oft auf der Strecke. Sucht der Regierungschef in außerparlamentarischen Gesprächsrunden den Konsens mit den wichtigsten Interessensgruppierungen, wird diese Tendenz noch verstärkt. (vgl. Meyer 2006: 87) „Zudem findet innerparteiliche Kommunikation, wenn sie über die Massenmedien stattfindet, *top-down* statt und privilegiert dabei deutlich die ‚prominente‘ Führungsspitze der Partei.“ (Alemann/Marschall 2002: 29)

### 3.4.6. Der Weg zur Mediokratie als Chance der Populisten?

Die neue mediale Kultur hat damit zwei zentrale Änderungen im politischen Leben mit sich gebracht, die eine Tendenz zur Mediokratie<sup>3</sup> verstärken:

*Erstens* wird die Politik von den Medien mehr und mehr entdifferenziert, vereinfacht, personalisiert und den Anforderungen der Unterhaltungsinszenierung angepasst. (vgl. Meyer 2006: 87) Insbesondere die Bildmedien und hier eben allen voran das Fernsehen korrespondieren dabei mit dem bei Populisten stark ausgeprägten Führerkult und der allgemeinen Personalisierung der Politik, bei dem mehr die Führungsfiguren im Mittelpunkt stehen als das Parteiprogramm. (vgl. Fröhlich- Steffen/ Rensmann 2005: 19) Zudem wird im Fernsehen die Politik stark vereinfacht, es überwiegen so genannte „soundbites“<sup>4</sup> und Streit und Konflikt werden als dramaturgische Elemente inszeniert . (vgl. Jun 2004: 46) Durch das Fernsehen als neues Leitmedium wird die Bildkommunikation „zur entscheidenden Informationsgrundlage und der sprachlichen Information übergeordnet.“ (Jun 2004: 43) Es hat auch den großen Vorteil, dass alle sozialen Gruppen dieses Medium nutzen. (vgl. Jun 2004: 43) Die politischen Akteure haben plötzlich die Möglichkeit, mit einem gut inszenierten Fernsehauftritt Millionen von Wählern aus den verschiedensten sozialen Backgrounds anzusprechen und dies stellt tatsächlich „eine neue Form von Leadership dar.“ (Plasser 1987: 85) Einige Zahlen von Peter Filzmaier verdeutlichen diese bedeutende Rolle des Fernsehens für die politische Information: Im Jahr 2004 verfügten 99 Prozent der österreichischen Haushalte zumindest über ein Fernsehgerät und rund 75 Prozent der Österreicher bezogen ihre politischen Informationen vor allem aus dem Fernsehen. Zudem

---

<sup>3</sup>An diesem Punkt ist es wichtig, auf die Unterscheidung von Mediendemokratie und Mediokratie nach Meyer hinzuweisen.

Die Mediendemokratie bedeutet in erster Linie eine neue politische Grundkonstellation und erst in zweiter Instanz wird der Begriff zur möglichen Kritik an dieser Entwicklung. Der Begriff der Mediokratie geht darüber hinaus und schließt auch eine politisch- kulturelle Dimension mit ein. „Wo Massenmedien als Mittler und Katalysator dafür sorgen, dass Neigungen und Vorlieben, Aufmerksamkeitsbereitschaft und Informationsneigung des breitest möglichen Massenfeldes der Gesellschaft zu einer Art Grundgesetz der gegebenen Kommunikationsweise werden, sind die Merkmale der Mediokratie erfüllt. Eine zunehmend nach unten entgleitende Mittelmäßigkeit, die allmählich zur von vielen gewollten Maßlosigkeit wird, beherrscht die Kommunikationsweise und ihre inhaltlichen Angebote.“ (Meyer 2001: 11)

<sup>4</sup> „soundbites“ sind „kurze Zitateinblendungen von nur wenigen Sekunden“ (Jun 2004: 46)

betrachten 56 Prozent das Fernsehen als glaubwürdigstes Medium. (vgl. Filzmaier 2006: 13)

*Zweitens* hat diese Entwicklung aber auch Auswirkungen auf den politischen Prozess. Wie bereits ausgeführt, unterwirft sich die Politik zum Teil notgedrungen diesem Mediensystem und läuft Gefahr zum Spielball dessen zu werden und somit Teil der Mediokratie. (vgl. Meyer 2006: 87) Die Gefahr dieser Entwicklung ist augenscheinlich: Eine Demokratie lebt davon, dass es Willensbildungsprozesse gibt, in der es rationale Debatten gibt und in denen Programme erarbeitet werden. Wenn diese Debatten aus dem öffentlichen Bild der Politik verschwinden und einem Inszenierungsdruck weichen, bedeutet dies eine „tendenzielle Schwächung all derjenigen Strukturen und Akteure im politischen Prozess, die dessen deliberative, kontinuierliche und verantwortungspolitische Dimension verkörpern und zur Privilegierung derjenigen Akteure und Strategien, die auf den kurzfristigen Kommunikationserfolg durch massenwirksame Inszenierungsstrategien setzen.“ (Meyer 2006: 88)

Diese zwei zentralen Änderungen haben dazu geführt, dass man heute vom „Politainment“ spricht, in dem der Bürger kaum noch die Möglichkeit hat, zwischen Inszenierung und tatsächlichem Geschehen zu unterscheiden. Oft wird „mangels jedweder Nachrichtensubstanz Stimmung vermittelt, werden Emotionen transportiert, Vermutungen verstärkt, wird das Medium in seltener Eindringlichkeit selbst zur Botschaft wie zum Botschafter.“ (Plasser 1987: 91) Meyer gibt aber auch zu bedenken, dass Bürger sich meist aus mehreren Quellen ein Urteil über Inszenierungen bilden können, und so „bleiben leere oder widersprüchliche Inszenierungsstrategien, obgleich sie in vielen Fällen zum Erfolg führen, letztlich nicht nur für ihre Adressaten, sondern auch für ihre Autoren immer riskant.“ (Meyer 2006: 85)

Nutznieser dieser Entwicklung sind vor allem populistische Akteure, weil sie durch ihre Struktur diese Situation am besten ausnützen können. Ihre vereinfachende Darstellung von Politik und ihre Unterteilung in Gut und Böse lassen sich in der medialen Logik am besten inszenieren. Durch einen Wandel im Parteiensystem, der durch die mediale Veränderung entstanden ist, „bleiben nur die Parteien erfolgreich, die sich effektiv auf die Veränderungen einstellen können- oder es reüssieren neue Parteien, die den Wandel in einen eigenen Vorteil umzumünzen wissen.“ (Alemann/ Marschall 2002: 31) Genau dies erleben wir im Moment in Form der neuen populistischen Bewegungen, die seit

den 1990er Jahren in Europa Erfolge feiern. Die führerorientierte Struktur der populistischen Parteien und die einfachen, medial gut verwertbaren Antworten auf gewisse Probleme zeigen dies ganz deutlich. Der österreichische Journalist Heinz Nußbaumer kommt daher zu dem Schluss: „Die ‚Medialisierung‘ der Politik- mit verkürzten, plakativen Inhalten, mit Gefühlen und Symbolen statt Fakten, mit Personalisierung, Zuspitzung und gegenseitigem Vertrauensvernichtungsspiel- treibt den Bürger entweder in die Apathie oder zu jenen Populisten, die das Spiel mit der Rhetorik und der telegenen Unterhaltung am besten beherrschen.“ (Nußbaumer 2010: 17)

Genau deshalb sollte man den politischen Bereich nicht dem „Diktate des Massengeschmacks“ aussetzen. (Meyer 2006: 92) Denn wenn nur mehr der Markt entscheidet, was medial als Erfolg zu werten ist, wird sich immer mehr eine populistische Oberfläche in Politik und Medien durchsetzen. (vgl. Meyer 2006: 94) Momentan jedenfalls bieten die Massenmedien „für vorsätzliche populistische Strategien eine beispiellos günstige Gelegenheitsstruktur.“ (Meyer 2006: 95)

## 4. Populismus in der Slowakei

In diesem Kapitel wird den populistischen Parteierfolgen und den nationalen Entstehungshintergründen in der Slowakei auf den Grund gegangen werden.

Der erste Abschnitt des Kapitels beschäftigt sich mit dem Parteiensystem nach 1989 und analysiert die Rolle der populistischen Parteien „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (HZDS) und „Richtung“ (SMER).

Daran anknüpfend werden diese beiden bedeutendsten populistischen Akteure in einem Parteienportrait auch kurz skizziert und es wird der Frage nachgegangen, warum die Parteien überhaupt als populistisch einzustufen sind.

In weiterer Folge werden die nationalen sozioökonomischen, soziokulturellen und politischen Entstehungsbedingungen, die zum Aufstieg der Populisten verholfen haben, diskutiert. Die Geschichte des Landes, die erschwerten Bedingungen der Transformation und soziale Ungleichheiten sind nur einige Aspekte, die einen geeigneten Nährboden für die Populisten geschaffen haben und thematisiert werden.

### 4.1. Populistische Parteien im Parteiensystem der Slowakei

Man kann die Entwicklung des Parteiensystems in vier prägnante Phasen gliedern, welche die Slowakei seit dem Umbruch erlebt hat:

Die *erste* Phase war jene des politischen Systemwechsels, welcher sowohl Befürworter als auch Gegner mit sich brachte und überdies eine Debatte über die Zukunft der damaligen Tschechoslowakei hervorrief. So traten die einen für eine Löslösung vom tschechischen Landesteil ein, während andere die Zukunft im föderativen Staat sahen. (vgl. Erhart 2004: 108)

Die *zweite* Phase wird oft als „Ära Mečiar“ bezeichnet und geht vor allem auf die Zeit seiner Regierungsverantwortung von 1994 bis 1998 ein. Diese Phase unter Mečiar war von innenpolitischem Streit, Tendenzen zu semi- autoritären Entwicklungen und damit verbundenem schlechter werdendem Ansehen im Ausland verbunden. Diese Phase fand mit den Wahlen im Jahre 1998 sein Ende, als die Opposition an die Macht kam und einen demokratischen Konsolidierungsprozess in Gang setzte. Deshalb werden die Wahlen von 1998 auch gerne als Wendewahlen in der Slowakei bezeichnet und die dritte Phase einleitete. (vgl. Erhart 2004: 108)

Am Beginn dieser *dritten* Phase war sich die Opposition einig, dass sie Mečiar von der Macht entfernen wollen und es kam zu einer Konsolidierung des politischen Systems und der Demokratie in der Slowakei. (vgl. Erhart 2004: 108) In dieser Zeit von 1998-2002 regierten formal vier, aufgrund der Wahlbündnisse de facto sogar acht Parteien. Diese stellten eine breite und heterogene Koalition dar, die den Erfordernissen der Konsolidierung gerecht wurde. (vgl. Bertelsmann Index 2003: Ländergutachten Slowakei)

Im Fokus der *vierten* Phase stehen die Zeit nach 2002 und hier vor allem der Aufstieg der populistischen Partei SMER. Innerhalb kürzester Zeit wurde sie zur stärksten Kraft im Land und aller Voraussicht nach wird sie auch bei den Wahlen 2012 reüssieren. Man kann diese Periode somit auch als Phase der Wiederkehr populistischer Kräfte bezeichnen. Nach der Wahl 2006 ging SMER auch eine Koalition mit den nationalpopulistischen bzw. extremistischen Kräften SNS und der HZDS ein und man befürchtete einen Rückfall in eine Zeit der nationalistischen und populistischen Politikgestaltung.

Diese Phasen sollen im folgenden Teil genauer beschrieben werden:

#### 1. Phase: Die Zeit des Systemumbruchs und der Aufstieg Vladimir Mečiar

Die Entwicklung des demokratischen politischen Systems nach 1989 ist untrennbar mit der „Samtenen Revolution“ verbunden. Die treibende Kraft in dieser antikommunistischen Revolution war die Bewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN), die das Gespräch mit den kommunistischen Machthabern suchte. Diese Widerstandsbewegung gründete sich infolge eines Protests ob des brutalen Vorgehens der Polizei gegenüber einem Studentenprotest in Prag am 17.11.1989. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 104) Die Führer dieser Bewegung waren vor allem intellektuelle Opponenten des kommunistischen Regimes, die sich erfolgreich für ein anderes politisches System einsetzten. Bemerkenswert ist an dieser Bewegung, ebenso wie beim tschechischen Pendant des „Bürgerlichen Forums“, dass der Umsturz nahezu ohne Gewalt erfolgte. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 104) Diese Phase des Umbruchs ist heute unter dem Begriff „Samtene Revolution“ bekannt. (vgl. Erhart 2004: 108)

Bei den ersten freien Wahlen 1990 gelang es der VPN zur stimmenstärksten Kraft im Lande zu werden und sie spielte eine zentrale Rolle für den Systemwechsel in den Jahren 1990-1992. Unter dem Vorsitzenden Mečiar erhielt die Partei 29,3 % der

Stimmen und ging eine Koalition mit der KDH bzw. der DS ein. Die VPN trat dabei als eine liberal orientierte, nicht populistische politische Gruppierung auf. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 104)

Dass die VPN aber zum großen Teil aus Intellektuellen und nicht aus Politikern bestand, stellte sich in gewisser Weise als Problem dar: „Liberal intellectuals who opposed the communist regime on the level of reflection rather than that of action were not practically prepared to take over power. Most legitimate activists of the revolutionary civic movement lacked the ambition to become political leaders and did not want- or hesitated too long- to fill executive or legislative posts“. (Szomolányi zit. nach Mesežnikov et al 2007: 104) Die VPN vertraute dabei einem Konzept der „non-political politics“ und die Bewegung verstand sich hauptsächlich als Kontrolleur der Macht. Diese Haltung kann man insofern als gescheitert betrachten, weil so indirekt der Nährboden für populistische Kräfte bereitet wurde. Diese konnten sich als aktive Gestalter in Szene setzen, nationale Fragen in den Vordergrund rücken und erhielten mehr und mehr Zuspruch in der Bevölkerung. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 104- 105)

Auch innerhalb der VPN kam es 1991 zu Turbulenzen. Die liberalen antikommunistischen Kräfte innerhalb der Partei akzeptierten den autoritären Führungsstil Mečiar nicht mehr und dieser gründete innerhalb der VPN die Plattform „Für eine Demokratische Slowakei“. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 106) In dieser Zeit spitzte sich auch die Debatte zu, ob denn die Slowaken ihre Interessen am besten in der Tschechoslowakei durchsetzen konnten oder es nicht besser wäre, sich unabhängig zu machen. So gab es Gruppen „who believed Slovakia’s future would be best met by continued close association with the Czechs and by Westernization implicit [...] by the federal Czechoslovak government [...] and those who believed Slovakia’s best interests lay in assertion of its own national identity and adaption of that reform to Slovakia’s circumstances.“ (Wightman 2001: 127) Der Konflikt um den Premierminister Mečiar , der sich zunächst gegen eine Teilung ausgesprochen hatte, sich nun aber um eine separatistische Lösung bemühte und sich so als Verteidiger der slowakischen Interessen inszenieren konnte, eskalierte im April 1991. Mečiar wurde vom Parlament abgesetzt und auch aus der VPN ausgeschlossen. (vgl. Wightman 2001: 127) Diese Absetzung als Premierminister führte zu heftigen Protesten innerhalb der Bevölkerung und es kam zu großen Demonstrationen in der Bevölkerung, die eine Rücknahme dieser Entscheidung verlangte. Mečiar nutzte diese Chance und konnte mit seiner charismatischen Art die



Leute auf seine Seite ziehen und ihr Vertrauen mittels populistischer Auftritte für sich gewinnen. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 106)

## 2. Phase: Die „Ära Mečiar“

Mit dem Ausschluss aus der Partei zersplitterte die Gruppierung auch in zwei Parteien, nämlich die alte VPN und die neue HZDS unter Mečiar. Die HZDS nutzte ihren Status als Oppositionspartei und die Popularität Mečiar's gekonnt aus. Sie ging in den Wahlen 1992 mit 37,2 % der Stimmen als eindeutiger Sieger hervor und ging eine Koalition mit der als extremistisch einzustufenden SNS ein.

Als einer der bedeutendsten Schritte dieser Koalition ist die Ausarbeitung einer Verfassung zu nennen, die im September 1992 trotz großer Kritik vom Parlament verabschiedet wurde. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 106) Dieser Verfassungsentwurf war auch die Basis des Grundgesetzes einer eigenständigen Slowakei. (vgl. Erhart 2004: 109) Zweifel ob der Qualität des Verfassungstextes kamen nicht nur bei der Opposition auf, sondern auch bei den Experten. Schließlich wurde das Papier äußerst hektisch ausgearbeitet und die Partei KDH setzte sich dafür ein, vorläufig nur ein konstitutionelles Gesetz zu beschließen. Der Streit rund um diese Verfassung polarisierte nicht nur die Parteienlandschaft, sondern auch die Gesellschaft. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 106)

Die Unabhängigkeit der Slowakei und somit das Ende der Tschechoslowakei waren zu dieser Zeit ohne große Vorbereitungen und mit dem Wissen um die damit verbundenen Probleme bereits beschlossene Sache. Um die kommenden Probleme halbwegs meistern zu können, bemühte sich die HZDS um ein Minimum an innenpolitischen Konsens und Mečiar „offered all parliamentary parties to be represented in the cabinet's legislative and economic council“. (Mesežnikov et al 2007: 107)

Doch mit der Unabhängigkeit der Slowakei nahm der innenpolitische Streit kein Ende und deshalb kommen auch viele Politikwissenschaftler zum Schluss, dass die slowakische Transformation ein Abweichen vom Pfad der mittelosteuropäischen Umgestaltung darstellt. ( vgl. Mesežnikov et al 2007: 107) Die Hauptmerkmale dieses Abweichens in den Jahren nach der Unabhängigkeit werden im Bertelsmann Index von 2003 wie folgt zusammengefasst:

„In der Slowakei bildete sich ein System des wirtschaftlichen und politischen Klientelismus heraus.

Die Verfassungsprinzipien wurden oft ignoriert, die Verfassungsgerichtsentscheidungen missachtet und das Verfassungsgericht sowie das Amt des Staatspräsidenten in ihrer Funktion im parlamentarischen Prozess stark beeinträchtigt. Die Gesellschaft war extrem polarisiert, tief gespalten in Befürworter und Gegner der Reformen. Es gab Spannungen sowohl zwischen den Staatsorganen und den Institutionen der Zivilgesellschaft als auch zwischen der Staatsmacht und den nationalen Minderheiten. Die Organe der Staatsgewalt wurden für parteipolitische Interessen und Ziele missbraucht, die Meinungs- und Pressefreiheit durch restriktive und repressive Maßnahmen eingeschränkt. Die Regierungskoalition versuchte durch institutionelle Vorkehrungen, insbesondere durch Zweckanpassung des Parteien- und Wahlgesetzes, faire Parlamentswahlen zu verhindern“. (Bertelsmann Index 2003: Ländergutachten Slowakei)

Durch diese Politik kam es auch zu keiner Annäherung an NATO und EU, während die anderen ostmitteleuropäischen Länder sich schrittweise diesen Institutionen annäherten. Schuld an diesem Dilemma war vor allem die führende HZDS unter Mečiar. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 107) Viele führende Kräfte verließen aus diesem Grund auch die Partei und bekittelten den Umgang ihres Parteiführers mit Kritikern. (zum Führungsstil Mečiar siehe auch Kapitel 4.3.2.) Als Splittergruppen entstanden daraus die „Allianz der Demokraten der Slowakischen Republik“ und die „Alternative des Politischen Realismus“, die sich in der „Demokratischen Union der Slowakei“ (DUS) schließlich vereinigten. (vgl. Szomolányi/ Mesežnikov 1997: 138- 139) Als Resultat dieser Abspaltungen und auch einer Abspaltung bei der SNS verlor Mečiar Koalition die Mehrheit im Parlament im Jahre 1994 und es kam zu einer Übergangsregierung seitens der wichtigsten Oppositionsparteien KDĽ, der DUS und der SDL' (die Nachfolgerin der Kommunistischen Partei), die von der ungarischen Minderheitspartei geduldet wurde. Die neue Regierung versuchte in dieser Zeit die Arbeit aus den Jahren 1990 bis 1992 fortzusetzen. In den folgenden 6 Monaten wurden immerhin Teilerfolge verbucht und das Ansehen im Ausland besserte sich, aber natürlich war die Zeit zu kurz um langfristige Veränderungen zu bewirken. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 107)

1994 gelang der HZDS ein erneuter Wahlsieg. Auch wenn die Partei leichte Stimmenverluste verkraften musste, stellte sie mit 35 % der Stimmen die weitaus stärkste Kraft im Land. Dies ermöglichte es der Partei, eine breite Koalition der Nationalisten aus HZDS, SNS und ZRS zu bilden. Diese Regierung suchte nun offen die politische Konfrontation mit der Opposition. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 107-108) In den Jahren von 1994-1998 zeigten sich daher klare Tendenzen zu einem semi-

autoritären Regime und das Land wies erhebliche demokratische Defizite auf. Dies zeigte sich unter anderem in der Instabilität der demokratischen Institutionen, einer starken Polarisierung in der Bevölkerung und Versuchen die gültigen verfassungsrechtlichen Regeln auszuhebeln, um die Macht zu konzentrieren. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 108) Die Opposition war in dieser Zeit komplett marginalisiert „and left without any chance to influence the parliamentary agenda and decision-making process“. (Rybář 2006: 153)

### 3. Phase: Wendewahlen und Konsolidierung

Der oft als Wendewahl bezeichnete Urnengang 1998 brachte politische Veränderungen für die Slowakei und einen bedeutenden Schritt in Richtung Konsolidierung der Demokratie.

Als sich abzeichnete, dass die Oppositionsparteien gestärkt aus den Wahlen herausgehen werden, fanden sich diese trotz ideologischer Differenzen zu einer breiten Koalition zusammen. Das vorrangige Ziel dabei war es, die HZDS zu stürzen und den Demokratisierungsprozess der Slowakei voranzutreiben. (vgl. Erhart 2004: 126) Manche Autoren sprechen diesbezüglich auch von einer weiteren Transformation in der Slowakei oder der zweiten „Samtenen Revolution“. (vgl. Erhart 2004: 126; siehe Krause 2003) Unterstützung erhielten die Oppositionsparteien dabei auch von nicht parteilichen Akteuren in der Slowakei, aber auch von externen Kräften, die einen Umbruch in der Slowakei erhofften. (vgl. Erhart 2004: 126) So ging die HZDS zwar mit 27 % der Stimmen wieder als stärkste Partei aus den Wahlen hervor, doch die Oppositionellen konnten trotz einer Änderung des Wahlrechtsgesetzes zu ihren Ungunsten eine Mehrheit erringen und gingen eine Koalition ein. Diesen gelang es tatsächlich, Meinungsverschiedenheiten hintanzustellen, um die illiberalen Entwicklungen der Ära Mečiar zu korrigieren. (vgl. Erhart 2004: 127)

Trotz zahlreicher Krisen bewerkstelligte es die Regierung unter der Führung von Dzurinda, die Legislaturperiode durchzustehen. Am Ende dieser Periode kam es aber auch zu einigen Abspaltungen innerhalb der Parteien und die Regierung wurde von knapp einem Dutzend Parlamentsfraktionen unterstützt. (vgl. Rybář 2006: 155; zum instabilen Parteiensystem siehe auch Kapitel 4.2.3.1.)

#### 4. Phase: Wiederkehr des Populismus durch die Partei SMER und aktuelle Entwicklungen

Die Wahlen von 2002 bestätigten eine gewisse Konsolidierung des Systems und die Regierungsparteien schnitten passabel ab. Bei dieser Wahl trat die populistische Partei SMER das erste Mal an und konnte auf Anhieb beachtliche 13,5 % der Stimmen für sich gewinnen, während die HZDS weiter an Stimmen verloren hat, jedoch mit 19,5 % der Stimmen wieder stimmenstärkste Partei wurde. Die Regierung wurde aber wieder unter der Führung von Dzurinda gebildet und bestand fortan aus der SDKU, SMK, KDH und der erstmals angetretenen ANO. Ab 2004 hatte diese Regierung aber keine Mehrheit mehr, weil sich einige Mitglieder der Regierungsparteien von diesen abspalteten und sie bildeten „a ‚grey parliamentary zone‘ between the opposition and (the now minority) government, where the Dzurinda cabinet fishes for majority support for its proposals.“ (Rybář 2006: 155)

Als einer der wichtigsten Schritte dieser Regierung wird der Beitritt zur EU gewertet. Dieser „wirkte wie ein Katalysator der Demokratisierung“. (Rybář 2008: 107) Der damit verbundene Prozess der Konsolidierung wurde vor allem in den Jahren 1998 bis 2004 vorangetrieben. In der Verfassung wurden 2001 widersprüchliche Bestimmungen geändert und somit die demokratische Ordnung gestärkt. Aber auch auf der Verhaltensebene hat sich ein Wandel vollzogen und alle Parteien akzeptieren seither die demokratischen Spielregeln. (vgl. Rybář 2008: 107)

Bei den vorgezogenen Wahlen 2006 wurde SMER schließlich erstmals stärkste Partei und der Vorsitzende der Partei Robert Fico führte eine „Koalition der Nationalen“ gemeinsam mit der HZDS und SNS an. Dabei setzte die Regierung auf einen populistischen Stil, wie auch die Politologin Soňa Szomolányi in einer Analyse zu deren ersten 100 Regierungstagen festgehalten hat: „Aus der Sicht der Wähler erfüllt die Regierung ihre Versprechen. Sie macht das aber nicht mit systematischen Maßnahmen im Sinne einer europäischen Linkspolitik, sondern einfach mit populären Schritten. (...) Die Regierung konzentrierte sich anfangs auf Aktivitäten, die eine schnelle Zufriedenheit erzeugen. (...) Kein anderer Politiker beobachtet ja so genau die Meinungsumfragen und Wählerstimmungen wie gerade Fico.“ (Szomolányi zit. nach Gehrold 2006: 5) Auch für Mesežnikov hat sich in der Regierungszeit von 2006- 2010 gezeigt, dass SMER keine konventionelle sozialdemokratische Partei darstellt. Vielmehr ist sie eine populistische Gruppierung, dessen Ideologie sich „in der Kombination etatistischer Rhetorik in Form der Verkündung eines ‚starken sozialen

(Wohlfahrts-) Staats' mit einem altmodischen, ethnischen Nationalismus lag, der die Verteidigung ‚nationaler staatlicher‘ Interessen und den Widerstand gegenüber der ‚Politik Großungarns‘ in den Vordergrund stellte.“ ( Mesežnikov 2011: 144- 145)

Bei den letzten Wahlen 2010 mussten die beiden Koalitionspartner von SMER zwar große Stimmenverluste hinnehmen, der Aufwärtstrend der Partei SMER ist aber ungebrochen. Sie konnte 34,8 % der Stimmen gewinnen und somit noch einmal zulegen. Dennoch verfügte die alte Koalition über keine Mehrheit mehr und SMER musste aufgrund fehlender Partner in die Opposition. Da die neue Regierung aber auf wackeligen Beinen stand und schließlich auch an der Frage zur Griechenland- Hilfe scheiterte, hat die Partei SMER aber große Chancen bei den vorgezogenen Wahlen im März 2012 wieder zu reüssieren.

Auch wenn die Entwicklungen rund um die Debatte zur Griechenland- Hilfe zur Besorgnis rät, kann das politische System der Slowakei- geht man nach formalen Grundelementen der Demokratie- als demokratisch gefestigt betrachtet werden. Der Populismus stellt aber nach wie vor eine Bedrohung für die demokratischen Entwicklungen dar und hat mit dem Ende der Ära Mečiar kein Ende gefunden (siehe auch Tabelle 1).

**Tabelle 1:**

**Ergebnisse der populistischen Parteien HZDS und SMER bei Parlamentswahlen**

<b>Partei</b>	<b>1990</b>	<b>1992</b>	<b>1994</b>	<b>1998</b>	<b>2002</b>	<b>2006</b>	<b>2010</b>
<b>SMER</b>	-	-	-	-	13,5 %	29,1 %	34,8 %
<b>HZDS</b>	-	37,3 %	35 %	27 %	19,5 %	8,8 %	4,3 %
<b>Wahlbeteiligung</b>	95,4 %	84,2 %	75,7 %	84,2 %	70 %	54,7 %	58,8 %

Quelle: Eigene Zusammenstellung, Daten aus „Parties and Elections in Europe“  
<http://www.parties-and-elections.de/slovakia.html>

Wie diese populistische Politik nun in der Praxis aussieht und wie man auch gewisse latente Stimmungen in der Bevölkerung genutzt hat, sollen nun kurze Parteienportraits der HZDS und von SMER zeigen.

### **4.1.1. Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS)**

#### 4.1.1.1. Kurzer geschichtlicher Überblick und Wahlergebnisse der Partei

Wie bereits ausführlich ausgeführt wurde Mečiar 1991 wegen seines undemokratischen Regierungsstils als Ministerpräsident von seiner damaligen Partei „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN)- welche die ersten Wahlen gewonnen haben- abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen. (vgl. Wightman 2001: 127) Im März desselben Jahres gründete er die „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (HZDS), die sich 2003 in die „Volkspartei- Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (ĽS-HZDS) umbenannte.

Schon bei den ersten Wahlen im Jahre 1992 war die Partei mit 37,3 % die weitaus stimmenstärkste Partei und gewann 74 von insgesamt 150 Abgeordnetenmandaten des Parlaments. In der Folge bildete sie mit der SNS, die 7,9 % und 15 Abgeordnete errang, eine Koalition. (vgl. Schneider 1995: 4)

Auch wenn diese Regierung nach diversen Streitigkeiten- sowohl zwischen als auch in den Parteien selbst- scheiterte, konnte die HZDS annähernd das Ergebnis der Wahl von 1992 auch im Jahre 1994 halten und wurde mit 35 % wieder stimmenstärkste Partei und führte seine Partei erneut in ein Regierung mit der SNS und der ZRS. (vgl. Schneider 1995: 6)

Obwohl die Partei bei der folgenden Wahl im Jahre 1998 weiter an Stimmen verlor und nur mehr 27 % der Stimmen erlangte, war sie dennoch weiterhin stimmenstärkste Partei. Diesmal jedoch nur knapp vor dem oppositionellen Wahlbündnis SDK. Entscheidend war jedoch, dass Mečiar's Partei nun nicht mehr in der Regierung vertreten war. (vgl. Kneuer 2005: 159)

Auch bei den Wahlen 2002 war die HZDS noch stimmenstärkste Partei, aber ihr Wähleranteil mit 19,5 % war deutlich geringer als bei der vorherigen Wahl.

Bei Wahl im Jahre 2006 landete die HZDS mit 8,8 % der Stimmen nur mehr auf dem vierten Platz, war aber bis 2010 wieder in der Regierung vertreten. Den wohl endgültigen Niedergang der Partei brachte schließlich die Wahl im Jahr 2010, wo sie nur mehr 4,3 % der Stimmen erhielt und den Einzug ins Parlament verpasste.

#### 4.1.1.2. Die Parteiorganisation

Von der organisatorischen Seite betrachtet, lassen sich klare nationalpopulistische Merkmale erkennen.

Zum einen zeichnet sich die Partei durch den enormen Fokus auf ihren Leader Mečiar aus und ihrem Versuch, sich als Bewegung und nicht als Partei zu definieren. (vgl. Kneuer 2005: 157) Neben Mečiar bestand das Führungspersonal zu Beginn aus ehemaligen Reformkommunisten von 1968, Ex- Kommunisten, aber auch einigen national orientierten Parteilosen. (vgl. Kneuer 2005: 157)

Dabei verfolgt der Gründer innerhalb der Partei einen äußerst autoritären Stil, sodass sogar einige Vertraute über ihn sagen, er habe vor allem am Anfang die Partei komplett kontrolliert und alles selbst entschieden. (vgl. Haughton 2001: 754) Mečiar verstand es, sich nicht nur als Parteiführer zu inszenieren, sondern vielmehr als allmächtigen Vater der Nation: „All the changes in the country were a result of me. What politician in the world has done as much as me? Build a state, a currency, a stable market, security structures, international relationships.” (Mečiar zit. nach Haughton 2001: 755)

Durch seine autoritäre Haltung kam es nach den Präsidentenwahlen auch zu einem Streit innerhalb der Partei und sieben Abgeordnete kehrten ihr den Rücken zu. (vgl. Schneider 1995: 5) Mečiar bietet seinen Parteimitgliedern bis heute wenig Spielraum für eigene Meinungen und Ideen und verfährt sehr rigoros mit Dissidenten. (vgl. Haughton 2001: 766) So war die Partei in der ersten Regierungsperiode noch sehr inhomogen und auch wenig organisiert. Mit den bereits angedeuteten internen Streitereien verließen aber viele Kritiker die Partei und als homogenere Gruppe straffte man in der Folge die Organisationsstruktur und zentralisierte sie. (vgl. Kneuer 2005: 157)

Auffallend ist bei der HZDS auch noch, dass sie bis Anfang des neuen Jahrtausends eine sehr hohe Mitgliederzahl verglichen mit anderen slowakischen Parteien aufzuweisen hatte. Dies ist gerade für populistische Gruppierungen sehr ungewöhnlich. Die Partei nutzte diese breite Unterstützung aus der Bevölkerung aber geschickt, um sich von den anderen Elite- Parteien abzugrenzen und sich als Massenpartei darzustellen. (vgl. Haughton 2001: 759)

#### 4.1.1.3. Programmatisch- ideologische Ausrichtung

Ideologisch ist die HZDS äußerst schwer einzuordnen. Nicht unüblich für nationalpopulistische Parteien bedient sich auch diese Partei sowohl linker als auch rechter Elemente und eine Einordnung auf der gesellschaftlich-ökonomischen Links-Rechtsskala erscheint aufgrund der diffusen Ideologie als äußerst problematisch. (vgl. Haughton 2001: 748 f.; vgl. Kneuer 2005: 158 f.)

Schon bei der Organisation der Partei haben wir gesehen, dass ein starker Fokus auf der Person Mečiar liegt, der nach innen autoritär agierte, mittels opportunistischer Politik vor allem auf Machterhalt abzielte und deshalb nur auf wenigen ideologischen Standpunkten beharrte. (vgl. Haughton 2001: 748) So behaupten auch einige Autoren, dass die HZDS sich bewusst keinem klarem ideologischen Profil unterordnete, um sich entsprechend den Problemen der Bevölkerung positionieren zu können, ohne an ideologische Programmatiken gebunden zu sein. Dies ermöglichte es der Partei auch, eine breite Wählerschicht anzusprechen. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 108)

Als eine der wenigen klaren Positionierungen seitens der HZDS werden immer wieder deren ökonomische Vorstellungen angesehen. So trat Mečiar immer wieder für den so genannten „slowakischen Weg“ (Kneuer 2005: 158) in der Wirtschaftspolitik ein. Dieser sah einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus vor, wobei der Staat dirigistisch eingreifen kann. (vgl. Kneuer 2005: 158) So betonte der Leader der Partei, dass man radikale Wirtschaftsreformen ablehne und einen langsameren, sozialeren Weg gehen wolle als beispielsweise Tschechien. (vgl. Kneuer 2005: 155) Konkret setzte man sich stark für eine Privatisierung und eine Marktöffnung ein, „but balanced by a belief the state should provide a comprehensive system of social security.“ (Haughton 2001: 749)

Viele Autoren gehen davon aus, dass die geschickte Verknüpfung des sozial abgedeckten Wirtschaftsprogramms und der nationalistischen Politik den Erfolg der HZDS bei den Wahlen 1992 ausgemacht hat. (vgl. Kneuer 2005: 154 f.; siehe auch Kapitel 4.2.) Diese nationale Strategie war immer verknüpft mit einer Abgrenzung gegenüber anderen und so wurde nicht eine positive, sondern eine negative nationale Identität forciert. „Nationale Gefühle wurden *gegen* andere instrumentalisiert statt für ein gemeinsames politisches Ziel integriert- im Inneren wie im Äußeren.“ (Kneuer 2005: 156) Dies erinnert stark an das populistische Konzept der „heartlands“ von Taggart und Mudde. Trat man nach innen zunächst gegen die Tschechen auf und



grenzte sich von politischen Eliten ab, begann man später vermehrt Attacken gegen ungarische Minderheiten zu forcieren und nahm vor allem rhetorisch eine sehr skeptische Haltung gegenüber der EU ein. (vgl. Kneuer 2005: 152 ff.) Mečiar wusste den Nationalismus perfekt einzusetzen, um dem Bedürfnis nach einer kollektiven Identität und dem Gefühl der Sicherheit nachzukommen, das gerade in Krisenzeiten auftritt. (Bayer zit. nach Kneuer 2005: 156) Oder um es mit den Worten Haughtons auszudrücken, „the language of Mečiar on the national question positioned the party’s sails in such a way as to catch the strong nationalist winds and carry the party on towards power.” (Haughton 2001: 751)

Oft wird die Partei auch dafür verantwortlich gemacht, dass der Demokratisierungsprozess in der Slowakei nur sehr schleppend vorankam. So schätzte man die Slowakei unter Mečiar als Demokratie mit Defiziten ein, auch weil seine Partei die konstitutionellen Prinzipien missachtete, auf eine Zentralisierung der exekutiven Macht ausgerichtet war und versuchte, mächtige Oligarchien aufzubauen. Verknüpft war diese Politik unter Mečiar mit einer sehr EU- skeptischen Haltung. (vgl. Kneuer 2005: 152; vgl. Mesežnikov et al 2007: 107) Diese Politik führte sogar zu „the country’s temporary disqualification from integration with the Euro- Atlantic organizations in the second half of the 1990s.” (Mesežnikov et al 2007: 109) Erst 2000 änderte man diese Haltung und bekannte sich zur EU und zur NATO. (vgl. Haughton 2002: 70)

Dass die Partei nur über einen sehr beschränkten ideologischen Kern verfügt, und überdies ein sehr fragwürdiges Verhältnis zur Demokratie und dem Rechtsstaat hat, zeigt uns aber auch noch eine andere interessante Entwicklung in der Geschichte dieser Partei: Auf EU- Ebene hat sie in allen drei großen europäischen Parteien Fuß zu fassen, wurde aber überall wieder ausgeschlossen. (vgl. Haughton 2001: 750)

Man kann also festhalten, dass eine genaue Einordnung der Partei auf der gesellschaftlich-ökonomischen Links-Rechtsskala kaum möglich ist. Übrig bleiben stark nationalpopulistische Züge mit einer autoritären Leader- Figur, die sich den Machterhalt zum obersten Ziel gesetzt hat.

#### 4.1.1.4. Wahlsoziologische Betrachtung

Zwar erreichte die Partei in allen Bevölkerungsschichten und Regionen eine gewisse Unterstützung, jedoch votieren vermehrt ältere, aus dem ländlichen Raum stammende

und weniger gebildete Bürger mit einem niedrigen Sozialstatus für die Partei. (vgl. Kneuer 2005: 157; vgl. Haughton 2001: 760)

Bei den Wahlen in den 1990er Jahren hat die Partei im Norden und in der Zentralslowakei am besten abgeschnitten. (vgl. Haughton 2001: 760)

Generell kann sich die HZDS vor allem „auf Bevölkerungsteile mit egalitärer, etatistischer und paternalistischer Orientierung stützen, auch auf ein nicht unerhebliches kommunistisches Spektrum.“ (vgl. Kneuer 2005: 157)

#### **4.1.2. Richtung (SMER)**

##### 4.1.2.1. Kurzer geschichtlicher Überblick und Wahlergebnisse der Partei

Die Partei SMER wurde im Jahre 1999 als politisches Projekt von Robert Fico gegründet. Dieser hatte sich von der SDL', die aus den Reformkommunisten entstanden ist, losgesagt. Der ehemalige Vize-Vorsitzende der SDL' betonte, sich nicht mehr mit der Parteilinie identifizieren zu können. (vgl. Mesežnikov 2008a: 10)

Schon bei der ersten Wahl im Jahr 2002 konnte die Partei überraschen und landete mit 13,5 % der Stimmen an dritter Stelle und konnte sich als Oppositionspartei positionieren. Einige kleinere Parteien fusionierten 2004 mit der Partei und diese hieß fortan „Richtung- Sozialdemokratie“ (SMER- SD). (vgl. Kipke 2010: 338)

Bei der folgenden Wahl im Jahr 2006 konnte SMER ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln und ging mit 29,1 % der Stimmen als stimmenstärkste Partei aus den Wahlen hervor. Nach dieser Wahl übernahm die Partei erstmals auch Regierungsverantwortung. Als Anführer einer Koalition mit der nationalpopulistischen HZDS bzw. der extremistischen SNS erntete die Partei nicht nur innerhalb der Slowakei, sondern gerade auch bei den europäischen Sozialdemokraten, zu denen die SMER zählt, viel Kritik.

Dennoch konnte die Partei bei den bislang letzten Wahlen wieder reüssieren und konnte mit 34,8 % der Stimmen sogar noch Zugewinne verzeichnen. Allerdings hatten die beiden Koalitionspartner erhebliche Verluste erlitten und die Koalition hatte keine Mehrheit mehr. Mangels anderer Koalitionspartner musste man nun wieder in die Opposition.

Jedoch kann sich dies im März 2012 schon wieder ändern. Nachdem die derzeitige Koalition an einer Vertrauensabstimmung rund um den Streit zum Europäischen Rettungsfond gescheitert ist, gibt es bereits im nächsten Jahr Neuwahlen.

#### 4.1.2.2. Die Parteiorganisation

Auch bei der Partei SMER fällt sofort auf, welche enorme Rolle der Parteiobermann Robert Fico einnimmt. Ganz im Stile Mečiar ist die Partei auf eine Person zugeschnitten und „das Schreckgespenst eines neuen Mečiar, das ein jüngerer und moderneres Gesicht hat“, ist längst Realität geworden. (Poláčková/ Van Duin 2002: 141) Bei der Wahl 2006 bekam Fico 443.230 Vorzugsstimmen, was ziemlich genau zwei Drittel der SMER- Wähler ausmacht. Damit erhielt er mit Abstand die meisten Vorzugsstimmen bei dieser Wahl. (vgl. Gyárfášová 2008: 49) Mit seinem Charisma schafft er es – ähnlich wie Mečiar bei der HZDS – als Person die Partei und seine Visionen zu verkörpern. Dass auch er Konkurrenten innerhalb und außerhalb der Partei äußerst vehement gegenübertritt, verstärkt diesen Eindruck des populistischen Führerkults. (vgl. Gyárfášová 2008: 49) Damit schafft er auch „a strong anti-establishment stance aimed against monopolies, the media and political opponents. Rhetorically, building the dichotomy of ‘us’ and ‘them’ also serves to develop another feature appreciated by voters – ‘taking care’ of citizens“. (Gyárfášová 2008: 49)

Wie viele populistische Gruppierungen ist auch SMER keine Mitgliederpartei, sondern eine Wählerpartei. Sie zeichnet sich durch eine eher geringe Organisationsdichte aus und hatte im Jahr 2002 in etwa 5200 Mitglieder, 2004 auch nur 6500. (vgl. Rybář 2006: 167) Zwar wuchs diese Zahl auf 15500 im Jahr 2007 an, dennoch ist diese Zahl gemessen an den Wählern eher gering. (vgl. Mesežnikov 2008b: 124)

#### 4.1.2.3. Programmatisch- ideologische Ausrichtung

Trotz ihrer erst jungen Geschichte hat die Partei in ihrer ideologischen Ausrichtung bereits einige Entwicklungen hinter sich. Gerade zu Beginn betonte die Partei ihren nicht ideologischen Charakter. Schon bald inszenierte sie sich aber als „Third-way-party“, um sich schließlich offen als sozialdemokratisch orientierte Partei zu deklarieren. In all diesen Phasen war der Nationalismus ein steter Begleiter, also ein ideologischer Eckpfeiler. (vgl. Mesežnikov 2008a: 10) Aufgrund ihrer ablehnenden

Haltung gegenüber ethnischen Minderheiten, vor allem gegenüber der Roma, wurde ihnen zunächst auch die Aufnahme in die europäische Sozialdemokratie verwehrt. Nach der Europawahl 2004 schaffte man es aber doch, sich in dieser Fraktion einzugliedern. (vgl. Erhart 2004: 135) 2006 wurde diese Vollmitgliedschaft aufgrund der Regierung mit den nationalistischen Kräften HZDS und SNS wieder ausgesetzt, seit 2009 ist man wieder Mitglied. (vgl. Mesežnikov 2008a: 11) Dennoch kann man sagen, dass sich „Ficos schlaue Verknüpfung von ‚sozialen‘ und ‚nationalen‘ Elementen in seiner populistischen Rhetorik“ bezahlt gemacht hat. (Poláčková/ Van Duin 2002: 141) Zu Beginn war die Partei in Opposition. In dieser Zeit von 2002 bis 2006 betrieb man radikale Kritik an den Reformmaßnahmen der Mitte- Rechts- Regierung im sozioökonomischen Bereich. So betonte SMER, dass diese Regierung nur die Reichen verteidige und die Probleme der Armen vernachlässige. Die damalige Regierung habe antisozial agiert und SMER betonte, die Vertreter ihrer Partei könnten dies ändern, wenn sie an die Macht kommen. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 111) Mit ihrer sozialen Politik für die „kleinen Leute“ würden sie sich vor allem für mehr Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit einsetzen. So sollten beispielsweise die Einkommenssteuern der kleinen und mittleren Einkommensgruppen gesenkt werden, die Privatisierung des Gesundheitssystems gestoppt werden und der Mindestlohn angehoben werden. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 111) Dabei gilt es auch, die nationale Identität aufrecht zu erhalten, weil diese soziale Schwierigkeiten abfedern könne, die durch die Globalisierung entstanden sind. Dabei zeigte ihre „communication with voters, sweeping criticism of government’s performance and proposed measures to tackle existing problems [...] clear traces of populism.“ (Mesežnikov 2008a: 10)

Nach der Wahl 2006 startete man eine Koalition mit der HZDS und der SNS und war bedacht darauf, die Wahlversprechen möglichst schnell einzulösen. So taten sie dies zunächst „with issues that were likely to earn public praise, for instance abolishing fees for seeing a doctor or staying in a hospital, introducing a Christmas allowance for pensioners, bringing pressure to bear on energy companies in an attempt to reduce prices of fuels, gas and electricity.“ (Mesežnikov 2007: 112) Man hat auch die Privatisierungspolitik der Vorregierung gestoppt und leichte Änderungen bei der Steuer- und Sozialpolitik vorgenommen. Zu Beginn der Regierungszeit profitierte man dabei auch von einem wirtschaftlichen Aufschwung in der Slowakei. (vgl. Kipke 2010: 329) In der Regierungszeit wurde auch viel Wert darauf gelegt, sich weiterhin als Anwalt der kleinen Leute zu präsentieren. Dies versuchte man einerseits durch symbolische soziale

Maßnahmen, wie beispielsweise einen minimalen Preisnachlass beim Gas für Personen über 65, aber auch mittels populistischer Rhetorik. So kritisierte man auch zu Regierungszeiten noch die Zeit vor dem Wandel durch SMER, redete die Zeit von 1989 bis 2006 allgemein schlecht und kritisierte jene Unternehmen scharf, die sich der sozialen Politik der Regierung widersetzen. Diese würden sich gegen das Volk wenden und nur die Interessen der Reichen vertreten. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 111)

Mit der Regierungsbeteiligung verschärfte SMER auch ihre rhetorische und politische Linie in Bezug auf ethnische Fragen und versuchte vermehrt, den Patriotismus zu stärken. (vgl. Mesežnikov et al 2007: 115)

Zur EU bezog die Partei nach der Suspendierung durch die europäischen Sozialdemokraten eine eher skeptische Haltung. Man betonte die Dominanz der Innenpolitik und Fico betrachtet die europäischen Institutionen als „isolated from the real life“. (Fico zit. nach Mesežnikov et al 2007: 115)

#### 4.1.2.4. Wahlsoziologische Betrachtung

Die Wähler von SMER sind nicht ausschließlich die typischen Transformationsverlierer. Vielmehr ist SMER in allen Bevölkerungsgruppen die stärkste Kraft, mit Ausnahme jener Bevölkerungsschicht, die eine universitäre Ausbildung genossen hat. Auch in der Bevölkerungsgruppe mit den höchsten Einkommen sind sie die stimmenstärkste Partei. Allerdings zeigt sich, dass sie überproportional gut abschneiden bei jungen, weniger gut ausgebildeten Wählern. (vgl. Gyárfášová 2008: 46)

Regionale Merkmale sind in der Wählerstruktur nicht feststellbar, auch wenn das etwas schlechtere Abschneiden in der Region um Bratislava auf eine kleine Schwäche im städtischen Raum hindeutet. (vgl. Gyárfášová 2008: 46)

## 4.2. Nationale Gelegenheitsstrukturen und Mobilisierungschancen

Gerade in Osteuropa hätten die Populisten an die bereits beschriebene historische Form des Agrarpopulismus (siehe Kapitel 2.2.1.) anknüpfen können. Jedoch lassen sich kaum wesentliche Kontinuitätslinien in diese Richtung erkennen. So stehen die meisten Parteien der postkommunistischen Ära weder dem Namen noch dem Programm nach in der Tradition des Agrarpopulismus des frühen 20. Jahrhunderts. (vgl. Fröhlich- Steffen

2008:308) Es zeigt sich vielmehr, dass sich in den Transformationsgesellschaften ganz andere Problemlagen ergeben haben, die den Aufstieg der Nationalpopulisten möglich machten. (vgl. Fröhlich- Steffen 2008: 308)

Auch diese nationalen beziehungsweise regionalen Mobilisierungschancen sind der Übersichtlichkeit halber wieder in eine sozioökonomische, soziokulturelle und politische Dimension getrennt und sollen nun konkret skizziert werden.

#### **4.2.1. Sozioökonomische Komponenten**

##### 4.2.1.1. Der schwierige Transformationsverlauf in der Slowakei

Kneuer weist im Falle der Slowakei auf den speziellen Transformationskontext hin. So wurde mit der Abspaltung der Slowakei von der Tschechischen Republik der Transformationsprozess zusätzlich belastet. Soziale Spannungen wurden dadurch noch verschärft und die wirtschaftliche Erholung gebremst (vgl. Kneuer 2005: 153)

Dadurch hatte die Slowakei im Vergleich zu den anderen Visegrád- Staaten die wohl am wenigsten günstigen Bedingungen für eine Konsolidierung und hatte auch gegenüber Tschechien die schlechteren Voraussetzungen. (vgl. Kneuer 2005: 153)

So wies sie zum einen den höchsten Grad an ethnischer Heterogenität und subkultureller Segmentation auf. Das Land vollzog auch eine späte und verzögerte Modernisierung, es fehlte an Erfahrung mit Staatlichkeit und dem politischen und administrativen Personal fehlte es an dem nötigen Know-How. Doch diese Probleme wären in den Griff zu bekommen gewesen, hätte die Slowakei sich nicht einer nationalpopulistischen Politik ausgesetzt, die auch die demokratischen Pfade zum Teil verlassen hat. (vgl. Kneuer 2005: 154)

Der vielleicht bedeutendste Unterschied zwischen der Slowakei und Tschechien war deren ungleiche ökonomische Entwicklung, die wohl sehr stark den Erfolg der nationalpopulistischen Politik unter Mečiar begünstigt hat. So hatte sich die Slowakei viel später industrialisiert als Tschechien und die Arbeitslosenrate stieg in der Slowakei auf 11,3 Prozent an, während sie in Tschechien nur bei 2,7 Prozent lag. Auch wenn die Slowakei damit im Durchschnitt der osteuropäischen Länder lag, missbilligten viele Slowaken diese Unterschiede zwischen den beiden Staaten. (vgl. Carpenter 1997: 211) Obwohl eine große Mehrheit der Slowaken und auch Tschechen zunächst eine

Verschlechterung durch die Trennung der beiden Staaten befürchteten- so waren dies im April 1992 61 % der Slowaken und 75 % der Tschechen- kam es dennoch zu gewissen Spannungen zwischen der Bevölkerung der beiden Staaten und die nationale Frage rückte mehr in den Vordergrund. (vgl. Carpenter 1997: 211)

Zu dieser Zeit waren die wirtschaftliche und nationale Frage also ein zentrales Thema in der slowakischen Politik. Es gab einige Kontroversen rund um den wirtschaftlichen Weg, der nun beschritten werden sollte und wie die Zukunft der Tschechoslowakei aussehen sollte. (vgl. Kneuer 2005: 211) Gerade vor den Wahlen 1992 wurde dieses Thema in der Slowakei verstärkt debattiert und Mečiar verstand es, seine wirtschaftlichen Vorstellungen mit der nationalen Frage zu verknüpfen.

Mečiar erkannte, dass die Slowaken der Marktwirtschaft und Privatisierungen viel skeptischer gegenüberstanden als die Tschechen. Er lehnte deshalb radikale Wirtschaftsreformen, wie sie Vaclav Klaus vollzogen hat, ab und setzte auf den schmerzlosen slowakischen Weg. Diese Kritik an der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik verband er „mit stimmungsmachenden und nationalistischen Invektiven.“ (Kneuer 2005: 212)

Diesen nationalpopulistischen Kurs behielt Mečiar auch nach der Trennung von der Tschechischen Republik bei, wobei der Nationalismus nun vorrangig zur Legitimierung des eigenen Staates dienen sollte und sich nun intern nicht mehr gegen die Tschechen richtete, sondern vor allem gegen die ungarische Minderheit im Land. ( vgl. Kneuer 2005: 212)

#### 4.2.1.2. Die Situation heute: Große Zahl an enttäuschten Transformationsverlierern und nur wenige Gewinner

In der heutigen Slowakei wie auch im Rest von Osteuropa spielen vor allem die Enttäuschungen nach der Transformation eine bedeutende Rolle für den Erfolg populistischer Akteure. Durch den Systemwechsel und der Hinwendung zu Institutionen wie der EU wurden enorme Erwartungen geweckt, die zum Teil nicht erfüllt werden konnten. (vgl. Fröhlich- Steffen 2008: 310) Dazu schreibt Dieter Segert im Jahre 2006: „In den seither verstrichenen anderthalb Jahrzehnten ist so eine sozial stark ausdifferenzierte Gesellschaft entstanden, verbunden mit einem Staat, der über wenig Potenzial zum sozialen Ausgleich verfügt.“ (Segert 2006a) Diese Kluft zwischen der Elite und der Mehrheit der Bevölkerung führt auch zu einem Gerechtigkeitsproblem,

das die Populisten für sich nutzen: „In dieser Situation hat das populistische Narrativ von den verdorbenen Eliten, die an all dem Schuld sind, eine Chance darauf, von ausreichend vielen Verlierern des Systemwechsels geglaubt zu werden.“ (Segert 2006b: 11) Dies wird auch noch dadurch unterstützt, dass der Reichtum der Eliten zum Teil durch Korruption zustande kam. Gerade im Prozess der Privatisierungen in den 1990er Jahren kam es hier zu persönlichen Bereicherungen<sup>5</sup>. (vgl. Segert 2006a) Für diese These des Auflehns der Transformationsverlierer spricht, dass populistische und extremistische Gruppierungen dort am erfolgreichsten sind, wo die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinander geht. (vgl. Fröhlich- Steffen 2008: 310- 311)

Durch diese Verschiebungen bei den Konfliktlagen lassen sich teilweise auch der größer werdende Zuspruch zur Partei SMER und der abnehmende Erfolg der HZDS erklären. So stand vor dem Jahr 2000 der Kampf um Nation und Demokratie im Vordergrund, in dem sich vor allem die HZDS profilieren konnte. Neben der Frage des EU-Beitritts, der an Mečiar's Niedergang großen Anteil hatte, gewinnen seither aber sozioökonomische Fragen wie die um Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit mehr und mehr an Bedeutung. Bei Befragungen in der Bevölkerung wird dies auch deutlich: 1999 gaben 56 % der Befragten an, dass Probleme rund um den Lebensstandard und soziale Sicherheit am dringendsten gelöst werden müssen. Im Jahre 2005 sahen dies bereits 76 % der Befragten als das dringendste Problem an. (vgl. Kipke 2010: 342) Die Partei SMER erkannte diese zunehmende Problemwahrnehmung auf diesem Gebiet und konnte mit ihrer sozialpopulistischen Rhetorik die Wähler mobilisieren. Die HZDS hingegen konnte mit ihrer Politik nicht mehr reüssieren und scheiterte letztlich auch am undemokratischen Stil und der autoritären Führung durch Mečiar. Dies hat wohl auch nicht zum Vertrauen der Bevölkerung in die Partei beigetragen. (vgl. Rybář 2008: 110- 111)

#### **4.2.2. Historisch- kulturelle Komponenten**

Setzt man sich näher mit den Entstehungshintergründen für den Erfolg populistischer Gruppierungen im nationalen Kontext auseinander, ist es unabdingbar sich auch mit der

---

<sup>5</sup> Diese Tendenz zur Korruption unterstreichen auch die Zahlen von „Transparency International“. Im Jahr 1998 erreichte man beim „Corruption Perceptions Index“ bei einer Skala von 1 (extrem anfällig für Korruption) bis 10 (korruptionsfreies Land) nur einen Wert von 3.9. Im Jahr 2010 ist dieser Wert mit 4.3 zwar geringfügig besser, trotzdem ist das Land immer noch anfällig für Korruption.(siehe Transparency International: <http://www.transparency.de/Korruptionsindices.382.0.html>)



Historie des Landes auseinanderzusetzen und sich anzusehen, welche Auswirkungen dies auf die politische Kultur hat und welche kulturellen Veränderungen in der Slowakei zum Aufstieg der Nationalpopulisten beigetragen haben.

Zeiten der Fremdherrschaft und die damit verbundene geringe demokratiepolitische Erfahrung sowie das Fehlen nationaler Identitäten haben ein Umfeld geschaffen, das den populistischen Akteuren in die Hände gespielt hat. Wie sich dies im Konkreten äußert, soll nun kurz erläutert werden.

Als Teil der ungarischen Monarchie stellte die Slowakei vom 10. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg nur eine kleine ungarische Provinz dar. (vgl. Carpenter 1997: 207)

Ein Nationalbewusstsein war daher beinahe inexistent. Auch wenn es im 19. Jahrhundert zu einem verstärkten Bewusstsein kam, so wurde dies durch den österreichisch- ungarischen Ausgleich wieder zerstört. (vgl. Carpenter 1997: 207)

In der Doppelmonarchie waren die Slowaken von der politischen Mitbestimmung so gut wie ausgeschlossen. „Under these conditions a political culture evolved that was passive and non- participatory, rooted in the traditional and agrarian values of the country.“ (Carpenter 1997: 208)

Auch in der Zwischenkriegszeit war das slowakische Volk „dominated by its Czech half“ (Carpenter 1997: 209) und es vermehrte sich die Frustration über die geringe nationale und politische Entwicklung. Auch wenn man zur NS- Zeit kurzzeitig unabhängig war, entwickelten sich nie größere Bewegungen, die eine komplette Unabhängigkeit forderten. (vgl. Carpenter 1997: 209)

Mit der Machtübernahme durch die Kommunisten gerieten die Slowaken wieder in Fremdherrschaft und im Gegensatz zu Ungarn oder Polen duldeten sie weniger Abweichung von der sowjetischen Linie. Man baute die traditionellen politischen Strukturen der Vorkriegszeit wieder auf und war darauf bedacht, die Masse vom politischen Leben auszuschließen. (vgl. Carpenter 1997: 209) Das kommunistische Regime schaffte eine tiefe Dichotomie zwischen ‚the moral non- Communist people‘ und der kommunistischen Elite und somit auch zwischen der Zivilgesellschaft und dem korrupten Staat. Dadurch bekam der Begriff Partei, der mit dem Staat in Verbindung gebracht wurde, auch eine sehr negative Konnotation und man bemühte sich nach dem Zusammenbruch des Systems als Anti-Partei aufzutreten. (vgl. Mudde 2002: 225) Dass die Menschen im Kommunismus bewusst vom politischen Leben ausgeschlossen wurden „gave rise to an intellectual variant of populism.“ (Mudde 2002: 224)

Carpenter kommt für die Zeit des Kommunismus daher zum Schluss: „In political terms, the communist period only reinforced Slovakia`s traditional political culture and hierarchical political institutions.“ (Carpenter 1997: 210)

Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes wurde der langen Epoche der Fremdherrschaft abrupt ein Ende gesetzt und ein Prozess der Nationalstaatsbildung in Gang gesetzt.

In diesen Zeiten der Nationalstaatsbildungsprozessen, Nationsfindungsprozessen und Minderheitenkonflikten lebte das unterdrückte nationale Bewusstsein in Osteuropa wieder auf und wurde von den nationalpopulistischen bzw. den extremistischen Akteuren geschürt. Die Parteien der Mitte hingegen versuchten dieses Thema zu meiden, weil sie den Anschluss an Gemeinschaften wie die EU und die NATO vorantreiben wollten. (vgl. Fröhlich- Steffen 2008: 309)

Gerade in der Slowakei, wo der Nationalstaatsbildungsprozess erst beendet wurde und die Slowaken nach langer Zeit der Fremdbestimmung auf der Suche nach einer neuen Identität waren, konnten nationale Ideen und Programme wirkungsvoll vermittelt werden und dienten auch als Legitimierung der unabhängigen Slowakei. (vgl. Fröhlich- Steffen 2008: 309) „So wurde die Mobilisierung nationaler Gefühle in der Slowakei besonders in den ersten Jahren der Unabhängigkeit dieses Staates zum roten Faden und ‚Erfolgsgarant‘ der Politik Vladimir Mečiar.“ (Fröhlich- Steffen 2008: 309) Richteten sich die nationalistischen Angriffe intern zunächst gegen die Tschechen, waren es nach der Trennung vor allem die ungarischen Minderheiten aber auch die Roma, die Opfer dieser Attacken wurden. Dass die Ungarn immer wieder Ziele nationalpopulistischer Attacken werden, liegt zu einem großen Teil in der Geschichte begründet.

So fiel auch Robert Fico vor der Wahl 2006 mit kritischen Tönen gegenüber den ungarischen Nachbarn auf. (vgl. Fröhlich- Steffen 2008: 309) Auch Slota von der extremistischen SNS, welche sowohl mit der HZDS als auch mit Ficos SMER bereits eine Koalition bildete, fällt immer wieder mit xenophoben Aussagen auf. So forderte er unter anderem die Sterilisierung der Roma und bezeichnete die Angehörigen der ungarischen Minderheit in der Slowakei als „krummbeinige Nomaden“ und „Schande Europas“. (vgl. Fröhlich- Steffen 2008: 309)

Der in der Geschichte begründete Mangel an Erfahrung mit Staatlichkeit und die fehlende nationale Identität stellten also eine bedeutende Herausforderung für die

Slowakei dar und kann die Anfälligkeit für den Nationalpopulismus teilweise erklären. (vgl. Kneuer 2005: 154) Autoritäre, anti-liberale und anti-politische Traditionen, die durch die lange Zeit der Fremdherrschaft gegeben waren, erleichterten zusätzlich den Aufstieg der populistischen Parteien. Staaten wie die Slowakei verfügen einfach kaum über demokratische Erfahrungen und so lässt sich auch die Fixierung auf starke, autoritäre Persönlichkeiten besser erklären. (vgl. Fröhlich- Steffen 2008: 310) Mečiar und auch Fico als charismatische Führungspersönlichkeiten mit ihren scheinbar einfachen Lösungen für komplexe Probleme werden diesen Ansprüchen gerecht und konnten beziehungsweise können die Massen mobilisieren. Dabei stützen sich beide auf den Nationalismus als „eine ideologische Form der kollektiven Identität, die gerade in Krisenzeiten, nach Auflösung früherer politischer und sozialer Bindungen, eine Identifizierung mit einer breiteren Gemeinschaft erleichtert und Sicherheit für verunsicherte Menschen schafft.“ (Bayer 2002: 269)

Aus diesen Gründen verwundert Carpenters Ansicht nicht, dass Staaten, die in ihrer Geschichte von Fremdherrschaft bestimmt waren, in der Regel anfälliger für nationalpopulistische Akteure sind. (vgl. Carpenter 1997: 218)

### **4.2.3. Politische Komponenten**

#### 4.2.3.1. Die Instabilität des Parteiensystems

Eine sehr wichtige Gelegenheitsstruktur stellen die instabilen politischen Verhältnisse in der Slowakei nach der Transformation dar. Wie in „allen postsozialistischen Staaten Ostmitteleuropas existierte im ersten Jahrzehnt der Transformation ein instabiles Parteiensystem, sichtbar in der hohen Wählerfluktuation, dem Entstehen und Verschwinden von Parteien, dieses führte zu instabilen Regierungen.“ (Segert 2006b: 4) Wie in den meisten osteuropäischen Staaten können die Parteien in der Slowakei nur bedingt ihre Funktion in einer repräsentativen Demokratie erfüllen und es bildet sich der Parteytyp der „professionellen Wählerpartei“ heraus. Diese Parteien können ihre Wähler nur selten über längere Zeiträume an sich binden und für ihre Politik mobilisieren. (vgl. Segert 2011: 59) Die Wählervolatilität ist in den Staaten Osteuropas daher auch ungleich höher als in Westeuropa. So ist der Wechsel von Parteipräferenzen im Osten Europas etwa doppelt so hoch wie in Westeuropa. Rund ein Drittel der Wähler votiert

jedes Mal für eine andere Partei. (vgl. Lang 2005: 152) In der Slowakei liegt die durchschnittliche Volatilität auch bei ungefähr einem Viertel der Wahlberechtigten. (vgl. Segert 2006b: 5)

Doch auch auf Seiten der politischen Vertreter gibt es eine große Fluktuation. Selbst Wahlsieger verschwinden in Osteuropa oft noch vor der nächsten Legislaturperiode von der Bildfläche und Abspaltungen stehen und standen auf der Tagesordnung. (vgl. Lang 2005: 152) Tabelle 2 zeigt uns, dass in der Slowakei seit 1990 in jeder Legislaturperiode mindestens rund 10 % bis maximal knapp 30 % der Abgeordneten aus ihrer Fraktion ausgetreten sind. Diese Austritte mündeten oft auch in neuen Parteigründungen seitens der Abtrünnigen. Alleine die HZDS erlebte bis 2006 insgesamt 4 Parteiabspaltungen. Auch die SDL' erlebte bis dahin schon 3 Abspaltungen. Dies sind jedoch nur einige Beispiele, denn beinahe alle Parlamentsparteien haben solche Prozesse schon erlebt.

Zusammenfassend kann man sagen: „The party systems in the region are still in a state of flux, and the electoral behaviour is characterized by a great deal of volatility. This makes the political system vulnerable to various kinds of populist movements, including those of antidemocratic hue.” (Berglund zit. nach Segert 2006b: 5)

**Tabelle 2:**

**Fluktuation der Abgeordneten von Parlamentsparteien**

	<b>1990- 1992</b>	<b>1992- 1994</b>	<b>1994- 1998</b>	<b>1998- 2002</b>	<b>2002- 2006</b>	<b>2006- 2010</b>
<b>Zahl der fluktuierenden Abgeordneten</b>	44	25	14	37	29	1*
<b>Anteil an allen Abgeordneten</b>	29,3 %	16,7 %	9,3 %	24,7 %	19,3 %	0,67 %

Quelle: Rybář 2008: 112, \*Stand Oktober 2007

4.2.3.2. Politik(er)verdrossenheit und Demokratiemüdigkeit

Im dritten Kapitel dieser Arbeit wurden bereits postdemokratische Entwicklungen in Europa und dem Rest der Welt angesprochen. Es wurde festgestellt, dass mehr und

mehr Länder auf der Welt demokratische Grundelemente kennen, jedoch die fehlende Teilhabe der Bevölkerung diese Demokratie in Gefahr bringt. Auch in Osteuropa sind heute diese formalen Kriterien einer Demokratie erfüllt und dennoch können wir eben nicht von einer vollständigen Konsolidierung der Demokratien in diesem Teil Europas sprechen. Schließlich handelt es sich „um eine politische Ordnung, der größere Teile der Bevölkerung zunehmend gleichgültig gegenüberstehen.“ (Segert 2006a) Diese Gleichgültigkeit äußert sich vor allem in einer sehr geringen Wahlbeteiligung und in einem bedenklichen Vertrauen in politische Institutionen, allen voran in politische Parteien und das Parlament. (vgl. Lang 2005: 152)

In der Slowakei können wir diese Entwicklungen sehr deutlich wahrnehmen. Sieht man sich die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Tabelle 3 an, erkennt man ein starkes Abnehmen der Beteiligung seit 1990. Einzig bei der letzten Wahl im Jahre 2010 ist die Wahlbeteiligung gegenüber der vorangegangenen Wahl im Jahr 2006 leicht angestiegen. Um von einem positiven Trend zu sprechen, ist es wohl noch zu früh. Es wird interessant zu sehen, wie sich die Wahlbeteiligung bei der vorgezogenen Wahl 2012 entwickelt.

**Tabelle 3:**

**Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Slowakei**

	<b>1990</b>	<b>1992</b>	<b>1994</b>	<b>1998</b>	<b>2002</b>	<b>2006</b>	<b>2010</b>
<b>Wahlbeteiligung in %</b>	95,4 %	84,2 %	75,7 %	84,2 %	70 %	54,7 %	58,8 %

Quelle: Eigene Zusammenstellung, Daten aus „Parties and Elections in Europe“

<http://www.parties-and-elections.de/slovakia.html>

Auch das mangelnde Vertrauen in die Parteien und in das Parlament lassen sich anhand einiger Daten aus den Statistikportalen des „World Value Survey“ und des „Eurobarometer“ widerspiegeln. So vertrauten laut den Daten aus dem „World Value Survey“ am Beginn der Transformation im Jahr 1991 nur 29 % dem Parlament. 1998 vertrauten dieser Institution auch nur 31 %. Der Regierung vertrauten damals 43 % und den Parteien immerhin 23 %. (vgl. World Value Survey) Laut Eurobarometer nahm das Vertrauen in der Folge sogar noch ab und im Frühjahr 2004 vertrauten nur 19 % dem Parlament und 17 % der Regierung. Den politischen Parteien trauten damals nur 8 %. (vgl. Eurobarometer) Die Ursache für diese Ablehnung gegenüber den Parteien ist

zumindest zum Teil durch die kommunistische Vergangenheit zu erklären. Die Mitgliedschaft zu einer Partei war oft mit Zwang verbunden und die Bevölkerung sieht in den Parteien eher „Instrumente, die den Politikern dazu dienen, ihre eigenen egoistischen Interessen durchzusetzen. Sie gelten als vornehmliche Quelle der Korruption, des Klientelismus und des Machtmissbrauchs“. (Mesežnikov 2008b: 124) Zwar verzeichnete das Vertrauen in die politischen Institutionen in den letzten Jahren wieder einen Anstieg, jedoch zeigt sich weiterhin ein großes Maß an Misstrauen. Im Frühjahr 2011 lagen die Vertrauenswerte für das Parlament und die Regierung bei ca. 36 %. Somit bringt nur etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung den wichtigsten politischen Institutionen ein Vertrauen entgegen. (vgl. Eurobarometer)

So verwundert es auch nicht, dass die Zufriedenheit mit dem politischen System an sich eher niedrig ist. 1999 gaben 46 % der Slowaken an, mit der Demokratie und dem politischen System an sich nicht zufrieden zu sein. (vgl. Plasser/ Ulram 2001: 231) Thieme und Jesse haben aufgrund von Daten aus den Eurobarometer- Umfragen eine Einteilung der EU- Staaten bezüglich ihrer Demokratiezufriedenheit erstellt. Die Slowakei findet sich bei der Dreiteilung in „hohe Demokratiezufriedenheit“, „mittlere Demokratiezufriedenheit“ und „niedrige Demokratiezufriedenheit“ in der schlechtesten Kategorie. (vgl. Jesse/ Thieme 2011: 435) Nur ein Viertel der Bevölkerung bewertet dabei das demokratische System als besser gegenüber dem früheren Sozialismus. (vgl. Thieme 2011: 347)

Die Analyse der sozioökonomischen, historisch-kulturellen und politischen Komponenten hat uns gezeigt, dass kontextbezogene Faktoren beim Aufstieg des Populismus durchaus eine Rolle spielen. Die von Fremdherrschaft geprägte Geschichte und hier vor allem die kommunistische Zeit haben Spuren einer politischen Apathie und einer Identitätskrise hinterlassen. Den folgenden Transformationsprozess beschriftet die Slowakei unter sehr ungünstigen Bedingungen und dies nutzte die nationalpopulistische HZDS aus. Die Slowakei kann damit als Beispiel gelten, dass es einen „Zusammenhang zwischen schwierigen oder defizitären Transformationsverläufen und einer Begünstigung populistischer Führer und Bewegungen“ gibt. (vgl. Kneuer 2005: 153)

Heute erkennen die Leute, dass die Transformation viele Verlierer und wenige Gewinner gebracht hat. Die korrupte politische Elite gehört zum kleinen Teil der Gewinner und der Partei SMER gelingt es mit ihren sozialpopulistischen Mitteln große

Teile der unzufriedenen Wähler zu mobilisieren. Dass die Partei keine sozialdemokratische Kraft darstellt, als die sich selbst gerne sieht, zeigte sich spätestens in ihrer Regierungszeit von 2006- 2010. So sei SMER „ein politisches Projekt, das auf persönlichen Machtambitionen des ehemaligen Stellvertreters der demokratischen Linken (SDL’), Robert Fico, und wirtschaftlichen Interessen einer kleinen Gruppe von Unternehmern basierte, die während Vladimír Mečiar’s Amtszeit dank der ungezügelter Privatisierung und großzügigen Staatsbestellungen reich geworden waren.“ (Mesežnikov 2011: 144)

## **5. Populismus in Österreich**

Dieses Kapitel wird nun näher auf die Gegebenheiten hinsichtlich des Populismus in Österreich eingehen.

So wird zunächst die Rolle der nationalpopulistischen „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) im Parteiensystem nach 1945 thematisiert. Entgegen vielen anderen populistischen Parteien in Westeuropa ist die FPÖ keine neue Partei, sondern machte unter dem Obmann Jörg Haider ab 1986 einen Wandel von einer liberal orientierten Partei zu einer nationalpopulistischen Partei durch.

Ein in diesem Abschnitt angelegtes Parteienportrait der FPÖ soll zeigen, warum die Partei seither als nationalpopulistisch eingestuft werden kann, wie sie die Gelegenheitsstrukturen für sich nutzen konnte und welche Rolle die bedeutendsten FPÖ- Obmänner Haider und Strache spielten.

Die Gründe für den rasanten Aufstieg der FPÖ nach 1986 sind das Thema im letzten Abschnitt des Kapitels. Die speziellen soziökonomischen, kulturellen und politischen Aspekte werden wieder herausgearbeitet und sollen verdeutlichen, warum es der FPÖ möglich war innerhalb weniger Jahre von einer Kleinstpartei zur zweitstärksten Kraft im Land aufzusteigen.

### **5.1. Populistische Parteien im Parteiensystem Österreichs**

Das Parteiensystem der Zweiten Republik in Österreich war bis Anfang der 1970er Jahre stark geprägt von der „Lagerkultur“, die ihren Ursprung schon in den Spannungsfeldern der ersten Republik hat. Die drei Konfliktlinien, die bis in die 70er dominant waren, sind zum einen die konfessionelle Konfliktachse (katholisches versus laizistisches Milieu), die sozioökonomische (Sozialstaatliche Absicherung versus starke marktwirtschaftliche Ausrichtung) und in abgeschwächter Form die deutschnationale versus österreichnationale Spannungslinie (vgl. Plasser/ Ulram 2006a: 352) „Entlang der beiden erstgenannten Cleavages formierten sich die beiden dominanten politischen Lager, die Subkulturen mit starken emotionalen, weltanschaulichen und organisatorischen Bindungen darstellten.“ (Plasser/ Ulram 2006a: 352) Die beiden Parteien „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ (SPÖ) und die „Österreichische Volkspartei“ (ÖVP), die für diese beiden Lager stehen, „waren in bewusster



Anknüpfung an die Tradition der Parteien der Ersten Republik gegründet worden und zeigten Elemente der Kontinuität nicht nur in Spitzenfunktionen und in der Sozialstruktur ihrer Mitglieder, sondern insbesondere auch in der Programmatik.“ (Berger 1996: 19) Für das dritte Lager zeichnet sich die FPÖ ab 1956, die aus dem „Verband der Unabhängigen“ (VDU) hervorging, verantwortlich. Die Partei reduzierte in der Zweiten Republik „die großdeutsche Idee im wesentlichen auf ein Bekenntnis zur deutschen Kulturgemeinschaft.“ (Berger 1996: 10) Lange Zeit blieb das dritte Lager aber relativ erfolglos. Darum sprach man bis in die 1970er Jahre von einem Zweieinhalbparteiensystem bzw. einem „hinkendem“ Dreiparteiensystem. (vgl. Plasser/ Ulram 2006a: 355) Erst später wurde die Dominanz der beiden Großparteien von den Grünen und vor allem der FPÖ, die einen programmatisch-ideologischen Wechsel zum Nationalpopulismus vollzog, gebrochen. Den Aufstieg der FPÖ unter Haider und somit das Aufbrechen des starren Parteiensystems sieht Pelinka als „Antwort auf die schrittweise Anpassung an die europäische Norm. [...] Der Aufschwung, den die FPÖ ab 1986 nahm, ist daher Teil des Aufbrechens der Parteienkonzentration- und nicht eine Antwort darauf.“ (Pelinka 2002a: 5)

Generell lässt sich die Entwicklung des österreichischen Parteiensystems in fünf Phasen gliedern, wobei in dieser Arbeit vor allem die vierte und fünfte Phase von Relevanz sind und detaillierter beschrieben werden. Für das bessere Verständnis werden aber auch die anderen Phasen kurz skizziert:

In der ersten Phase unmittelbar nach Kriegsende wurden von den Besatzungsmächten bundesweit nur die Kandidaturen von ÖVP, SPÖ und der „Kommunistischen Partei Österreichs“ (KPÖ) zugelassen. Die knapp 500.000 ehemaligen NSDAP-Mitglieder und andere als belastet eingestufte Personen waren zu dieser Zeit vom Wahlrecht ausgeschlossen. (vgl. Plasser/ Ulram 2006a: 355; Berger 1996: 15)

Die zweite Phase ist jene von den späten 1940er bis zu den frühen 1950er Jahren, in denen sich das traditionelle dritte, deutschnationale Lager zum VDU zusammenschloss und als WDU 1949 mit 11,7 % der Stimmen ins Parlament einzog. (vgl. Plasser/ Ulram 2006a: 355; Berger 1996: 15)

In der dritten Phase von Mitte der 1950er Jahre bis Anfang der 1980er Jahre galt das Parteiensystem als konsolidiert und es traten nur wenige Herausforderer der Parlamentsparteien an. Nach dem Ausscheiden der KPÖ verblieben nur mehr die beiden

Großparteien SPÖ und ÖVP und die kleinere FPÖ im Parlament. (vgl. Plasser/ Ulram 2006a: 355; Berger 1996: 15)

In der vierten Phase, die mit den frühen 1980er Jahren beginnt, versuchen wieder vermehrt nicht etablierte Parteien im Parlament Fuß zu fassen. Mit dem Einzug der Grünen 1986 und der Abspaltung von fünf Abgeordneten der FPÖ, die als „Liberales Forum“ (LIF) 1993 auch den Sprung ins Parlament schafften und 1999 wieder ausschieden, waren im österreichischen Parlament erstmals fünf Parteien vertreten. 1986 war auch das Jahr, in dem Jörg Haider den Vorsitz in der FPÖ übernahm und seine Partei fortan einen nationalpopulistischen Kurs verfolgte. (vgl. Plasser/ Ulram 2006a: 355) Von 1983 an war die FPÖ auch erstmalig in einer Koalition mit der SPÖ. Der damalige SPÖ-Vorsitzende Vranitzky betrachtete die FPÖ unter Haider aber als nicht regierungsfähig und löste die Regierung auf. (vgl. Decker 2000: 112) Damit begann der Aufstieg der FPÖ, die bei den vorgezogenen Wahlen 1986 immerhin 9,7 % der Stimmen für sich gewinnen konnte. Es folgte eine Erfolgsserie, die FPÖ gewann bei jeder regionalen Wahl an Stimmen hinzu und wollte sich als eigenständige Machtalternative etablieren. Als sie 1990 tatsächlich 16,6 % der Stimmen gewinnen konnte, wurde die FPÖ mit ihrer nationalpopulistischen Politik, die sich vor allem gegen die Eliten der Großparteien und auch Ausländer wandte, zu einem ernstesten Gegner für SPÖ und ÖVP. (vgl. Decker 2000: 112) Durch die Wahlerfolge wurde auch die Machtposition Haiders gestärkt und es gelang ihm, den liberalen Flügel zu entmachten. Diese Kräfte verließen die Partei schließlich und Heide Schmidt gründete das „Liberales Forum“. (vgl. Decker 2000: 112) Dem Erfolg der FPÖ tat dies keinen Abbruch und 1999 wurde sie mit 26,9 % der Stimmen zweitstärkste Partei. (vgl. Plasser/ Ulram 2006a: 355)

Die fünfte Phase beginnt mit dem Regierungseintritt der FPÖ im Jahr 2000. Nach anfänglicher Stabilität war die FPÖ von internen Streitereien zerrissen und nach dem Bruch der Koalition kam es zu großen Veränderungen bei den Kräfteverhältnissen im Parlament. Die FPÖ stürzte auf 10 % ab und das Parteiensystem näherte sich „tendenziell dem Format der frühen achtziger an“. (Plasser/ Ulram 2006a: 356) Die internen Streitereien, die in Kapitel 5.3. näher beschrieben werden, führten schließlich zur Abspaltung einiger Abgeordneter der FPÖ und zur Gründung des BZÖ. Weil die neue Partei den Einzug ins Parlament auf Anhieb schaffte und es eine rasche Erholung der FPÖ gab (siehe Tabelle 4), begann sich diese Entwicklung aber schnell wieder umzukehren und die Kräfte abseits der SPÖ und ÖVP wurden wieder stärker.

**Tabelle 4:**

**Ergebnisse der populistischen Partei FPÖ bei Parlamentswahlen ab 1986**

Partei	1986	1990	1994	1995	1999	2002	2006	2008
<b>FPÖ</b>	9,7 %	16,6 %	22,5 %	21,9 %	26,9 %	10 %	11 %*	17,5%
<b>Wahlbeteiligung</b>	90,5 %	86,1 %	81,9 %	86 %	80,4 %	84,3 %	78,5 %	78,8 %

Quelle: Eigene Zusammenstellung, Daten aus „Parties and Elections in Europe“

\*erste Nationalratswahl nach der Abspaltung des BZÖ

<http://www.parties-and-elections.de/austria.html>

Wie die Politik der Freiheitlichen im konkreten aussieht zeigt das folgende Parteienportrait. Dieses soll auch verdeutlichen, warum die Partei als nationalpopulistisch eingestuft werden kann.

### **5.1.1. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)**

#### 5.1.1.1. Kurzer geschichtlicher Überblick und Wahlergebnisse der Partei

Im Gegensatz zu vielen anderen populistischen Parteien stellt die FPÖ keine neue Partei dar und ist schon 1956 nach der Auflösung der Vorgängerpartei „Verband der Unabhängigen“ (VdU) gegründet worden. Daher steht sie geschichtlich gesehen auch für das dritte Lager in Österreich. (vgl. Manoschek 2002: 5)

Bis zu Jörg Haiders Antritt waren die Stimmenanteile der Partei aber eher gering und bewegten sich um die 6 %. (vgl. Pelinka 2002a: 5) Unter Steger, der eine gewisse liberale Wende ab 1983 vornahm, übernahm man kurzfristig auch Regierungsverantwortung in einer Koalition mit der SPÖ. Mit der Machtübernahme in der FPÖ durch Haider 1986 fand diese jedoch ein schnelles Ende. (vgl. Fröhlich-Steffen 2006: 150) Haider setzte sich am Parteitag des 14.9.1986 in einer Kampfabstimmung mit 59,5 % zu 40,5 % gegen den bisherigen Obmann Steger durch. (vgl. Bailer- Galanda/ Neugebauer 1997: 34) Mit dem Wechsel an der Spitze der FPÖ und der populistischen Neuausrichtung der Partei begann der rasante Aufstieg der FPÖ. Nach der Aufkündigung der Regierung zwischen SPÖ und FPÖ aufgrund dieses Machtwechsels, bekam die FPÖ bei den Nationalratswahlen 9,7 % der Stimmen. (vgl. Pelinka 2002a: 5)

Schon 1990 erhielt man 16,6 % der Stimmen und die innenpolitische Bedeutung der FPÖ nahm unter Jörg Haider stark zu. Bei den Wahlen 1994 und 1995 erhielt man jeweils ca. 22 % und wurde drittstärkste Kraft in Österreich. Für viele galt die Partei aber nicht zuletzt wegen der Person Jörg Haiders als nicht mehr regierungsfähig. (vgl. Pelinka 2002a: 5 f.)

So verblieb die Partei bis zur Wahl 1999 in der Opposition, wo sie doch etwas überraschend mit knapp 27 % der Stimmen hauchdünn zur zweitstärksten Kraft noch vor der ÖVP aufstieg. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 48)

Mit dieser Wahl kam es zur blau-schwarzen Wende in Österreich: die FPÖ war erstmals unter Haider in der Regierung und zwar unter dem schwarzen Kanzler Wolfgang Schüssel. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 48)

Auch wenn Haider ab diesem Zeitpunkt nicht mehr Obmann der Partei war, prägte er die Partei weiterhin sehr stark und wurde als Leader der Partei wahrgenommen.

Dies führte auch zu internen Auseinandersetzungen und Machtkämpfen innerhalb der FPÖ, was schließlich zum Scheitern der Koalition führte. Die FPÖ sackte bei den vorgezogenen Wahlen 2002 auf 10 % ab. Dennoch wurde erneut eine Koalition mit der aus den Wahlen gestärkt hervorgegangenen ÖVP beschlossen. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 48)

Im April 2005 kam es dann zum endgültigen Bruch zwischen dem Haider- Flügel der FPÖ und den anderen Parteimitgliedern. Haider und das gesamte Regierungsteam spalteten sich von der FPÖ ab und gründeten das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ). (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 49)

Die FPÖ, die seitdem mit Strache einen neuen starken Mann an der Spitze hat, erholte sich in der erneuten Oppositionsrolle überraschend rasch von diesen Zerwürfnissen und konnte 2006 11 % der Stimmen erlangen, 2008 schon 17,5 %. (vgl. Parties and Elections 2011)

#### 5.1.1.2. Die Parteiorganisation

Organisatorisch versucht sich auch die FPÖ eher als Bewegung denn als etablierte Partei darzustellen. Aus diesem Grund hat Jörg Haider versucht, Mitte der 1990er Jahre die Partei in eine F- Bewegung umzuwandeln. (vgl. Heinisch 2004: 252)

Die Idee der „Freiheitlichen Bewegung 1998“ mit der damit verbundenen Idee der Zurückdrängung der Parteigremien und Funktionäre scheiterte jedoch kläglich und man kehrte zum alten Modell zurück. (vgl. Bailer- Galanda/ Neugebauer 1997: 42 f.)

Auch bei der FPÖ fällt zudem der extreme Führerkult sofort ins Auge. Jörg Haider und heute Heinz- Christian Strache stehen synonym für die Ideen der Partei und verkörpern sie. „Davon abhängig bewirken weiters die Notwendigkeit andauernder Loyalitätsbezeugungen, die ständige Rotation der Funktionäre sowie die Abstimmung inhaltlicher Positionen mit dem quasi allein entscheidenden Führer eine De-Institutionalisierung der Partei und Verkümmern der Gremien.“ (Heinisch 2004: 252) Ähnlich wie Mečiar verlangen eben auch Haider und Strache treue Gefolgschaft und Gegner und Kritiker in der Partei werden schnellstmöglich aus der Partei entfernt. (vgl. Bailer- Galanda/ Neugebauer 1997: 35- 36) Seinen autoritären Stil innerhalb der Partei brachte Haider auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck. So betonte er in einem Interview mit dem Standard aus dem Jahre 1995: „Wer meine Linie nicht vertreten kann, soll sich eine andere Partei suchen.“ (Haider im Standard am 13.12.1995 zit. nach Bailer- Galanda/ Neugebauer 1997: 37) Die Ernsthaftigkeit dieser Aussage verdeutlicht sich auch durch die Liste der Personen, die im Laufe der Obmannschaft Haiders von 1986 bis 2000 aus der FPÖ ausgetreten sind, ausgeschlossen wurden oder sich aber selbst zurückzogen. Diese umfasst unter anderem drei Ex- Bundesparteivorsitzende sowie acht ehemalige Landespartei- oder Fraktionsvorsitzende. (Gärtner/ Pallaver 2006:109) Mit den Wahlerfolgen im Rücken konnte Haider auch den liberalen Flügel der FPÖ entmachten und deren Vertreter wurden nach und nach aus den Ämtern gedrängt. Angeführt von der bekanntesten Vertreterin dieser Gruppe, Heide Schmidt, trat dann auch dieser Teil aus der Partei aus und gründete 1993 das „Liberale Forum“ (LIF). (vgl. Terplak 2008: 46)

Prinzipiell zeichnet die Partei bis heute eine sehr geringe Organisationsdichte im Vergleich zu den anderen beiden großen Parteien in Österreich aus. Die Distanz zum Zentrum der österreichischen Konkordanzdemokratie mag einer der Gründe dafür sein (vgl. Pelinka 2002b: 284) „Diese geringe Organisationsdichte war aber für die populistische Beweglichkeit der FPÖ ab 1986 offenkundig von Vorteil.“ (Pelinka 2002b: 284)

So war und ist die FPÖ bis heute eher eine Wähler- und keine Mitgliederpartei. Der Mitgliederstand ist auch nach der Machtübernahme Haiders nur gering angewachsen,

nämlich von 36.638 (1986) auf 44.541 Mitglieder (1996) und der Organisationsgrad ist sogar leicht zurückgegangen. (vgl. Bailer- Galanda/ Neugebauer 1997: 43)

#### 5.1.1.3. Programmatisch- ideologische Ausrichtung

Programmatisch zeigt gerade die FPÖ nach 1986, dass populistische Parteien eine große Wandlungsfähigkeit besitzen und sich wie es Taggart nennt, chamäleonartig an neue Situationen anpassen können. (vgl. Taggart 2000: 4) Beispielhaft dafür ist der gelungene Wandel der FPÖ von einer deutschnationalen Partei zu einer patriotischen Österreich- Partei Anfang der 1990er Jahre. So bezeichnete Haider Österreich 1988 noch als „ideologische Missgeburt“ und streifte immer wieder die Rhetorik des Rechtsextremismus bzw. des Neonationalsozialismus. Als Haider erkannte, dass mit dieser Haltung das Wählerpotenzial der FPÖ eher gering ist, änderte er die Linie der Partei radikal. Seit Mitte der 1990er Jahre betont die FPÖ ihren Patriotismus und bekennt sich zu den Werten und Traditionen des Heimatlands Österreich (vgl. Riedlsperger 1998: 31) Gleichzeitig gelang es der Partei in den 1990er Jahren auch, sich für Wähler aus den niedrigeren Bildungsschichten zu öffnen. Dieser „Wählertausch weg vom traditionellen rechts- und wirtschaftsliberalen, mittelständischen Spektrum war wahltaktisches Kalkül.“ (Heinisch 2004: 254) Dass dieser Schachzug trotz der damit verbundenen Abspaltung der Liberalen aufging und man viele enttäuschte SPÖ- Wähler für sich gewinnen konnte, sieht man auch in Kapitel 5.3.4.

Dass sich die Partei dabei seit 1986 populistischer Mittel bedient, bestreitet Jörg Haider nicht einmal. Vielmehr bemühte er sich selbst als populärer Politiker darzustellen, denn: „Populismus ist nichts anderes als eine dem Volk verbundene Politik.“ (Haider zit. nach Reisingl 2002: 154) Dieser Satz fällt in der sehr aufschlussreichen Rede „Zur Lage der Republik und zur Situation der FPÖ“ im November 1999. Diese Rede spiegelt sehr gut wider, wie Haiders Partei versucht, sich als Anwalt des Volkes zu inszenieren. Dabei richtet sich die Kritik vor allem gegen die beiden Traditionsparteien SPÖ und ÖVP, dessen Macht man brechen will. Dessen Vertreter bezeichnet Haider unter anderem als die „Herrschenden im Elfenbeinturm“ bzw. die Personen der „herrschenden Klasse“, dem das „Volk lästig ist“ und das sich mittels der FPÖ wieder Gehör verschaffen kann. (Haider zit. nach Reisingl 154 f.)

Haider und seine FPÖ treten aber nicht nur gegen die Elite an, sondern man verwehrt sich auch gegen pluralistische Ansätze, die eben dieses homogene Volk gefährden

könnten. (vgl. Heinisch 2004: 253) In den 1990er Jahren tritt die Partei vermehrt gegen Internationalismen auf, wehrt sich gegen eine globalisierte Welt und auch gegen undurchschaubare Zusammenschlüsse wie die EU. Parteien wie die FPÖ stellen das Prinzip der Gleichheit und Gleichwertigkeit der Menschen infrage und erkennen Unterschiede der Menschen vor allem im kulturellen Bereich. (vgl. Heinisch 2004: 253) Eine Vermischung der verschiedenen Kulturen berge Gefahren in sich und daher gelte es den eigenen Ethos vor anderen zu schützen. (vgl. Heinisch 2004: 253) Die FPÖ spricht dabei vor allem von der Abwehr gegen den Islam und von der Verteidigung „abendländischer Werte“, wie es im Parteiprogramm von 2011 bezeichnet wird. (vgl. Heinisch 2004: 256) Haider drückt dies in seinem Buch „Befreite Zukunft jenseits von rechts und links“ sehr drastisch aus: „Denn die größten Bedrohungen im kommenden Jahrhundert/Jahrtausend gehen von Migrationsströmen und von einem aufkommenden Fundamentalismus aus, der in einen regelrechten Krieg der Kulturen ausarten kann.“ (vgl. Haider 1998: 13)

Die FPÖ versucht sich also als Bewegung zu inszenieren, die an der Seite des Volkes gegen die politische Klasse in Form von SPÖ und ÖVP kämpft und die die Gemeinschaft auch nach außen vor Zuwanderern und anderen globalen Bedrohungen wie die EU beschützt. (vgl. Probst 2003: 118) Neben dem Fokus auf Fragen wie Zuwanderung, Steuerpolitik, der Entbürokratisierung des Staates, der Liberalisierung des Marktes und der Kriminalitätsbekämpfung ist sie deshalb auch bemüht, sich als Bewegung darzustellen, die für mehr Bürgerbeteiligung eintritt. (vgl. Probst 2003: 120) Die FPÖ kann aufgrund dieser programmatisch- ideologischen Ausrichtung als nationalpopulistisch eingestuft werden.

Mit dem Regierungseintritt der FPÖ als Juniorpartner der ÖVP im Jahr 2000 konnte man diese Politik aber kaum noch fortführen. Denn die oft kritisierten politischen Entscheidungsträger stellten sie nun selbst und die Erwartungen der Funktionäre und Wähler war groß. Denn es konnten „nun die über Jahre hinweg gestellten Forderungen an ‚die da oben‘ endlich verwirklicht werden.“ (Gärtner/ Pallaver 2006: 104) Auch wenn Haider betonte, man gehe vorurteilsfrei an die Arbeit und sei längst nicht Teil der politischen Klasse, emanzipierte sich die FPÖ in der Regierung rasch von Haider und passte sich den Gegebenheiten der politischen Elite an. (vgl. Probst 2003: 125) Dies führte auch zu immer größeren Spannungen in der Partei. Die Vizekanzlerin und de jure Parteiobfrau der FPÖ zu dieser Zeit, begann sich immer mehr von Haider zu emanzipieren. Wie bereits angesprochen, konnte man auch die Protesthaltung der Partei

in der Regierung nicht mehr aufrechterhalten. So musste die FPÖ in gewissen Fragen klar Stellung beziehen. Als Haider dies erkannte, nämlich dass er persönlich an Macht innerhalb der Partei verliert, die Haltung der Regierungsmitglieder mit großen Vertrauensverlusten für die FPÖ verbunden ist und lediglich der Regierungspartner ÖVP von der Zusammenarbeit profitiert, provozierte Haider einen parteiinternen Richtungsstreit zwischen Regierungsmitgliedern und seinen Gefolgsleuten. (vgl. Heinisch 2004: 257- 258) Er versuchte von Kärnten aus, wo er als Landeshauptmann fest im Sattel saß, „Oppositionspolitik zur eigenen Regierung zu machen.“ (Heinisch 2004: 258) Der Druck von Haider wurde immer größer und als dieser unerträglich wurde, traten die damalige Parteivorsitzende und Vizekanzlerin Susanne Riess- Passer und die anderen FPÖ-Minister zurück. (vgl. Stöss 2006: 541) Bundeskanzler Schüssel von der ÖVP kündigte daraufhin die Koalition auf und es kam zu Neuwahlen, in denen die FPÖ auf 10 % abstürzte. Dennoch kam es zu einer Neuauflage der schwarz-blauen Koalition und Haider vollzog aufgrund weiterer Niederlagen bei Regionalwahlen einen Richtungswechsel. Er setzte sich fortan für eine konstruktive Regierungsarbeit ein. Der rechte Flügel rund um Strache lehnte eine Regierungsbeteiligung aber strikt ab. (vgl. Stöss 2006: 541) Als sich 2005 andeutete, dass der Wiener FPÖ- Obmann Strache sich beim nächsten Parteitag um die Führung der Partei bewerben könnte, forderten die Haider- Gefolgsleute ein erneutes Comeback Haiders an der Spitze. Dieser wollte sich aber wohl einer möglichen Kampfabstimmung entziehen und es kam zu einer Spaltung der Partei. Haider gründete das BZÖ und alle Regierungsmitglieder sowie die meisten Nationalratsabgeordneten wechselten geschlossen zu dieser neuen Partei.(vgl. Gärtner/ Pallaver 2006: 110) Damit war der Weg für Strache in der FPÖ frei und man befand sich nun wieder in Opposition und konnte mit altbekannter nationalpopulistischer Politik überraschend bald zu alter Stärke zurückfinden. Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise finden die populistischen Argumente des charismatischen Strache bei den jungen Wählern wieder Anklang und in Umfragen kann man bereits Werte erreichen, die bei der erfolgreichsten Wahl 1999 erzielt wurden. Strache setzt dabei auf die nationalpopulistische Politik, die sie vor Regierungseintritt so stark gemacht hat. Mit einer ablehnenden Haltung gegenüber anderen Kulturen inszeniert sich die FPÖ wieder als Vertreter des Volkes, die sich gegen den rot-schwarzen Proporz und die EU zur Wehr setzt und sich für mehr direkte Demokratie einsetzt. Dies bringt Heinz- Christian Strache bei einer Rede im Parlament zum Thema direkte Demokratie auch klar zur Sprache:



„Die Österreicher haben die demokratische Reife, die Sie vonseiten der SPÖ und der ÖVP vielleicht noch nicht haben. Diese demokratische Reife fehlt Ihnen vielleicht, der österreichischen Bevölkerung mit Sicherheit nicht! Sie leben geistig leider Gottes in vielen Bereichen noch immer in Ihren alten Proporzmustern und sind verstrickt in Ihrem Proporzdenken. [...]Mit dem Bevormundungsstaat rot-schwarzer Prägung muss endlich Schluss sein! (Beifall bei der FPÖ.) Das ist auch genau das, was die Menschen und Bürger von uns erwarten. Sie wollen, dass auch Sie einmal bereit sind, von Ihren alteingefahrenen und verfahrenen Prozessen abzugehen, endlich einmal bereit sind, eine neue Zeit im Bereich der Demokratie und der Demokratieentwicklung einzuläuten.“ (Strache 2011)

Bis heute vertritt das BZÖ hingegen „eine diffuse Mischung aus nationalliberalen, sozialliberalen und neoliberalen Positionen“ (Stöss 2006: 541) und ist seit dem Tod Haider noch zerrissener. Mit der de facto- Rückkehr der wichtigen Kärntner Landesgruppe zur FPÖ, die bis kurz nach dem Tod Haider dem BZÖ treu blieb, scheint die FPÖ auch endgültig den in den Medien viel zitierten Kampf um das freiheitliche Erbe gegen das BZÖ gewonnen zu haben.

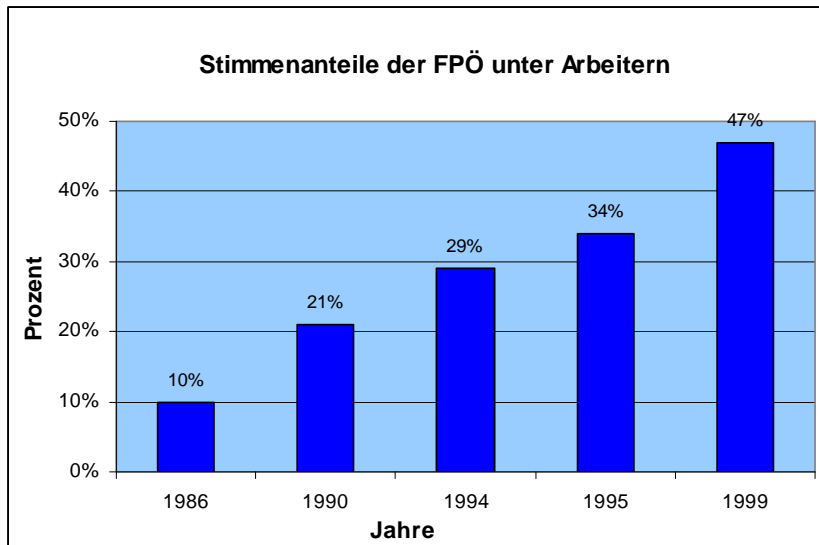
#### 5.1.1.4. Wahlsoziologische Betrachtung

Die Wählerschicht der FPÖ hat sich im Laufe der Zeit stark verändert. So ist es Jörg Haider gelungen, in neue Wählerschichten vorzustoßen und für ein größeres Spektrum wählbar zu werden. (vgl. Probst 2003: 122) Während man zunächst noch auf enttäuschte ÖVP- Wähler abzielte, konnte man schon bald massiv ins Lager der SPÖ- Wähler vorstoßen. (vgl. Probst 2003: 122) 1999 wählten schließlich 47 % der Arbeiter die Freiheitlichen und man ist von einer kleinen „bürgerlich- bäuerlichen Honoratiorenpartei zu einer Arbeiterpartei geworden.“ (vgl. Pelinka 2002b: 285; siehe Tabelle 5)

Dies gelang vor allem durch den Schwenk hin zur nationalpopulistischen Politik mit dem Fokus auf das Thema Immigration, das Haider aufgegriffen hat und Strache weiter forciert hat. Die damit verbundene Abspaltung der liberalen Kräfte und somit auch der Verlust dieser kleinen liberalen Wählergruppe waren unter diesen Umständen leicht zu akzeptieren.

Neben den Arbeitern wählen heute vor allem jüngere Männer, Menschen ohne höhere Bildung und Menschen ohne Bindung an Gewerkschaften die FPÖ. (vgl. Pelinka 2002b: 286)

**Tabelle 5:**



Quelle: Eigene Darstellung, Daten aus Plasser, Ulram 2000: 232

## **5.2. Nationale Gelegenheitsstrukturen und Mobilisierungschancen**

### **5.2.1. Sozioökonomische Komponenten**

Flecker und Kirschenhofer haben sich tiefgehend mit dem sozioökonomischen Wandel in Österreich beschäftigt und stellten fest: „Außer in den benachbarten mittelosteuropäischen Transformationsländern war der sozioökonomische Wandel in der uns interessierenden Periode zwischen Mitte der 1980er Jahre und den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts nur in wenigen Ländern Europas derart tief greifend.“ ( Flecker/ Kirschenhofer 2007: 35)

Diese Umbrüche folgten auf eine lange Zeit des ökonomischen Aufstiegs in den Jahren von 1950 bis Anfang der 1980er Jahre. Dieser ökonomische Aufstieg bedeutete für große Teile der Bevölkerung eine Zunahme des Wohlstands mit einer eher geringen sozialen Ungleichheit. Umso mehr war die Bevölkerung von den Veränderungen, die ab Mitte der 1980er Jahre begannen, verunsichert und die subjektive Wahrnehmung war von den positiven Ereignissen davor und den damit verbundenen positiven

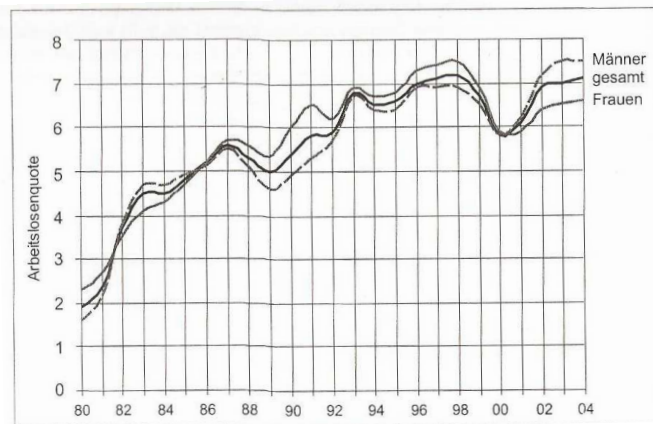
Erwartungshaltungen beeinträchtigt. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 35- 36) Die österreichische Bevölkerung wurde noch dazu mit diesen Umbrüchen „recht unvermittelt konfrontiert[...]. Durch die Gleichzeitigkeit von Grenzöffnung im Osten und EU- Integration dem Wind des Wettbewerbs plötzlich und stärker ausgesetzt als andere westeuropäischen Staaten, musste das Land einen rigiden Anpassungskurs einschlagen, der die Arbeitslosenzahlen hochschnellen ließ und bei vielen Menschen ein bis dahin nicht gekanntes Unsicherheitsgefühl auslöste.“ (Decker 2000: 123)

Denn es gibt immer auch Verlierer in solchen Prozessen und noch viel mehr Personen, die glauben zu den Verlierern zu zählen. (vgl. Müller 2002: 162 f.)

Die Politik reagierte auf die veränderten Bedingungen mit einer Privatisierungswelle, die in den 1980er Jahren begann. Bis zu dieser Zeit war Österreich geprägt von einem großen staatlichen Sektor und die wichtigsten Firmen, Finanzdienstleistungen und Industriebetriebe waren in staatlicher Hand. Die Privatisierungen brachten auch grundlegende Änderungen für die Beschäftigten mit sich. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 37) Oft kam es zu einem Abbau der Beschäftigten, es bedeutete Kürzungen von Zulagen, Sozialleistungen und Betriebspensionen. Generell wurden diese privatisierten Unternehmen neu strukturiert und neue Managementkonzepte und Rationalisierungsmaßnahmen sorgten für erhebliche Unsicherheit bei den Angestellten. Diese Entwicklung schlug sich natürlich auch am Arbeitsmarkt nieder. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen bis heute im internationalen Vergleich sehr niedrig sind, so sorgte der stete Anstieg ab Mitte der 1989er Jahre doch für Unruhe. So stieg die Arbeitslosenrate von 2 % in den frühen 80er Jahren auf immerhin 7 % Mitte der 1990er Jahre an. (siehe Tabelle 6) Von dieser ansteigenden Arbeitslosigkeit sind vor allem Menschen mit geringer Bildung und ältere Menschen betroffen. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 37)

**Tabelle 6:**

**Arbeitslosenquote in Österreich von 1980-2004**



Quelle: Flecker/ Kirschenhofer 2007: 38

Neben dem generellen Anstieg der Arbeitslosigkeit haben sich aber auch die Beschäftigungsformen verändert und zur Unsicherheit in der Bevölkerung beigetragen. Mit der vermehrten Erwerbsbeteiligung der Frauen stieg auch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten. 1974 waren lediglich 6 % in einem derartigen Arbeitsverhältnis, im Jahr 2003 hingegen schon 16,4 %. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 37)

Auch die geringfügige Beschäftigung, bei der man bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze (2011 liegt diese bei gut 374 Euro) keine Versicherungspflicht hat, wird ab Ende der 1970er Jahre für Dienstleistungsbranchen mit geringem Lohnniveau interessanter und gerade im Handel ist der Anteil an geringfügig Beschäftigten enorm angestiegen. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 38)

Leih- und Zeitarbeiter sind ebenso angestiegen, allerdings sind sie im internationalen Vergleich dennoch auf sehr niedrigem Niveau. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 38) Allerdings setzt man vor allem seit der Wirtschaftskrise verstärkt auf diese Formen der Beschäftigung.

Die Langzeitarbeitslosigkeit und die prekäre Beschäftigung zählen auch zu den wichtigsten Ursachen von Armut. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 39) Jedoch ist es vor allem die Angst vor dem sozialen Abstieg, die einen großen Anteil am Aufstieg der Nationalpopulisten hat. Flecker und Kirschenhofer stellen zu Recht fest, dass sich dies auf alle „Dimensionen von Unsicherheit“ bezieht:

„- *Arbeitsplatzsicherheit*: Der rasche Strukturwandel, die Veränderung von Qualifikationsanforderungen sowie der Verlagerung von Arbeitsplätzen haben es unwahrscheinlicher gemacht, einen bestimmten Arbeitsplatz auf Dauer halten zu können.

- *Beschäftigungssicherheit*: Die Beschäftigungsverhältnisse sind in vielen Unternehmen unsicherer geworden; der Bereich der unsicheren und minder gesicherten Beschäftigung ist stark angewachsen.

- *Arbeitsmarktunsicherheit*: Die gestiegene Arbeitslosigkeit machte es in den letzten Jahren schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden- auch für Akademiker/innen und Jugendliche, deren Beschäftigungschancen früher recht gut waren.

- *Soziale Sicherheit*: Der Zugang zu Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld und Pensionen wurde erschwert und ihre Höhe reduziert.“

(Flecker/ Kirschenhofer 2007: 41- 42)

Man muss jedoch betonen, dass es durchaus auch Kontinuitäten auf dem Arbeitsmarkt gibt und dass vor allem der Diskurs der Unsicherheit, der gerade in der Krisenzeit wieder aufbricht, die Bevölkerung in die Hände der Nationalpopulisten getrieben hat und weiter treiben wird. Die Politiker haben gerade ab Anfang der 1980er Jahre die Leute eingeschworen, flexibler und mobiler zu sein. (vgl. Flecker/ Kirschenhofer 2007: 42) Sie haben betont, dass man nicht mehr ein Leben lang ein und demselben Job ausüben wird können und reichen damit „die Verantwortung für Beschäftigung und Existenzsicherung an die Bevölkerung weiter“. (Flecker/ Kirschenhofer 2007: 42)

Die Nationalpopulisten werfen dieses Abschieben der Verantwortung den Großparteien SPÖ und ÖVP vor, die sowieso nur am Machterhalt interessiert seien. Für die Bevölkerung tue die große Koalition nichts, sondern unterwerfe sich vielmehr dem Diktat der Märkte und der EU. Viele Menschen fühlen sich deshalb „als Spielball der ökonomischen Entwicklung und damit letztlich anonymer Kräfte“. (Flecker/ Kirschenhofer 2007: 150) Die FPÖ wendet sich also an all jene die „die real ablaufende Modernisierung als gegen sich gerichtet empfinden“. (Pelinka 2002a: 10) Die FPÖ inszeniert sich dabei als Vertreter des kleinen Mannes, der hart arbeitet, sich von der Politik im Stich gelassen fühlt und in den traditionellen Parteien keine politische Heimat mehr findet. (vgl. Probst 2003: 118) Diese soll er in der FPÖ finden, denn: „Die schweigende Mehrheit, die die Last des Staates trägt, hat ein Recht gehört zu werden.“ (Haider 1993: 53)

Die Nationalpopulisten profitierten aber auch von der verstärkten Zuwanderung nach Österreich, die sie kritisieren und ebenso verantwortlich machen für die Probleme der Bevölkerung. Dieser kulturelle, ethnische Aspekt wird nun im folgenden Abschnitt thematisiert

### 5.2.2. Soziokulturelle Komponenten

Die bereits angesprochene klar ablehnende Haltung der FPÖ gegenüber Ausländern wird oft als wichtige Erfolgsbedingung der Partei gesehen. Tatsächlich nimmt sich die Partei dem Thema Immigration von Beginn weg verstärkt an. Seit Mitte der 1990er Jahre versucht man mittels einer österreich-patriotischen Politik anstelle der zu extremen deutschnationalen Haltung zum Erfolg zu kommen. (vgl. Fröhlich- Steffen 2006: 151) Dass sich diese Positionierung als Erfolg versprechend erweisen sollte, hängt mit den Entwicklungen rund um die 1990er Jahre zusammen. Gleichzeitig mit den bereits erwähnten sozioökonomischen Umbrüchen in Österreich kam es auch auf der weltpolitischen Bühne zu Umstürzen. Mit dem Systemwechsel in Osteuropa und dem Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkrieges, „kam es seit Ende 1989 zu einem verstärkten Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden, auf den das Land nicht vorbereitet war.“ (Decker 2000: 122) So stieg die Zahl der legalen Migranten von 300.000 Anfang der 1980er Jahre bis auf 700.000 im Jahre 1993 an. Dazu kommt noch eine nicht genau bezifferbare Anzahl an illegalen Migranten, was zu einer Unsicherheit in der Bevölkerung führt. 1997 hatte man den zweitgrößten Anteil an ausländischer Bevölkerung in Westeuropa und es kam zu kulturellen Unstimmigkeiten. Eine Umfrage aus dem Jahre 1998 zeigte beispielsweise, dass 77 % der Österreicher die Meinung vertreten, dass sich Ausländer der österreichischen Lebensweise zu wenig anpassen. (vgl. Müller 2002: 163) Haider erkannte, dass man diese Situation für sich nutzen konnte, vor allem wenn man die gleichzeitig stattfindenden sozioökonomischen und soziokulturellen Umwälzungen in Verbindung miteinander bringt. Das folgende Zitat zeigt ganz deutlich, wie gekonnt er einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren konstruierte: „In Österreich gibt es 300.000 Arbeitslose und 300.000 offizielle Ausländer.“ (Haider zit. nach Freiheitlicher Pressedienst 1996) „Die Haider- Partei gewann dadurch die Möglichkeit, ihre ideologisch motivierte Absage an jede Art von Multikulturalismus mit dem Verweis auf soziale Missstände zu untermauern.“ (Decker 2000: 122) Der latente Antisemitismus und der Rassismus, der vor allem in der Zwischenkriegszeit in Österreich vorherrschte, konnte so gekonnt wiederbelebt werden. (vgl. Kitschelt 1995: 165)

Allerdings wusste Haider und weiß heute Strache sehr genau, dass „Rassismus in Europa nicht mehr gesellschaftsfähig“ ist und man setzt daher auf das Konzept des

„Kulturfundamentalismus“. (Hellmuth 2002: 24) Dabei gilt es, die eigene Kultur vor anderen zu schützen, weil „die Verschmelzung der europäischen Kultur mit anderen Kulturen notgedrungen die Entstehung sozialer Konflikte“ bedeute. (Hellmuth 2002: 24) Dieser „Kulturfundamentalismus“ sei auch kein Rassismus im neuen Gewand. Dies ist er schon deshalb nicht, weil er vorgibt andere Kulturen zu respektieren. Auf der anderen Seite betont das Konzept aber auch, dass unterschiedliche Kulturen inkompatibel sind. (vgl. Hellmuth 2002: 25) Diese Inkompatibilität drückt Haider sehr drastisch aus: „Wenn die Politik nicht auf ethnischen Prinzipien aufbaut, dann hat die Menschheit überhaupt keine Zukunft mehr.“ (Haider zit. nach Hellmuth 2002: 25) Neben einigen rassistischen Entgleisungen, die sich mitunter auch der neonazistischen Rhetorik bedienen, sprechen die Vertreter der FPÖ daher auch nicht von Rasse oder Volkshygiene, sondern von „der Bewahrung der eigenen Kultur“. (Heinisch 2004: 255-256) Andreas Mölzer, einer der führenden Kräfte der FPÖ, „declared that Austria runs the risk of ‚Umvolkung‘[...] and the FPÖ claims that Austria has gone too far in this direction and has called for a ‚Recht auf Heimat‘ for Austrian nationals.“ (Müller 2002: 166)

Wie bereits erwähnt wird dieses ethnische Thema auf die sozioökonomischen Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und ähnliches projiziert. (vgl. Decker 2000: 122) Deshalb gehen die meisten Autoren davon aus, dass die Bevölkerung trotz einiger Ressentiments nicht per se xenophob eingestellt ist, sondern die Immigranten gemäß der bereits erwähnten „Ethnic competition theory“ (siehe Kapitel 3.2.1.1.) als Konkurrenten am Arbeitsplatz wahrnehmen. Diese Annahme wird durch mehrere Faktoren untermauert. Zum einen wird sie dadurch bestärkt, dass die Ausländerthematik bei weitem nicht das stärkste Wahlmotiv für die FPÖ im Zeitraum von 1990- 1999 war und dass beispielsweise ökonomische Komponenten ein stärkeres Motiv zur Wahlentscheidung darstellten. (vgl. Müller 2002: 170) Außerdem zeigt sich, dass ein zu starkes Betonen des Immigrationsthemas der Partei auch schaden kann. Als Beispiel kann das von der FPÖ initiierten Volksbegehren „Österreich zuerst“ aus dem Jahre 1993 angeführt werden, das nur sehr mäßigen Erfolg hatte. (vgl. Kitschelt 1996: 177) Außerdem sind die Österreicher nicht überdurchschnittlich intolerant gegenüber ethnischen und nationalen Minderheiten. Eine Eurobarometerauswertung aus dem Jahre 2000 ergab, dass nur 12 % der Bevölkerung eine Intoleranz gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen zeigen. Der Durchschnitt der 15 EU- Staaten von 2000 lag damals bei 14 %. ( vgl. Stöss 2006: 532)

### 5.2.3. Politische Komponenten

Als einer der wichtigsten Faktoren für den Aufstieg der Nationalpopulisten in Österreich gelten die Besonderheiten im Parteiensystem. Wie bereits im Kapitel 5.1. kurz dargestellt, dominierten die beiden große Lager in Form von SPÖ und ÖVP die politische Landschaft der zweiten Republik wie sonst nirgends in Westeuropa. (vgl. Plasser/ Ulram 2006a: 357- 360) „Zwischen 1945 und 1966 konnten sich die beiden Regierungsparteien [SPÖ und ÖVP] auf durchschnittlich 92,7 Prozent der parlamentarischen Sitze stützen. In der zweiten Periode großkoalitionärer Regierungen sank der parlamentarische Rückhalt auf nur mehr durchschnittlich 73,4 Prozent, was auf den Eintritt neuer Parteien (Grüne, Liberales Forum) in die parlamentarische Arena, vorrangig aber auf den wahlpolitischen Aufstieg der oppositionellen FPÖ zurückzuführen ist.“ (Plasser/ Ulram 2006a: 361)

Bevor die FPÖ und die anderen Parteien diese Macht der beiden Großparteien ein wenig brechen konnte, war und ist Österreich zum Teil noch immer von einer äußerst stabilen Proporz- bzw. Konkordanzdemokratie mit starken neokorporatistischen Zügen geprägt. (vgl. Probst 2003: 115) Die Eliten der SPÖ und ÖVP bauten ein beachtliches System der wechselseitigen Machtbeteiligungsgarantie auf und es entstand eine Hyperstabilität, in der alle politischen Entscheidungen von den Entscheidungsträgern der beiden großen Lager getroffen wurden. (vgl. Pelinka 2002a: 4) Zudem rekrutierten sie nicht nur das Personal für die Parlamente und Regierungen, sondern stellten auch das Führungspersonal in Wirtschaft und Bildung. „Im politischen Alltag führten diese Merkmale dazu, dass wichtige Bereiche des politischen, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens durch die Vertreter der beiden großkoalitionären Parteien SPÖ und ÖVP okkupiert wurden- mit all den negativen Erscheinungsformen eines eingespielten Systems der Pfründewirtschaft.“ (Probst 2003: 115)

Diese spezielle Form der Konkordanzdemokratie war zunächst natürlich ein Nachteil für die FPÖ, weil sie ja von den entscheidungsmächtigen Positionen ausgeschlossen war. Allerdings konnte sie diesen Nachteil in den 1980er Jahren, als die Probleme der Konkordanzdemokratie zum Vorschein kamen und die Dominanz von SPÖ und ÖVP zu wanken begann, zu ihrem Vorteil ummünzen. (vgl. Pelinka 2002a: 4) Es sei an dieser Stelle aber betont, dass die FPÖ nicht für die Aufweichung der Konkordanzdemokratie verantwortlich ist, sondern die Probleme nur „aufgegriffen, aber nicht ausgelöst“



(Fröhlich-Steffen 2006: 153) hat. So konnte sie sich als populistische Partei unter Haider profilieren und die Nachteile der Konkordanzdemokratie aufzeigen. Schließlich waren sie ja wirklich nicht jene „von oben“ und konnten sich als Anwalt derer „da unten“ in Szene setzen. (vgl. Pelinka 2002b: 284) Unter anderem durch Haiders Selbstdarstellung „als Rebell gegen den Machtproporz, gegen Korruption und Vetternwirtschaft der beiden dominanten Volksparteien SPÖ und ÖVP“ schaffte er es mit seiner FPÖ bis an die zweite Stelle in der Gunst der Wähler. (Stöss 2006: 540)

Diese wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Gegebenheiten in der Konkordanzdemokratie lässt sich auch anhand einiger Daten belegen. Zum einen zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung seit Mitte der 1980er Jahre drastisch zu sinken beginnt. Während die Wahlbeteiligung bis 1986 im Vergleich zu 1945 annähernd gleich geblieben ist und immer weit über 90 % an den Wahlen teilnahmen, sank die Wahlbeteiligung von 1986 mit noch 90,5 % auf mittlerweile 78,8 % ab. Auch wenn die letzte Wahl eine minimale Erhöhung der Wahlbeteiligung um 0,3 % gegenüber der vorherigen Wahl ausweist, ist der Trend der letzten 25 Jahre alarmierend. (siehe Tabelle 7)

**Tabelle 7:**

**Sinkende Wahlbeteiligung**

	<b>1945</b>	<b>1986</b>	<b>2008</b>
<b>Wahlbeteiligung</b>	94,3 %	90,5 %	78,8 %

Quelle: Eigene Zusammenstellung, Daten aus: <http://www.parties-and-elections.de/austria2.html>

Gleichzeitig zeigt sich auch, dass die Bindung an die Parteien im selben Zeitraum stark abgenommen hat. Es sind nicht nur weniger Menschen zur Wahl gegangen, sondern sie haben auch verstärkt unterschiedliche Parteien gewählt und schenken nicht immer derselben Partei ihr Vertrauen. Gaben in den 1950er und 1960er Jahren rund drei Viertel der Wähler an, sich einer Partei verbunden zu fühlen, waren es im Jahr 2004 nur mehr ein Viertel. Daher verwundert es auch nicht, dass die Zahl der Wechselwähler bei Nationalratswahlen im Jahr 2002 mit 24 % acht mal so hoch ist wie im Jahre 1975 mit 3 %. Auch die Parteimitgliedschaft ist im Zuge dieser Entwicklungen drastisch gesunken. 1969 waren 27 % der Wahlberechtigten in einer Partei Mitglied, 2004 waren es nur mehr 15 %. (vgl. Plasser/ Ulram 2006b: 550-561)

Dies alles vermochte die FPÖ für sich zu nutzen. Mit dem Regierungseintritt im Jahr 2000 aber war die FPÖ selbst Teil der politischen Elite und Haider erkannte, dass ein populistisches Auflehnen gegen die Machthaber nun nicht mehr möglich sein würde. (vgl. Stöss 2006: 540) Mit dem Regierungseintritt nahm „ihre Bereitschaft, Veränderungen am repräsentativen System vorzunehmen, eher ab als zu.“ (Fröhlich-Steffen 2006: 151) Die FPÖ nutzte ebenso die Vorteile des Systems und war erst gar nicht bemüht, dieses zu verändern. (vgl. Fröhlich-Steffen 2006: 151) Ein parteiinterner Konflikt zu diesem Thema führte schließlich sogar zur Spaltung der Partei. (wie bereits in Kapitel 5.1.1.3. ausführlich beschrieben)

## 6. Schlussbetrachtung

Diese Arbeit beschäftigte sich mit populistischer Politik in der Slowakei und in Österreich und stellte die Entstehungs- und Mobilisierungsbedingungen der beiden Länder gegenüber. Demnach sollten gemeinsame europäische sowie unterschiedliche länderspezifische Entstehungsbedingungen herausgearbeitet werden, um zu analysieren, ob und in wie fern sich die beiden Länder hier unterscheiden.

Um diese Fragen beantworten zu können, wurde am Anfang der Arbeit geklärt, wie das Konzept des Populismus zu definieren ist. Hier wurde deutlich, welche Unschärfe der Begriff des Populismus auch in der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit sich bringt. So gibt es eine Fülle an divergierenden Definitionsmöglichkeiten des Begriffs. Die einen sehen im Populismus lediglich einen politischen Stil, andere erkennen darin eine Ideologie und wieder andere behaupten, dass der Begriff aufgrund der inflationären Verwendung inhaltslos geworden sei und deshalb nicht verwendet werden sollte.

Dennoch konnte ich einige Gemeinsamkeiten in den verschiedenen Ansätzen herausarbeiten. Das Kernelement populistischer Politik lässt sich anhand der Definition von Mudde festmachen. Dieser versteht „populism as an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people.“ (Mudde 2004: 543) Im populistischen Demokratieverständnis müsse demnach die Politik „by the people“ (Mény/ Surel 2002: 8) gemacht werden und die „einfachen“ Leute müssten gegen die korrupte Elite verteidigt werden. Pluralismus und Elitarismus werden abgelehnt, weil sie als Bedrohung für die homogene Gemeinschaft wahrgenommen werden. Die charismatischen Führungspersönlichkeiten in den hierarchisch organisierten populistischen Parteien inszenieren sich dabei als Sprachrohr dieser „einfachen“ Menschen. Zudem setzen sie sich für mehr direkte Demokratie ein. Nur so könne die Macht wieder vom Volk ausgehen. Weil sich diese ablehnende Haltung bei den neu entstandenen populistischen Parteien in Europa aber nicht nur gegen die korrupte Elite innerhalb eines Landes richtet, sondern „explizit auf der horizontalen Ebene auch nach außen“ (Fröhlich-Steffen 2005: 7), wurde der Begriff Nationalpopulismus für diese

Arbeit gewählt. Dieser macht die nationalistische Orientierung dieser Parteien sichtbar und scheint damit auch besser geeignet zu sein als der oft verwendete Begriff Rechtspopulismus. Dieser vermittelt eine klare Einordnung auf der ökonomisch-gesellschaftlichen Rechts- Linksskala, die jedoch irreführend sein kann. Viele Parteien dieses Typs vereinen nämlich rechte wie auch linke Elemente in ihren Parteien.

Des Weiteren wurde das Konzept des Populismus von jenen des Extremismus und des Radikalismus abgegrenzt. Neben inhaltlichen Überschneidungen, die eine Abtrennung schwierig machen, äußern sich vor allem in der Haltung zum politischen System einige Unterschiede. So lehnen extremistische Gruppierungen das demokratische System ab und scheuen auch vor Gewaltanwendung nicht zurück, um ihre Ziele durchzusetzen. Die radikalen Kräfte sind zwar auch gegen die demokratische Verfassung und befürworten einen autoritären Staat, jedoch arrangieren sie sich mit dem demokratischen System. Die Populisten hingegen lehnen die Demokratie per se nicht ab, sondern üben lediglich Kritik an ihrer derzeitigen Praxis und wollen mittels mehr direkter Demokratie die Macht dem Volk zurückgeben.

Darauf aufbauend wurde den gesamteuropäischen Erfolgsbedingungen auf den Grund gegangen und die länderspezifischen Komponenten in Österreich und der Slowakei herausgearbeitet. Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten sich daraus ergeben haben und welche Schlüsse daraus gezogen werden können, soll an dieser Stelle verdeutlicht werden.

In der Slowakei konnten vor allem die HZDS und SMER als wichtigste populistische Parteien festgemacht werden. Wie ein Parteienportrait gezeigt hat, weist die HZDS klar nationalpopulistische Züge auf. An der Spitze steht mit Vladimir Mečiar eine starke Führungspersönlichkeit, die anfangs sehr autoritär agierte. Er inszeniert sich und seine Partei als Bewegung des Volkes und sieht sich selbst als Vater der Nation. Ideologisch schwer einzuordnen, stützt sich die Partei auf eine nationalistische Politik und konnte so in den 1990er Jahren viele Wähler für sich gewinnen. Heute hingegen spielt die HZDS kaum noch eine Rolle und SMER stellt nun die prägendste populistische Gruppierung dar. Erst 2000 aus einer Abspaltung der linken SDL' hervorgegangen, ist sie heute die stimmenstärkste Partei in der Slowakei. Durch ihren Fokus auf soziale Themen muss man aber eher von einer sozialpopulistischen denn einer nationalpopulistischen Gruppierung sprechen. Dennoch versteht es auch diese Partei, nationalistische

Ressentiments geschickt einzusetzen. Diese richten sich in ihrem Fall vor allem gegen die Minderheit der Roma. Mit ihrem charismatischen Leader Robert Fico versucht sich die Partei als „Third-Way-Partei“ darzustellen. Die großen Erwartungen, die seitens der Bevölkerung an Transformation und EU gestellt wurden, konnten nicht erfüllt werden und so gelingt es SMER, eine große Anzahl der Enttäuschten für sich zu gewinnen.

In Österreich ist die FPÖ seit Jahren die bestimmende nationalpopulistische Kraft. Entgegen anderen europäischen populistischen Parteien stellt sie keine neue Partei dar. 1986 vollzog sie unter Jörg Haider lediglich einen programmatisch-ideologischen Wandel hin zu einer nationalpopulistischen Partei und stieg in den 1990er Jahren von einer Kleinstpartei zu einer Mittelpartei auf, die im Jahr 2000 sogar Regierungsverantwortung übernahm. Daraufhin kam es aber zu Turbulenzen in der Partei und in Folge jahrelanger Querelen verließen schließlich Jörg Haider und seine Gefolgsleute die Partei und gründeten 2005 das BZÖ. Seither steht mit Heinz-Christian Strache erneut eine charismatische Persönlichkeit an der Spitze einer FPÖ, die den erfolgreichen Kurs der 1990er Jahre wieder aufgriff und so zu alter Stärke zurückfand. Hatte sich die FPÖ in den späten 1980er Jahren noch betont deutschnational präsentiert, vollzog sie schon bald einen Wandel hin zum Österreich-Patriotismus. In kulturfundamentalistisch ablehnender Haltung sehen sie in der Vermischung der Kulturen eine große Bedrohung. Wie in vielen anderen westeuropäischen Ländern wird vor allem der Islam als größte Gefahr gesehen. Zudem inszeniert sich die FPÖ auch als Vertreter der „kleinen Leute“ und setzt sich für mehr direkte Demokratie ein. Außerdem sei sie die einzige Kraft, die gegen die korrupten politischen Eliten in Form der mächtigen Großparteien SPÖ und ÖVP vorgeht und die sich auch nicht dem in den Medien oft zitiertem „Diktat aus Brüssel“ unterwirft. Weil diese nationalpopulistische Politik in der Regierungszeit nicht aufrecht zu erhalten war, kam es auch zu internen Auseinandersetzungen in der Partei, die mit der bereits erwähnten Spaltung sein Ende nahm.

Welche Entstehungsbedingungen für den Erfolg dieser Parteien konnten nun in den beiden Ländern festgemacht werden und wie unterscheiden sie sich?

Unterschiedliche Entstehungsbedingungen in *sozioökonomischer* Hinsicht gab es vor allem in der Zeit nach dem Systemwechsel in der Slowakei. Während in Österreich eine schnell steigende Arbeitslosigkeit und eine Privatisierungswelle nach einer langen

prosperierenden Phase für Unsicherheit und Angst vor einem sozialen Abstieg sorgten, machte den Slowaken der Systemumbruch zu schaffen. Der hohe Grad an ethnischer Heterogenität, mangelnde Erfahrungen mit Eigenstaatlichkeit, wenig erfahrenes politisches und administratives Personal sowie eine Unterlegenheit in wirtschaftlichen Belangen gegenüber Tschechien bedeuteten für die Slowakei die wohl schwierigsten Transformationsbedingungen der ostmitteleuropäischen Staaten. Mit dem Regierungseintritt der nationalpopulistischen Partei HZDS verschlechterte sich diese Situation zusätzlich, weil man die demokratischen Pfade zum Teil verlassen hatte und deshalb nicht in EU und NATO aufgenommen wurde. (vgl. Kneuer 2005: 154)

Meine Arbeit konnte aber auch verdeutlichen, dass heute vermehrt ähnliche soziökonomische Entstehungsbedingungen den Aufstieg der populistischen Parteien in den beiden Ländern begünstigen. Die Tendenz zu einer neoliberal orientierten wirtschaftlichen Globalisierung, die in einem Rückzug der Nationalstaaten aus der Wirtschaft und einem Trend zum Abbau des Sozialstaats sichtbar wird, ist in beiden Ländern zu erkennen. In der Slowakei sind die Menschen heute enttäuscht, dass ihre großen Erwartungen an die Transformation und den Beitritt zur EU nicht erfüllt wurden. Die sozialen Ungleichheiten sind durch die neoliberale Ausrichtung nämlich noch größer geworden. Auch in Österreich klafft die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander und der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft wurde in Kapitel 5.2.1. deutlich. In beiden Ländern erkennt die Bevölkerung, dass die Veränderungen durch Modernisierung und Globalisierung nur wenige Gewinner und viele Verlierer mit sich bringt. Im Osten Europas ist diese Entwicklung noch stärker zu beobachten und die populistischen Gruppierungen üben hier oft auch Einfluss auf die Regierungspolitik aus. Dies kann eine Warnung für die westeuropäischen Staaten sein. Denn wenn sie diesen Entwicklungen nicht entgegenwirken, werden mehr und mehr Leute den Populisten ihr Vertrauen schenken. Die Menschen fürchten sich vor einem sozialen Abstieg oder haben ihn schon erleben müssen und sehen in den Populisten jene, die sich dagegen auflehnen. „Diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs mobilisieren sie [die Nationalpopulisten] Ressentiments gegen die von der Globalisierung hervorgerufenen Veränderungen und die damit einhergehenden soziökonomischen und kulturellen Verwerfungen.“ (Fröhlich-Steffen 2008: 315)

Wie in diesem Zitat bereits angedeutet wird, hatten diese Entwicklungen im Zuge der Globalisierung auch konkrete Auswirkungen auf die *soziokulturelle* Ebene. Die

Menschen sehnen sich in unsicheren Zeiten nach einem identitätsstiftenden Anker. Die populistischen Gruppierungen stützen sich daher auf den Nationalismus als „eine ideologische Form der kollektiven Identität, die gerade in Krisenzeiten, nach Auflösung früherer politischer und sozialer Bindungen, eine Identifizierung mit einer breiteren Gemeinschaft erleichtert und Sicherheit für verunsicherte Menschen schafft.“ (Bayer 2002: 269)

In den 1990er Jahren stieg der Ausländeranteil in Österreich stark an und die FPÖ verstand es geschickt, Zuwanderung und ökonomische Veränderungen zu verbinden. Durch eine feststellbare ablehnende Haltung gegenüber dem „Fremden“ in Österreich und einer Verknüpfung der Ausländerfrage mit sozioökonomischen Problemen gelang es der FPÖ, Stimmen zu maximieren.

Auch und nicht zuletzt in der Slowakei, wo der Nationalstaatsbildungsprozess erst beendet wurde und die Slowaken nach langer Zeit der Fremdbestimmung auf der Suche nach einer neuen Identität waren, konnten nationale Ideen und Programme wirkungsvoll vermittelt werden. Wie in vielen anderen postkommunistischen Staaten flammte nach dem Systemwechsel das unterdrückte nationale Bewusstsein wieder auf, der Nationalismus wurde zu einer Stütze im Nationalstaatsbildungsprozess und dient bis heute „als Ablenkungsmanöver von innenpolitischen Problemfeldern“. (Fröhlich-Steffen 2008: 309)

Unterschiede gibt es aber hinsichtlich des Nationalverständnisses in den beiden Ländern. In Österreich ist Identität entsprechend dem Kulturfundamentalismus an die Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis und „in ausdrücklicher Entgegensetzung zum Islam“ (Bachmann 2006: 230) definiert. Demnach werden als auszugrenzende Fremde vor allem Menschen aus Nicht- Mitgliedsstaaten der EU oder aus den neuen osteuropäischen Mitgliedsländern gesehen, nicht aber die Menschen „aus dem Europa der 15“. (Bachmann 2006: 230) In der Slowakei hingegen sind es nicht die wenigen Migranten, gegen die man Stimmung macht, sondern hier richtet sich diese Ablehnung vor allem gegen ethnische Minderheiten in der Bevölkerung. In erster Linie sind dies in der Slowakei die ungarische Minderheit und die Roma. Aber auch ein starker Euroskeptizismus prägte vor allem die Regierungszeit Mečiar. (vgl. Bachmann 2006: 230)

Auf *politischer* Ebene leidet in beiden Ländern das Vertrauen in die politischen Eliten: „Die Wahlerfolge populistischer Parteien sind untrennbar mit den Repräsentationskrisen

der alten Parteiendemokratien und den Legitimationskrisen der neuen Demokratien verknüpft.“ (Fröhlich-Steffen 2006: 312)

In Österreich ist es vor allem die lange Dominanz der beiden großen Parteien SPÖ und ÖVP, die schlussendlich der FPÖ den Weg bereitete. In der Konkordanzdemokratie, die für „ein großes Maß an Intransparenz der politischen Entscheidungsstrukturen kennzeichnend war und/ oder ist“ (Fröhlich-Steffen 2006: 311) hatten die beiden Parteien alle Macht auf sich vereint. Da sie aber die bereits angesprochenen sozioökonomischen und kulturellen Problemlagen nicht lösen konnten, kam es zu einer Entfremdung der politischen Klasse gegenüber den Wählern, die bis heute anhält. Dies zeigt sich unter anderem auch in einer Abnahme der Wahlbeteiligung.

In Osteuropa und so auch in der Slowakei genossen die Parteien generell kein großes Vertrauen. Der Begriff Partei hat durch die kommunistische Einheitspartei eine negative Konnotation und deshalb bezeichnen sich viele Parteien auch als Bewegung. Ein sehr instabiles Parteiensystem, erschreckende Vertrauenswerte in die politischen Institutionen und teilweise katastrophale Wahlbeteiligungen verdeutlichen, dass den Eliten und dem politischen System von Beginn an so gut wie kein Vertrauen entgegengebracht wurde. Vielmehr vertreten viele Menschen in der Slowakei die Ansicht, dass Wahlen „lediglich zur Auswechslung korrupter Netzwerke führen“. (Lang zit. nach Steffen-Fröhlich 2006: 313) Die Protesthaltung der populistischen Kräfte konnte und kann hier ansetzen.

Die populistischen Gruppierungen beider Länder versuchen daher, mehr direktdemokratische Mittel ins politische System zu integrieren. Nur so könnte gewährleistet werden, dass tatsächlich die Interessen der Bevölkerung gewahrt werden. (vgl. Steffen- Fröhlich 2006: 313)

Eine spezielle Rolle hinsichtlich der Erfolgsvoraussetzungen für populistische Akteure nehmen auch die Massenmedien ein. Meine Arbeit konnte aufzeigen, dass es zu einer stärker werdenden Verflechtung von Medien und Politik kommt. Dabei passen sich die politischen Akteure der Medienlogik, die vor allem auf Inszenierungen setzt, zunehmend an. Die Politik wird in der Mediendemokratie mehr und mehr entdifferenziert, vereinfacht, personalisiert und den Anforderungen der Unterhaltungsinszenierung angepasst. Diese Entwicklung zum „Politainment“ korrespondiert dabei mit dem bei Populisten stark ausgeprägten Führerkult und der allgemeinen Personalisierung der Politik, bei dem mehr die Führungsfiguren im



Mittelpunkt stehen als das Parteiprogramm. Während diese Entwicklungen für die traditionellen Parteien also einen Nachteil darstellen, können die Populisten die Entwicklungen für sich nutzen.

Welche Schlüsse können nun aus diesen Erkenntnissen gezogen werden? Ich denke, dass der Vergleich der beiden Länder gezeigt hat, dass trotz einiger Unterschiede die Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Entstehungsbedingungen populistischer Politik in Österreich und der Slowakei überwiegen. Meine Arbeit bestätigt, dass in beiden Ländern ein Trend hin zu einer neoliberal ausgerichteten Wirtschaftsordnung zu erkennen ist. Dies bedeutet eine Rücknahme des Staates und einen erheblichen Abbau von sozialen Leistungen durch den Staat. Beschäftigungsunsicherheit, steigende Arbeitslosenzahlen und eine größer werdende soziale Ungleichheit sind eine Folge dieser Entwicklung und sie stellen einen günstigen Nährboden für populistische Akteure dar. In der Slowakei sind diese Probleme noch ausgeprägter und meine vergleichende Analyse hat gezeigt, dass die traditionellen Parteien gefordert sind, zu handeln. Wenn sie den sozialen Ungleichheiten nicht entgegenwirken, dann werden die Menschen den etablierten Parteien nicht mehr vertrauen und der populistischen Rhetorik vermehrt Glauben schenken. Deren Akteure werden die Politik dann noch stärker mitbestimmen und können die ohnehin schon in Krise geratene repräsentative Demokratie weiter gefährden.

Mittelfristig ist daher sogar noch mit einem Erstarren der populistischen Gruppierungen in der Slowakei und Österreich zu rechnen. Gerade die derzeitige Wirtschaftskrise ist Wasser auf den Mühlen der Populisten und aktuelle Umfragen bestätigen diesen Trend. In der Slowakei scheint SMER der Sieg bei den vorgezogenen Wahlen 2012 sicher und in Österreich ist die FPÖ ebenso im Aufwärtstrend. So bleibt zu hoffen, dass die etablierten Parteien die Zeichen der Zeit erkannt haben und die Probleme der Bevölkerung Ernst nehmen. Nur so kann man gewährleisten, dass der von Cas Mudde festgestellte populistische Zeitgeist nicht weiter um sich greift und nicht noch mehr Parteien versuchen, populistische Politik zu imitieren.

## 7. Literatur

- ALEMANN, ULRICH VON/ MARSCHALL, STEFAN (2002): Parteien in der Mediendemokratie- Medien in der Parteiendemokratie. In: Alemann, Ulrich von/ Marschall, Stefan (Hg.): Parteien in der Mediendemokratie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 15- 41
- BACHMANN, KLAUS (2006): Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 216- 232
- BAILER- GALANDA, BRIGITTE/ NEUGEBAUER, WOLFGANG (1997): Haider und die Freiheitlichen in Österreich. Berlin: Elefanten Press
- BAYER, JÓZSEF (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: ÖZP, Vol. 31/3, S. 265- 280
- BERGER, SABINE C. (1996): Entwicklung und Veränderung des Parteiensystems in der Zweiten Republik. Wien: Diplomarbeit
- BERTELSMANN INDEX (2003): Ländergutachten Slowakei.  
<http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/174.0.html> [Zugriff: 12.8.2011]
- BETZ, HANS-GEORG (1994): Radical Right- Wing Populism in Western Europe. Hampshire und London: Macmillan
- BETZ, HANS-GEORG (1998): Introduction. In: Betz, Hans- Georg/ Immerfall, Stefan (Hg.): The new politics of the right: Neo- populist parties and movements in established democracies. New York: St. Martin's Press, S. 1- 10
- BETZ, HANS-GEORG (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Vol. 31/3, S. 251- 264
- CANOVAN, MARGARET (2002): Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy. In: Mény, Yves/Surel, Yves (Hg.): Democracies and the Populist Challenge. Basingstoke u.a.: Palgrave, S. 25- 44

- CANOVAN, MARGARET (1984): People, Politicians and Populism. In: Government and Opposition. Vol. 19/3, S. 312- 327
- CARPENTER, MICHAEL (1997): Slovakia and the Triumph of Nationalist Populism. In: Communist and Post- Communist Studies, Vol. 30/2, S. 205- 220
- DECKER, FRANK (2000): Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen: Leske und Budrich
- DECKER, FRANK (2004): Der neue Rechtspopulismus. Opladen: Leske und Budrich
- DECKER, FRANK (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektive. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9- 32
- DEIWIKS, CHRISTA (2009): Populism. In: Living Reviews in Democracy
- ERHART, ANNA- KATHARINA: Das Parteiensystem der Slowakei. Neue Konfliktlinien in den Transformationsländern? Wien: Diplomarbeit
- EUROBAROMETER  
[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb\\_arch\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_arch_en.htm) [Zugriff: 23. 11.2011]
- FILZMAIER, PETER (2006): Wag the dog? Amerikanisierung der Fernsehlogik und mediale Inszenierungen in Österreich. In: Filzmaier, Peter u.a. (Hg.): Politik und Medien- Medien und Politik. Wien: WUV, S. 9- 50
- FILZMAIER, PETER (2007): Das österreichische Politik- und Mediensystem im internationalen Vergleich. In: Filzmaier, Peter (Hg.): Mediendemokratie Österreich. Wien: Böhlau, S. 119- 141
- FLECKER, JÖRG/ KIRSCHENHOFER, SABINE (HG.) (2004): Socio- economic change, individual reactions and the appeal of the extreme right. Final report. Wien: Forba
- FLECKER, JÖRG/ KIRSCHENHOFER, SABINE (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs. Berlin: Sigma

FREIHEITLICHER PRESSEDIENST (1996)

<http://stressfaktor.squat.net/2000/haider.html> [Zugriff: 11.8.2011]

FRÖHLICH-STEFFEN, SUSANNE/ RENSMANN, LARS (2005): Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der politikwissenschaftlichen Forschung. In: Fröhlich- Steffen, Susanne/ Rensmann, Lars (Hg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien: Braumüller, S.3- 34

FRÖHLICH-STEFFEN, SUSANNE (2006): Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 144- 164

FRÖHLICH-STEFFEN, SUSANNE (2008): Populismus im Osten und Westen als parallele Entwicklungen? In: Bos, Ellen/ Segert, Dieter (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 303- 323

GÄRTNER, REINHOLD/ PALLAVER, GÜNTHER (2006): Populistische Parteien an der Regierung- zum Scheitern verdammt? Italien und Österreich im Vergleich. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 99- 120

GEHROLD, STEFAN (2006): Slowakei: 100 Tage neue Regierung. Regierungskoalition des Linkspolitikers Fico erfährt internationale Ablehnung und schwimmt gleichzeitig national auf einer Erfolgswelle. In: KAS Länderberichte.

[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_9402-1522-1-30.pdf?061019115329](http://www.kas.de/wf/doc/kas_9402-1522-1-30.pdf?061019115329)

[Zugriff: 4.9.2011]

GELLNER, ERNEST/ IONESCU, GHITA (1969): Populism. Its Meaning and National Characteristics. London: Weidenfeld and Nicolson

- GOODWYN, LAWRENCE (1976): Democratic Promise. The Populist Moment in America. New York: Oxford University Press
- GYÁRFÁŠOVÁ, OLGA (2008): National Populism in Slovakia: Political attitudes and views of the public. In: Mesežnikov, Grigorij/ Gyárfášová, Olga (Hg.): National Populism in Slovakia. Bratislava: Institute for Public Affairs, S. 35- 51
- HAIDER, JÖRG (1993): Die Freiheit, die ich meine. Frankfurt/ Main: Ullstein Verlag
- HAIDER, JÖRG (1998): Befreite Zukunft jenseits von rechts und links. Menschliche Alternativen für eine neue Brücke ins neue Jahrtausend. Wien: Ibero und Molden
- HAUGHTON, TIM (2001): HZDS: The Ideology, Organisation and Support Base of Slovakia's Most Successful Party. In: Europe-Asia Studies, Vol. 53/5, S. 745- 769
- HAUGHTON, TIM (2002): 'We'll finish what we've started': The 2002 Slovak Parliamentary Elections. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Vol. 19/4, S. 65- 90
- HELLMUTH, THOMAS (2002): »Patchwork« der Identitäten. Ideologische Grundlagen und politische Praxis des Populismus in Frankreich und Österreich. In: Hauch, Gabriella/ Hellmuth, Thomas/ Pasteur, Paul (Hg.): Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich. Innsbruck u.a.: Studien-Verlag
- HEINISCH, REINHARD (2004): Die FPÖ- Ein Phänomen im Internationalen Vergleich. Erfolg und Misserfolg des Identitären Rechtspopulismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Vol. 33/3, S. 247- 261
- IMMERFALL, STEFAN (1998): The Neo-Populist Agenda. In: Betz, Hans- Georg/ Immerfall, Stefan (Hg.): The new politics of the right: Neo- populist parties and movements in established democracies. New York: St. Martin's Press, S.249- 262

- JESSE, ECKHARD/ THIEME, TOM (2011): Extremismus in den EU- Staaten im Vergleich.  
In: Jesse, Eckhard/ Thieme, Tom (Hg.): Extremismus in den EU- Staaten.  
Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 431- 482
- JUN, UWE (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich. Frankfurt/ New York: Campus Verlag
- KARMASIN, MATTHIAS (2006): Die gesteuerten Selbstläufer: Kommunikationswissenschaftliche Anmerkungen zum komplexen Verhältnis von Medien und Politik. In: Filzmaier, Peter (Hg.): Politik und Medien- Medien und Politik. Wien: WUV, S. 104- 122
- KATSCHER, VERENA (2007): Populismus in der Parteienlandschaft Polens und seine Auswirkungen auf die Stabilität der Demokratie. Wien: Diplomarbeit
- KIPKE, RÜDIGER (2010): Das politische System der Slowakei. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 317- 356
- KITSCHOLT, HERBERT (1996): The radical right in Western Europe. A Comparative analysis. Ann Arbor: University of Michigan Press
- KNEUER, MARIANNE (2005): Die Stabilität populistischer Regierungen am Beispiel der slowakischen HZDS: Wechselwirkungen innen- und außenpolitischer Prozesse. In: Fröhlich- Steffen, Susanne/ Rensmann, Lars (Hg.) : Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien: Braumüller, S. 149- 171
- KNIGHT, ALAN (1998): Populism and Neo- Populism in Latin America, especially Mexico. In: Journal of Latin American Studies. Vol. 30/2, S. 223- 248
- KRAUSE, KEVIN DEEGAN (2003): Slovakia's Second Transition
- LANG, KAI- OLAF (2005): Populismus in Ostmitteleuropa. In: Von Thadden, Rudolf/ Hofmann, Anna (Hg.): Populismus in Europa- Krise der Demokratie? Göttingen: Wallenstein Verlag, S. 137- 154

- MANOSCHEK, WALTER (2002): FPÖ, ÖVP and Austria's Nazi Past. In: Pelinka, Anton/Wodak, Ruth: The Haider phenomenon in Austria. New Brunswick: Transaction Publishers, S. 3-15
- MÉNY, YVES/ SUREL, YVES (2002): The Constitutive Ambiguity of Populism. In: Mény, Yves/Surel, Yves: Democracies and the Populist Challenge. Basingstoke u.a.: Palgrave, S. 1- 21
- MESEŽNIKOV, GRIGORIJ ET AL (2007): Slovakia
- MESEŽNIKOV, GRIGORIJ (2008A): National Populism in Slovakia: Actors, issues, strategies. In: Mesežnikov, Grigorij/ Gyárfášová, Olga (Hg.): National Populism in Slovakia. Bratislava: Institute for Public Affairs, S. 7- 34
- MESEŽNIKOV, GRIGORIJ (2008B): Erfolgsbedingungen neuer Parteien in der Slowakei. In: Veen, Hans- Joachim u.a. (Hg.): Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 113-126
- MESEŽNIKOV, GRIGORIJ (2011): Die Slowakei nach der Wahl. Das erste halbe Jahr der Mitte- Rechts- Regierung. In: KAS Auslandsinformationen, S. 142- 158
- MEYER, THOMAS (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt/ Main: Suhrkamp
- MEYER, THOMAS (2006): Populismus und Medien. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 81- 96
- MEYN, HERMANN (2004): Massenmedien in Deutschland. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft
- MINKENBERG, MICHAEL (2000): The renewal of the radical right: between modernity and antimodernity. In: Government and Opposition. Vol. 35/2, S. 170- 188
- MUDDE, CAS (2000A): Populism in Eastern Europe, Part I. In: East European Perspectives, Vol. 2/5, S. 1-10
- MUDDE, CAS (2000B): Populism in Eastern Europe, Part II. In: East European Perspectives, Vol. 2/6, S. 1-10

- MUDE, CAS (2000C): In the Name of Peasantry, the Proletariat, and the People: Populisms in Eastern Europe. In: East European Politics and Societies. Vol. 14/2, S. 33-53
- MUDE, CAS (2002): In the Name of Peasantry, the Proletariat, and the People: Populisms in Eastern Europe. In: Mény, Yves/Surel, Yves: Democracies and the Populist Challenge. Basingstoke et al: Palgrave, S. 214- 232
- MUDE, CAS (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition. Vol. 39/4, S. 541- 563
- MÜLLER, WOLFGANG C. (2002): Evil or „The Engine of Democracy“? Populism and Party Competition in Austria. In: Mény, Yves/Surel, Yves (Hg.): Democracies and the Populist Challenge. Basingstoke u.a.: Palgrave, S. 25- 44
- NUßBAUMER, HEINZ (2010): Die Glutnester des Argwohns. In: Busek, Erhard (Hg.): Was haben wir falsch gemacht? Wien: Kremayr und Scheriau
- PARTIES AND ELECTIONS (2011): Austria.  
<http://www.parties-and-elections.de/austria.html> [Zugriff: 13.10.2011]
- PELINKA, ANTON (2002A): Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. In: Conflict & Communication online, Vol. 1/1, S. 1- 12
- PELINKA, ANTON (2002B): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Vol. 31/3, S. 281- 290
- POLÁČKOVÁ, ZUZANA/ VAN DUIN, PIETER (2002): Unterwerfung, Überleben, Errettung. Die politische Psychologie des Rechtspopulismus in der postkommunistischen Slowakei. In: Eismann, Wolfgang: Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? Wien: Czernin, S. 129- 148
- PLASSER, FRITZ (1987): Die populistische Arena: Massenmedien als Verstärker. In: Pelinka, Anton (Hg.): Populismus in Österreich. Wien: Junius, S. 84-108



- PLASSER, FRITZ/ ULRAM, PETER A. (2001): Support for Democracy in East Central and Eastern Europe, 1990-2000. In: Markovits, Andrei S./ Rosenberger, Sieglinde K.: Demokratie. Modus und Telos. Köln/ Weimar: Böhlau Verlag, S. 223- 242
- PLASSER, FRITZ/ ULRAM, PETER A. (2006A): Das Parteiensystem Österreichs. In: Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 351- 372
- PLASSER, FRITZ/ ULRAM, PETER A. (2006B): Wahlverhalten. In: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Politik in Österreich: Das Handbuch. Wien: Manz Verlag, S. 550- 561
- PRIESTER, KARIN (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt/Main: Campus Verlag
- PROBST, LOTHAR (2003): Jörg Haider und die FPÖ: Anmerkungen zum Rechtspopulismus in Österreich. In: Werz, Nikolaus (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske und Budrich, S. 113- 125
- PUHLE, HANS- JÜRGEN (2003): Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie. In: Werz, Nikolaus (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske und Budrich, S. 15- 43
- REISIGL, MARTIN (2002): „Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen.“ Von populistischen Anrufungen, Anbietungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen. In: Eismann, Wolfgang (Hg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? Wien: Czernin, S. 149- 198
- RENSMANN, LARS (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59- 80
- RIEDLSPERGER, MAX (1998): The Freedom Party of Austria: From Protest to Radical Right Populism. In: Betz, Hans- Georg/ Immerfall, Stefan (Hg.): The new

politics of the right: Neo- populist parties and movements in established democracies. New York: St. Martin's Press, S. 27- 44

RYBÁŘ, MAREK (2006): Old Parties and New: Changing Patterns of Party Politics in Slovakia. In: Jungerstam- Mulders, Susanne (Hg.): Post- Communist EU Member States. Parties and Party Systems. Aldershot: Ashgate, S. 147- 176

RYBÁŘ, MAREK (2008): Slowakei: Vom Regimekonflikt zur Dominanz der sozioökonomischen Konfliktlinie. In: Bos, Ellen/ Segert, Dieter (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 105- 120

RYDGREN, JENS (2007): The Sociology of the Radical Right. In: Annual Review of Sociology. Vol. 33, S. 241- 262

SCHNEIDER, ELEONORA (1995): Politische Eliten in der Ex- Tschechoslowakei. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien

SEGERT, DIETER (2006A): Populismus, Nationalismus und Gewalt. Was ist los in Ostmitteleuropa? Newsletter Nr. 34 des Renner Instituts  
[http://www.renner-institut.at/news letter/newsletter\\_06.34/frschwpkt2.htm](http://www.renner-institut.at/news_letter/newsletter_06.34/frschwpkt2.htm)  
[Zugriff: 7.9.2011]

SEGERT, DIETER (2006B): Schwache Institutionen – starke Persönlichkeiten? Zum Bedingungsgefüge populistischer Politik in Ostmitteleuropa. Paper vorgestellt auf der 3-Länder-Tagung „Politik und Persönlichkeit“ in Wien, 30.11.- 2.12.2006

SEGERT, DIETER (2011): Populismus in Ostmitteleuropa: Stimme der Transformationsverlierer oder Gefährdung der Demokratie. In: Berliner Debatte Initial. Vol. 22/1, S. 53- 65

SPIER, TIM (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 32- 58

- STÖSS, RICHARD (2006): Rechtsextreme Parteien in Westeuropa. In: Haas, Melanie/ Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 521- 564
- STRACHE, HEINZ-CHRISTIAN (2011): Rede im Nationalrat, 122. Sitzung am 12.10.2011. Zum Tagesordnungspunkt: Dringlicher Antrag der Abgeordneten Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend die Abhaltung von Volksbefragungen  
<http://www.meineabgeordneten.at/Reden/rede/44466> [Zugriff: 27.11.2011]
- SZOMOLÁNYI, SONA/ MESEŽNIKOV, GRIGORIJ (1997): Das Parteiensystem der Slowakei. In: Segert, Dieter/ Stöss, Richard/ Niedermayer, Oskar (Hg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 135- 156
- TAGGART, PAUL (2000): Populism. Buckingham: Open University Press
- TAGGART, PAUL (2002): Populism and the Pathology of Representative Politics. In: Mény, Yves/Surel, Yves (Hg.): Democracies and the Populist Challenge. Basingstoke et al: Palgrave, S. 62- 80
- TERPLAK, KRISTINA (2008): Rechtspopulismus. Wahlkämpfe der FPÖ 2006 im Vergleich zur SVP 2007 in der Schweiz. Wien: Diplomarbeit
- THIEME, TOM (2011): Extremismus in der Slowakei. In: Jesse, Eckhard/ Thieme, Tom (Hg.): Extremismus in den EU- Staaten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 345- 359
- VON BEYME, KLAUS (2010): Populismus und Rechtsextremismus in postmodernen Parteiensystemen. In: Gehne, David/ Spier, Tim (Hg.): Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 177- 189
- WIGHTMAN, GORDON (2001): Slovakia Ten Years After the Collapse of Communist Rule. In: Lewis, Paul G. (Hg.): Party development and democratic change in post- communist Europe: the first decade. London: Cass Publishers, S. 126-140
- WORLD VALUE SURVEY <http://www.worldvaluessurvey.org/> [Zugriff: 7.10.2011]

## 8. Anhänge

### 8.1. Abstract

Wie der Titel der Diplomarbeit „Das Erstarken populistischer Parteien in der Slowakei und in Österreich am Ende des 20. Jahrhunderts- ähnliche Entwicklungen, unterschiedliche Entstehungshintergründe?“ bereits andeutet, wird in dieser Arbeit den Entstehungsbedingungen für den Aufstieg der populistischen Parteien in der Slowakei und Österreich nachgegangen und die Situation in den beiden Ländern verglichen. Seit Ende des letzten Jahrhunderts erleben populistische Akteure sowohl in Ost- als auch in Westeuropa einen bedeutenden Aufschwung. Dennoch findet man ländervergleichende Literatur zu populistischen Bewegungen in den beiden Teilen Europas leider noch viel zu selten. Dies war auch der Anstoß für mich, in einer ländervergleichenden Analyse folgenden Forschungsfragen nachzugehen:

Welche begünstigenden Faktoren für den Aufstieg populistischer Gruppierungen in Europa können festgemacht werden? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten lassen sich hinsichtlich der Entstehungsbedingungen in der postkommunistischen Slowakei und in Österreich festmachen?

Meine Analyse zeigte, dass nur ein Bündel von Faktoren den Aufstieg des Populismus in Europa erklären kann und dass die Gemeinsamkeiten der Entstehungsbedingungen in den untersuchten Ländern überwiegen. Gerade in sozioökonomischer Hinsicht hat sich gezeigt, dass die sozialen Ungleichheiten, die durch eine neoliberal orientierte Wirtschaftsordnung entstanden sind, zu Unsicherheiten in der Bevölkerung führen. Ein großer Teil der Slowaken ist aufgrund der nicht erfüllten Erwartungen an den Systemwechsel und den Beitritt zur EU enttäuscht und viele sehen sich als Verlierer in diesem Prozess. In Österreich wurde nach einer langen prosperierenden Phase Anfang der 1990er Jahre der Sozialstaat zurückgeschraubt und die Schere zwischen Reich und Arm geht seither weiter auseinander. Dies erhöht den Unmut bei den Benachteiligten. In Österreich werden vor allem die beiden großen Parteien SPÖ und ÖVP von den Populisten dafür verantwortlich gemacht. Diese stellen die beiden Parteien als korrupte Eliten dar, die in der Konkordanzdemokratie die Macht auf sich aufteilen und die Interessen der Bevölkerung zu wenig beachten. In der Slowakei genießen die Parteien generell wenig Vertrauen und die Protesthaltung der populistischen Akteure kann hier

ansetzen. Man kann also eine generelle Krise der repräsentativen Demokratie festmachen. Zudem setzen diese Kräfte auch auf den Nationalismus, der als identitätsstiftender Anker in der globalisierten Welt Halt geben soll.

Es bleibt zu hoffen, dass die etablierten Parteien die Zeichen der Zeit erkannt haben und vor allem der sozialen Ungleichheit entgegenwirken. Ansonsten werden die populistischen Akteure weiter Erfolge erzielen und die Demokratie in Gefahr bringen.

## **8.2. Lebenslauf Wolfgang Marks**

### **Persönliche Daten:**

Geboren am 7.5.1985 in Linz, OÖ

### **Wissenschaftlicher Werdegang:**

2011 Verleihung des akademischen Grades Bachelor of Arts (BA) im Rahmen des Studiums „Internationale Entwicklung“ an der Universität Wien

seit 2006 Diplomstudium „Politikwissenschaften“ an der Universität Wien

2004-2008 Diplomstudium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien, Absolvierung der ersten Diplomprüfung

2003 Matura am Akademischen Gymnasium in Linz